Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 3,40 Mark; durch die Post bezogen 3,50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14. Fernruf: 21045, 21047.

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung **Der Rote Stern**

Anzeigenpreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 Mk. im Textteil. Bankkonto: Commerz- und Privatbank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Koch, Halle. Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstr. 14. Fernruf: 22281

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Sonnabend, 25. Mai 1929 | 9. Jahrgang * Nr. 120

Neue Knebelung der Arbeiterschaft

Vormarsch des Sozialfaschismus — Schändliche Gesetzentwürfe in Vorbereitung

25.5.29

Verlängerung des Republikschutzgesetzes

(Eig. Drahtm.) Berlin, 25. Mai.

Das Reichskabinett hat in seiner gestrigen Sitzung unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Hermann Müller die Verlängerung des Gesetzes zum Schutze der Republik auf die Dauer von drei Jahren beschlossen. Die entsprechende Vorlage wird dem Reichsrat sofort zugestellt.

Die „Rote Fahne" schreibt dazu:

Das ist ein neuer Schlag der Koalitionsregierung gegen das deutsche Proletariat. Das Republik-Schutzgesetz, diese verschärfte Auflage des Sozialistengesetzes, wird weiter zur Grundlage der grausamen kapitalistischen Rachejustiz gegen unbeugsame Proletarier dienen. Nach der Ermordung Rathenaus von dem sozialdemokratischen Justizminister Radbruch eingebracht, sollte es ausschließlich gegen die Feme gerichtet sein. Die Kommunisten waren sich allerdings keinen Augenblick im unklaren darüber, daß dieses Gesetz einzig und allein gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung wirksam werden würde. Was sie vorausgesagt hatten, traf nur zu bald ein. Jahr für Jahr wurden auf Grund des Republik-Schutzgesetzes in Deutschland

mehr revolutionäre Arbeiter abgeurteilt, als in den 12 Jahren des Sozialistengesetzes von 1878 bis 1890.

Auf Grund des Republik-Schutzgesetzes ist der sogenannte Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik gegründet worden. Nach seiner Auffassung übernahm der 4. Strafsenat des Reichsgerichts seine Funktionen. Todes-, Zuchthaus-, Gefängnis- und Festungsstrafen hagelten über tausende Arbeiter. Die bloße Zugehörigkeit zum Funktionärkörper der Kommunistischen Partei wurde als Mitarbeit an einer staatsfeindlichen Verbindung und jede Betätigung im Sinne des Programms der Komintern als Vorbereitung zum Hochverrat abgeurteilt.

Darum eben verlängert die Regierung der Sozialdemokraten Hermann Müller, Severing, Wissell und Hilferding das Sozialistengesetz des 20. Jahrhunderts. Sie befreien das Kapital von den Steuern, sie bauen die Erwerbslosenunterstützungen ab, sie legen den Arbeitern neue Zoll- und Steuerlasten auf und halten für die, die sich wehren, die schußfertigen Revolver und Karabiner ihrer Polizei bereit und die Kerkertore weit offen.

*

In den nächsten Wochen wird die Müller-Regierung einige Gesetzentwürfe verabschieden, die deutlich den Kurs der verschärften wirtschaftlichen und politischen Unterdrückung der deutschen Arbeiterschaft demonstrieren. Ueber die Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz, die die Not und das Elend der Erwerbslosen noch vergrößern soll, haben wir bereits berichtet. Außerdem soll noch eine Novelle zum Vereinsgesetz herauskommen, die Bestimmungen über politische Versammlungen und Straßenumzüge enthält.

Was darüber bereits bekannt geworden ist, läßt erkennen, daß mit dem neuen Gesetzentwurf der in den Maitagen der Berliner Arbeiterschaft fühlbar gewordene Zörgiebel-Gummiknüppelkurs zum gesetzlichen Dauerzustand erhoben werden soll. Es ist klar, daß mit Hilfe dieser neuen Gesetzesbestimmungen, die ganz im Sinne der seit den Maitagen verschärften Kommunistenhetze liegen, vornehmlich die KPD. und die gesamte revolutionäre Arbeiterschaft getroffen werden sollen. Schärfster Kampf gegen die neuen Schandgesetze zum Sturze der Koalitionsregierung ist vonnöten.

Jeder Tag, den diese Regierung länger am Ruder bleibt, bringt neue Schläge für die arbeitenden Massen. Ihre ureigensten Interessen fordern gebieterisch:

Fort mit der Koalitionsregierung, dieser Zutreiberin des Kapitalismus und der Klassenjustiz.

Verhöhnung der Chemiearbeiter

Von Heinrich Schmitt, M. d. R.
Betriebsratsvorsitzender des Leuna-Werks

Seit Ende Februar stehen 200 000 Chemiearbeiter in einer Lohnbewegung. Es wäre ein leichtes gewesen, durch Verbindung der einzelnen Sektionen der Tarifgebiete eine geschlossene Kampffront zu errichten, die in der Lage gewesen wäre, die Forderungen der Chemiearbeiter restlos zu erkämpfen. Das wäre möglich gewesen, wenn die Gewerkschaften noch denselben Klassenkampfcharakter hätten, welcher einst die Grundlage der Gewerkschaften war. Aber dieselben Gewerkschaften, die früher im Zeitalter der Monarchie Kampf gepredigt haben, sind es, die heute den Wirtschaftsfrieden, die Wirtschaftsdemokratie verherrlichen, die im Zeitalter der verschärften Rationalisierung, im Zeitalter der stets wachsenden Kriegsgefahr spontan ausgebrochene Wirtschaftskämpfe im Interesse der Koalitionsregierung mit Streikbruch und anderen faschistischen Methoden niederknüppeln.

Ein alter gewerkschaftlicher Grundsatz lautet, daß man in Zeiten der Hochkonjunktur leichter Kämpfe führen könne, als in Zeiten der Krise. Nun, während alle anderen Industrien mehr oder weniger von den Krisen geschüttelt wurden, war es die chemische Industrie, die allen Krisen trotzte. Von Jahr zu Jahr stiegen die Produktionsziffern, der Absatz und auch die Gewinne. Der entscheidende Faktor des Arbeitgeberverbandes ist der Chemietrust, bei welchem rund 114 000 Arbeiter beschäftigt sind. Die Gewinne dieses Trusts betrugen:

1913:	Rohgewinn	103	Mill. Mark,	
1924:	„	144	„ „ ,	
1925:	„	168,5	„ „ ,	Dividende 10 Proz.,
1926:	„	186	„ „ ,	„ 10 „ ,
1927:	„	224,3	„ „ ,	„ 12 „ ;

davon allein 103 Millionen Reingewinn.

Am 15. Mai dieses Jahres beschloß der Aufsichtsrat des J. G. Farbentrusts, der am 22. Juni stattfindenden Generalversammlung 12 Prozent Dividende vorzuschlagen; also denselben Prozentsatz wie im Vorjahre.

Aus der von „sachkundiger" Hand für die Oeffentlichkeit zugeschnittenen Bilanz geht aber hervor, daß der Reingewinn gegenüber dem Vorjahre um 15 Millionen auf 118 460 000 Mark gestiegen ist. Es braucht nicht besonders erwähnt zu werden, daß der wirkliche Reingewinn ein viel höherer ist, da die Abschreibungen in diesen Angaben nicht enthalten sind.

Im Lager der Kapitalisten ist jetzt auch noch ein Streit darüber entbrannt, warum nur 12 Prozent Dividende an die „darbenden" Aktionäre des J. G. Farbenkonzerns zur Auszahlung gelangen. Hat man doch schon wochenlang vorher an der Börse die Dividendenscheine mit über 12 Prozent bezahlt. Die „Deutsche Bergwerkszeitung", das Blatt der deutschen Schwerindustrie, gibt in einem längeren Artikel die Antwort darauf.

In diesem Artikel wird festgestellt, daß die diesjährige Dividendenpolitik lediglich von taktischen Gesichtspunkten bestimmt worden sei. Es heißt dann weiter:

„Vom Standpunkt der Aktionäre aus erwartete man eine Dividendenerhöhung vor allem aus zwei Hauptgründen .... Es kann, wie erwähnt, als sicher angenommen werden, daß die J. G. eine merklich höhere Dividende auf Grund ihres wirklichen Gewinns hätte ausschütten können, ohne daß sie dadurch mit ihren Dispositionen ins Gedränge gekommen wäre ...

Jedenfalls stand aber diesmal ein Ergebnis zur Verfügung, das nicht nur absolut, sondern auch relativ wesentlich höher (!) als im Vorjahre ist."

Dies Eingeständnis der Bergwerkszeitung ist für die Chemiearbeiterschaft von größter Bedeutung, denn die Bergwerkszeitung sagt hier klipp und klar: Die wirtschaftliche Lage der Chemiekönige ist nicht nur gut, sondern sogar sehr gut.

Wie sieht demgegenüber die wirtschaftliche Lage der Chemiearbeiterschaft aus? Der Tariflohn der Chemiearbeiter, aus deren Knochen diese ungeheuren Verdienste herausgepreßt wurden, ist in den letzten Jahren zwar nominell um einige Pfennige gestiegen, durch die Preissteigerung, die ja wiederum von den Kartellen und Trusts bestimmt wird, dagegen längst wieder weitgemacht. Gemessen aber an der durch die Rationalisierung bedingten, bedeutend größeren Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft (Akkord-Prämien-System usw.), ist der Reallohn sogar noch bedeutend gesunken.

Zwar versuchen bürgerliche Zeitungen, u. a. auch die „Leipziger Neuesten Nachrichten" vom 30. April 1929, nachzuweisen, daß die Kaufkraft des Einkommens der Chemiearbeiter gegenüber der Vor-

b.w.

Vorbereitungen zum Gastrieg

Sensationelle Großvernebelungsversuche in Ostpreußen — Der Imperialismus will die Bevölkerung an die neuen Kriegsmethoden „gewöhnen"

(WTB.) Königsberg, 24. Mai.

Zur Prüfung der Möglichkeit einer Unsichtbarmachung lebenswichtiger Anlagen durch künstlichen Nebel (Tarnung) veranstaltet die Total-Gesellschaft, Berlin-Charlottenburg, am 27. Mai einen Großvernebelungsversuch. Tarnobjekt ist das Wasserkraftwerk Friedland der Ostpreußenwerk A.-G. Vor Ausführung der Vernebelung finden aufklärende Vorträge bekannter Sachverständiger des Nebelschutzes in Königsberg statt.

Dazu erfährt die „Welt am Abend" aus Königsberg:

Zu den vielen geheimnisvollen Machenschaften und Vorbereitungen der ostpreußischen faschistischen Verbände gesellt sich neuerdings eine Aktion, die zweifellos ernsteren Charakter trägt und auf Veranlassung und mit Genehmigung des Ostpreußischen Städtetages unternommen werden soll.

Dieser Großnebelungsversuch, der schon vor einiger Zeit angekündigt wurde, wird nun tatsächlich am Montag, dem 27. Mai, in Friedland stattfinden. Man hat sich als erstes Tarnobjekt das Wasserkraftwerk Friedland der Ostpreußen A.-G. deswegen ausgesucht, weil es sich bei diesem um den Hauptversorger für elektrischen Strom für die gesamte Provinz Ostpreußen handelt. In einer vertraulichen Pressebesprechung, die am Donnerstag stattfand, wies der Brandoberingenieur Rumpf darauf hin, daß die Tarnung von Industriewerken bei einem eventuellen Kriegsfall unbedingt versucht werden müsse. Ungleich wichtiger als der seinerzeit in Stuttgart vorgenommene Großnebelungsversuch sei dieser Versuch nahe der Ostgrenze. Der Brandoberingenieur berief sich auf das Pariser Luftabkommen vom Mai 1926, wo Deutschland ausdrücklich ein ziviler Luftschutz zugestanden worden sei.

Wie die „Welt am Abend" weiter erfährt, soll dieser Großnebelungsversuch zum Anlaß einer großzügigen Propaganda Hinsicht auf kommende Gefahren des Gaskrieges aufklären. An der Veranstaltung am 27. Mai sollen Vertreter der Reichsministerien, der Länderregierungen und der Kommunen teilnehmen.

Die Arbeiterschaft wird im Zusammenhang mit den immer deutlicher in Erscheinung tretenden Kriegsvorbereitungen der imperialistischen Mächte gegen die Sowjetunion den Vorgängen in Ostpreußen die stärkste Aufmerksamkeit schenken und sie in ihrer ganzen Bedeutung zu würdigen verstehen.

Schandschiedsspruch für die Eisenbahner

(Eig. Drahtm.) Berlin, 25. Mai.

Im Lohnstreit der Eisenbahner haben gestern Schlichtungsverhandlungen stattgefunden. Da eine Einigung der Parteien nicht zu erzielen war, wurde eine Schlichtungskammer gebildet, und in den späten Abendstunden wurde ein Schiedsspruch gefällt, der eine Erhöhung der Grundlöhne im Lohngebiet 1 um 4, in den Lohngebieten 2 und 3 um 3 Pfennig pro Stunde vorsieht. Diese Löhne sollen bis März 1931 Geltung haben.

Dieser Schiedsspruch ist für die Eisenbahner unannehmbar. Schärfste Ablehnung und Kampfaufnahme muß die Antwort sein.

Der Betrug an den Erwerbslosen wird verheimlicht

Im Reichsarbeitsministerium ist jetzt der Entwurf einer Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz fertiggestellt worden. Der Entwurf hält sich an die Richtlinien, die im Reichskabinett aufgestellt wurden. Der Wortlaut der Novelle soll vorläufig geheimgehalten werden, da die Bekanntgabe ihres Inhalts zu rasch den Widerstand der Arbeiterschaft hervorrufen und so die Durchführung der geplanten großen Verschlechterungen in Frage stellen würde. Vor allem will man vor dem sozialdemokratischen Parteitag den Inhalt des neuen Gesetzentwurfes verschweigen.

Die Arbeiterschaft fordert aber sofortige Aufklärung. Wir wissen, daß der sonst so redselige Wissell schweigen will, obwohl er von der Tribüne des SPD.-Parteitages herab die schönste Gelegenheit hätte, der Arbeiterschaft zu zeigen, was sozialfaschistische Arbeitslosenpolitik ist. Aber wenn Wissell die ungeheuerlichen Pläne der Koalitionsregierung verschweigen will, um so lauter muß die Arbeiterschaft Auskunft verlangen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290525-14/fragment/page=0001

kriegszeit um 18 bis 19 Prozent gestiegen sei und auch die reformistischen Gewerkschaftsführer tuten in dasselbe Horn. Auf dem FAV.-Verbandstag im Juli 1928 in Hamburg stellten sie zur Begründung ihrer Gehaltserhöhung auf Seite 228 des Protokolls fest:

Wenn wir nur den Durchschnitt der tariflich festgelegten besser bezahlten Gruppen nehmen, dann haben unsere Kollegen im Arbeitsverhältnis 400 bis 450 Mark Lohn im Monat . . . in der chemischen und Gummiindustrie ist auch im Reichsdurchschnitt ein Lohn von 1,20 Mark zu errechnen.

Jeder Arbeiter, welcher das liest, kann ja nur ein Lächeln für diese freche Behauptung übrig haben. Aber selbst die Untersuchung des Reichsarbeitsministeriums über die Löhne in der Chemie ergeben, trotzdem die Untersuchung absolut einseitig ist und die Dinge viel zu günstig darstellt, folgendes Resultat:

Mehr als 50 Prozent der Fabrikarbeiter länger als 48 Stunden die Woche. 87,2 Prozent der Betriebsarbeiter über 21 Jahre verdienen trotz Prämien und Akkordarbeit weniger als 60 Mark die Woche. 94 Prozent der Arbeiterinnen, über 20 Jahre, verdienen weniger als 35 Mark. 59 Prozent der Handwerker verdienen weniger als 65 Mark. Nur 1,1 Prozent der Handwerker verdiene bis 90 Mark in der Woche.

Diese Untersuchung erstreckt sich aber nur auf 110 Betriebe mit 86 000 Arbeitern. In Wirklichkeit fallen 370 000 Arbeiter unter den Tarif und in den meisten Betrieben werden Löhne gezahlt, die trotz Akkord- und Prämienzuschläge weit unter den erreichneten Sätzen bleiben.

Aber selbst diese Aufstellung genügt, um zu beweisen, daß die Forderungen der Opposition von 1 Mark, 1,05 Mark und 1,15 Mark Stundenlohn absolut berechtigt, für die Chemieindustrie tragbar und keine Agitationsforderungen waren.

Um so trauriger und schäbiger ist die Haltung der reformistischen Gewerkschaftsführer bei der diesjährigen Lohnbewegung. Statt die Forderungen der Opposition zu übernehmen, haben sie in ihrer Dunkelkammer eine einheitliche Forderung von 10 Pfennigen für alle Sektionen aufgestellt und in einem schäbigen Kompromiß haben sie in fünf Sektionen einem Schiedsspruch von einem Pfennig bis vier Pfennig auf 1½ Jahr zugestimmt, statt den Kampf gegen das Chemiekapital zu führen. Nur in zwei Sektionen, in Hamburg und in Mitteldeutschland, ist das Kompromiß nicht endgültig abgeschlossen.

Aber wir werden ja sehen, daß dieser Schiedsspruch, welcher in anderen Bezirken bereits gefällt ist, auch für Mitteldeutschland angewendet wird, wenn sich die Chemiearbeiter Mitteldeutschlands nicht rühren.

Der ganze elende Verrat der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie kommt am deutlichsten zum Ausdruck, wenn wir hier wieder das führende Organ der deutschen Schwerindustrie, die „Deutsche Bergwerkszeitung", sprechen lassen. In dem schon oben angeführten Artikel heißt es:

Die kürzlich zum Abschluß gekommenen Lohnverhandlungen scheinen einigermaßen glimpflich verlaufen zu sein (glimpflich für die Unternehmer); aber es möchte sich daraus die wichtige Meinung ergeben, daß es inopportun (ungelegen) wäre, ein in den Verhandlungen vertretenes Argument durch die Dividendenpolitik sofort zu entkräften.

Hier liegt der Hase im Pfeffer. In einer Zeit, in der noch Lohnverhandlungen schweben, hält man die Erhöhung der Dividende von 12 auf 14 oder 18 Prozent nicht für zweckmäßig, weil man ja bei diesen Lohnverhandlungen das altbekannte Klagelied von Untragbarkeit „hoher Löhne", allzustarker Belastung usw., anstimmen muß.

Man hält die Erhöhung der Dividende auch deshalb in der gegenwärtigen Situation für unzweckmäßig, weil damit der schmähliche, erbärmliche Verrat der reformistischen Bürokratie, das enge Verwachsen des Reformismus mit der Trustbourgeoisie allzu deutlich vor den breiten Massen entlarvt worden wäre.

Diese Feststellung zeigt aber den Chemiearbeitern und der gesamten Arbeiterschaft, wie absolut richtig die Feststellung der revolutionären Opposition ist, daß erfolgreiche Kämpfe um Lohn und Brot nur im schärfsten Kampfe gegen die heuchlerische Bürokratie geführt werden können.

Am 29. Mai soll für Mitteldeutschland für die Sektion 5b der Schiedsspruch gefällt werden. Es wird die höchste Zeit, daß die Chemiearbeiter daran gehen, sich Kampfleitungen zu wählen, die die Urabstimmungen der Belegschaften über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches zu organisieren und durchzuführen haben. Darüber hinaus planmäßig und intensiv alle Vorbereitungen treffen, damit nicht nur die Wirtschaftskämpfe der Arbeiter erfolgreich gestaltet werden, sondern damit diese Kämpfe auf höherer Stufe zu politischen Machtkämpfen der Arbeiterklasse gegen den Dreibund — Unternehmer, kapitalistischer Staat und Reformismus — ausmünden. Die reformistische Bonzekratie kommt morgen bereits im engen Kreise zusammen, um die Abwürgungstaktik festzulegen, die nach dem 29. Mai auf einer jetzt schon für den 2. Juni festgelegten, zusammengeschobenen Konferenz angewandt werden soll. Setzt die Wahl der Delegierten zu dieser Konferenz in den Betrieben durch! Führt die Urabstimmung durch! Nehmt Euer Schicksal selbst in die Hand! Wählt in jedem Chemiebetrieb sofort die Streikleitungen, mit denen Ihr allein Eures Lohnkampf erfolgreich führen könnt. Aus Dreck und Blut erzielen die Chemiekönige riesige Millionengewinne. Euch Chemieproleten will man mit ein paar Lumpenpfennigen für Eure Arbeit, bei der Ihr täglich Eure Gesundheit und Euer Leben aufs Spiel setzt, abspeisen. Duldet es nicht! Vorwärts zum Kampf!

Die Brücke für die „Linken"

(Eig. Drahtm.) Berlin, 25. Mai.

Der „Vorwärts" meldet:

„Die vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei eingesetzte Wehrprogramm-Kommission trat am Freitag in Magdeburg nochmals zusammen und nahm unter Berücksichtigung von Vorschlägen Otto Bauers, Wien, und unter Anlehnung an Anträge von Hamburg und Berlin an dem seinerzeit veröffentlichten Entwurf einige Abänderungen vor.

Die Abänderungsbeschlüsse wurden nach eingehender Debatte mit großer Mehrheit gefaßt. Die Kommission beschloß, den Abänderungsentwurf dem Parteitag vorzulegen mit dem Antrag, damit alle Anträge zu den Richtlinien für die Wehrpolitik als erledigt zu erklären."

Eine der zahlreichen Lügenmeldungen über die Sowjetunion wird von der Sowjet-Telegraphen-Agentur richtiggestellt, indem sie meldet, daß alle Meldungen über angebliche Verhängung des Kriegszustandes in den Niederwolgagebieten und in Mittelasien völlig aus der Luft gegriffen sind.

Der Kuhhandel in Paris geht weiter

Schacht denkt nicht an Zurückweisung des Gläubigerplanes

(Eig. Drahtm.) Paris, 25. Mai.

Die deutschen Delegierten haben gestern die Besprechungen mit Owen Young und den Vertretern der Gläubigerstaaten fortgesetzt. Die letzteren fordern, daß die Durchschnittsjahreszahlungen um 52,8 Millionen erhöht werden, das heißt, um den Betrag, der notwendig ist, um die durch den Verteilungsschlüssel von Spaa benachteiligten italienischen, belgischen und englischen Ansprüche zu befriedigen. Danach würde Deutschland bis zum Inkrafttreten des neuen Zahlungssystems die Differenz zwischen den Raten des Dawes- und des Youngschen Planes, also 70 Millionen, und von dem Inkrafttreten des Youngplanes jährlich 52,8 Millionen, statt bisher 80 Millionen, mehr zu zahlen haben. Die deutsche Delegation hat daraufhin erklärt, daß sie jede Erhöhung der Youngschen Ziffern ablehne und darauf eine Antwort erwarte, ob ihre Vorbehalte bezüglich der Höhe des ungeschützten Teiles, der Reichsbahnobligationen und der Unterbringungsklausel angenommen werden.

Kastl

Der neue Vertrauensmann der deutschen Kapitalisten in Paris

Im Lager der deutschen Delegierten sieht man, wie die „Vossische Zeitung" behauptet, die Gegensätze als unüberbrückbar an und auch unter den anderen Delegierten scheint man mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die Konferenz bei der Abfassung des Schlußberichtes in eine Mehrheit und eine Minderheit auseinanderfallen könne. Eine Antwort auf die deutsche Anfrage dürfte erst für die nächste Woche erwartet werden. Unterdessen gehen die Besprechungen weiter.

Die „Germania" schreibt:

„Im Augenblick ist noch nicht abzusehen, ob und wie die völlig festgelegten Positionen der Verhandlungspartner wieder in Fluß gebracht werden können." Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" erklärt: „Trotzdem der Außenstehende den Eindruck gewinnen könnte, daß die Konferenz vor die letzte entscheidende Alternative gestellt sei, wird man sich auch heute noch nicht zu Voraussagen entschließen können." Die „Morning-Post" erklärt: „Daß man in einigen Kreisen glaube, daß eine Uebereinstimmung schnell erzielt werden wird, indem beide Parteien einander entgegenkommen." Der Korrespondent des „Daily Cronicle" hatte eine Unterredung mit Dr. Schacht, in der dieser betonte, daß er keineswegs den von den Gläubigern überreichten Plan zurückgewiesen habe.

Spaß — das Zahlen überlassen die deutschen Kapitalisten doch den Massen der Werktätigen.

Sie heulen auf!

(Eig. Meld.) Berlin, 24. Mai.

Das Todesurteil gegen die russischen Konterrevolutionäre läßt die gesamte Berliner Presse wieder in eine verschärfte Moskau-Hetze verfallen, die faktisch die Fortsetzung der antibolschewistischen Hetze seit den Maivorgängen in Berlin ist. So schreibt die „Vossische Zeitung":

„Die drei neuen Todesurteile sind ein neuer Beweis für die Unmöglichkeit, im Sowjetstaat als Sachverständiger zu arbeiten. Wer die Verhältnisse nur einigermaßen kennt, muß es für ausgeschlossen halten, daß die am meisten überwachten, mit den größten Mißtrauen umgebenen Menschen, die es in der Welt gibt, sich an irgendwelchen Verschwörungen beteiligen können... Die angebliche Verschwörung (?!), in die die drei Hingerichteten verwickelt sein sollen, kann nur in der Phantasie bestehen. Offenkundig handelt es sich um nichts anderes, als um einen vorbedachten Terrorakt, um ein politisches Manöver (?!), um einen glatten Justizmord." (!)

Daß ausgerechnet die „demokratische" „Voss. Ztg." die Erschießung der Konterrevolutionäre derartig scharf kommentiert, zeigt nur, wie planmäßig die ganze Politik der Koalitionsregierung Müller und der deutschen Bourgeoisie zum Kriege gegen die Sowjetunion treibt.

Sozialdemokratischer Gemeinderat verläßt nach 25 Jahren die Zörgiebel-Partei

Das Mitglied des Gemeinderats der Gemeinde Werne b. Bochum und langjähriger Vorsitzender der dortigen sozialdemokratischen Ortsgruppe, Hugo Dreckmann, sandte unserem Bruderorgan in Essen, dem „Ruhr-Echo" sein sozialdemokratisches Mitgliedsbuch mit der Bitte um Aufnahme in die Kommunistische Partei und einen Artikel zur Veröffentlichung, in dem er seinen Schritt ausführlich politisch begründet. Dreckmann ist seit dem 1. Oktober 1904, also seit 25 Jahren, Mitglied der Sozialdemokratischen Partei.

Es wird der sozialdemokratischen Presse nicht gelingen, diesen, sowie zahlreiche andere Uebertritte langjähriger Funktionäre aus der Partei des Arbeitermordes abzuleugnen. Um so mehr, als es sich nicht um Einzelerscheinungen handelt, wie etwa wenn ein Renegat, korrumpierte Elemente „zur Mutterpartei" zurückkehren, sondern um den Ausdruck der wachsenden Empörung, die in steigendem Maße die noch ehrlichen klassenbewußten Arbeiter in der Sozialdemokratie gegen den immer sozialfaschistischeren Kurs der SPD.-Führer erfaßt.

In Lobenstein, Kreis Schleiz, wurden im Anschluß an eine öffentliche Versammlung der KPD. 10 Arbeiter in die Partei aufgenommen und eine Ortsgruppe begründet. In Lobenstein hatte noch nie eine Ortsgruppe der KPD. bestanden.

In über 3000 Arbeiterfamilien mehr gelangt ab 1. Mai die Presse der Kommunistischen Partei im Bezirk Solingen. Die Massen sind in Bewegung zur KPD. Kein Terror kann den weiteren Vormarsch aufhalten.

An was sich der „linke" Zeitzer „Volksbote" begeisterte

„God save the King..." — Jiz und Jims Chorgesang

Jiz ist der englische Innenminister, Sir William Joynson Hicks, der die Gelder der englischen Gewerkschaften während des Generalstreiks beschlagnahmen ließ, der das Antigewerkschaftsgesetz einbrachte, den Arcos-Ueberfall und den Sinowjewbrief-Schwindel organisierte.

Jim ist J. Thomas, Eisenbahnerführer, Mitglied des Generalrats der englischen Gewerkschaften und eine der Hauptfiguren der Arbeiterpartei.

Ort der Handlung: Die Alberthall in London, eine riesengroße Wahlversammlung, arrangiert von einer konservativen Zeitung. Die Handlung: Köderung der Erschienenen für die eigene Partei.

Die Komödie wird eingeleitet mit dem gemeinsamen Absingen von — Soldatenliedern. Dann betritt feierlichst Jiz das Podium und läßt seine Rede, eine Lobhudelei auf die Politik der konservativen Partei vom Stapel. Widersprechende werden von Jim zur Ordnung gerufen und mit Herausschmiß bedroht. Also sehr gentlemenlike. Dann spricht Jim zu den Erschienenen und entwickelt vor den Lesern der konservativen Zeitung das Programm der Arbeiterpartei und — man staune:

„Je länger Thomas spricht, um so deutlicher sieht man, wie Tausende unter den Versammelten . . . auftauen, als er schließt, dröhnt ihm ein Beifall entgegen, der niemals vermuten ließ, daß diese Zehntausende regelmäßige Leser einer konservativen Zeitung sein könnten".

Nach Schluß der Reden folgte wieder ein Gemeinschaftslied, und „kaum hat das Lied begonnen, so steckt Jimmy Thomas lächelnd dem Innenminister die Hände hin und im Schwingen der gekreuzten Hände der beiden politischen Gegner verklingt die Melodie des Liedes — um von „God save the King" gefolgt zu werden, in das der konservative Innenminister, der liberale Vorsitzende und der Führer der Arbeiterpartei Jimmy Thomas mit den Zehntausenden Versammelten feierlich einstimmen . . ."

Wer das nicht glauben sollte, der lese den „Volksbote" vom 21. Mai 1929, an dessen Berichterstattung wir uns hielten und aus dessen Bericht wir auch die zitierten und gesperrten Stellen wörtlich entnahmen. Wir wundern uns über den Beifall, der Thomas in der Konservativenversammlung zuteil wurde nicht, denn das Programm der englischen Labour Party unterscheidet sich mitnichten von dem der Bourgeoisie. Der Handschlag Tomas an Jiz symbolisierte das Bündnis, das die Labour Party mit den Konservativen geschlossen hat, gegen das Proletariat, gegen die Sowjetunion. Das feierliche Einstimmen Thomas in die Nationalhymne „Gott erhalte den König" zeigt, wie weit die Führer der Labour Party treu ergebene Diener Seiner Majestät des englischen Königs und des Finanzkapitals sind.

Neue rote Siege in Berliner Großbetrieben

Die Antwort auf Zörgiebels Terrorfeldzug

Im großen Berliner Metallbetrieb Bergmann, Werk Seestraße, ergab die Betriebsratswahl folgendes Resultat:

Liste 2 (Opposition) . . . 2105 Stimmen
Liste 1 (Sozialdemokraten) . 1008 Stimmen

Der alte Arbeiterrat hat sich je zur Hälfte aus oppositionellen und sozialdemokratischen Mitgliedern zusammengesetzt. Die Opposition ging dieses Jahr mit einer eigenen Liste zur Wahl und errang über zweidrittelmehrheit aller Arbeiterstimmen.

Im Zentral-Viehhof Berlin erhielt die Liste der Opposition 655 Stimmen, die SPD.-Liste 203 Stimmen.

Das ist die Antwort der Berliner Arbeiter auf das Verbot der Mai-Demonstration und auf den unter Befehl Zörgiebels veranstalten blutigen Polizeifeldzug in den Maitagen.

Die verhaßte „Rote Fahne"

(Eig. Meld.) Berlin, 24. Mai.

Das Wiedererscheinen der „Roten Fahne" versetzt die bürgerliche Pressejournaille in helle Wut. Sie fordert bereits wieder das Verbot des revolutionären Organs der Berliner Arbeiterschaft. Ausgerechnet der „Deutsche", das Organ der christlichen Gewerkschaften und des Zentrumsministers Stegerwald, erklärt:

„Die „Rote Fahne" erscheint wieder... Der Ton ist derselbe, nicht um einen Grad gemäßigter. Wenn der preußische Innenminister konsequent sein wollte, so müßte er nach dem Erscheinen dieser Nummer das Blatt wiederum verbieten." (!)

Es ist bezeichnend, daß „Der Deutsche" dann zur Begründung seiner Verbotsforderung ausschließlich Zitate aus der heutigen Nummer der „Roten Fahne" bringt, die sich scharf gegen die Sozialdemokratie wenden, um auf diese Weise Severing zu veranlassen, bestimmt ein neues Verbot der „Roten Fahne" auszusprechen.

Zu durchsichtig!

(Eig. Meldg.) Berlin, 24. Mai.

Wie die „Voss. Zeitung" meldet, hat die Deutschnationale Reichstagsfraktion den Rücktritt Vöglers, der bekanntlich auch nach der Anweisung Hugenbergs handelte, zum Anlaß einer Erklärung genommen, in der sie von der Reichsregierung den Abbruch der Reparationsverhandlungen fordert. — Diese Tatsache ergänzt nur das Bild, das wir bereits über die wahren Hintergründe des Rücktritts Vöglers u. a. gegeben haben, nämlich, daß sich die Deutschnationalen unter allen Umständen von der Verantwortung für die zu übernehmenden Tributlasten befreien wollen.

Eine neue Polizeiblamage spielte sich in Itzehoe ab. Der des Attentats auf das Landratsamt verdächtige Mann mußte freigelassen werden, weil sich seine völlige Unschuld herausgestellt hat.

Die Korruptionsaffäre im Reichsbahn-Zentralamt Berlin hat in einer unerwarteten Wendung dadurch geführt, daß während des Berufungsverfahrens der Staatsanwalt die Anklage auf schwere Bestechung im Amt ausgedehnt hat.

Freidenker-Volksentscheid! Vom 26. Mai bis 2. Juni Unterschriftensammlung für Einberufung einer neuen Generalversammlung!

Morgen Großwerbetag! ● Alle Genossen sammeln Unterschriften!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290525-14/fragment/page=0002

Außenpolitische Wochenschau

Die „Geheimnisse" der „Reparationskonferenz" — Die Front gegen die Sowjetunion — Unzufriedenheit mit dem Völkerbund — Wahlkampf in England — Generalkrieg und Bürgerkrieg in China

Je näher das Ende der Pariser Sachverständigenkonferenz heranrückt, um so klarer treten ihre eigentlichen Ziele zutage, um so weniger lassen sich ihre bewegenden Ursachen verheimlichen. Das Märchen von der unpolitischen Sachlichkeit dieser „Sachverständigen" wurde von den kläglichen Vertretern des Deutschen Reiches in ihrer Bedrängnis des öfteren zerstört; jetzt, nach dem offensichtlichen Eingriff der amerikanischen Regierung in den Gang der Pariser Ereignisse, kann es keinen Augenblick länger aufrechterhalten werden. Denn dieser Eingriff Hoovers und der übrigen Vertreter des amerikanischen Imperialismus in die Verhandlungen der Sachverständigen, im entscheidensten Stadium der ganzen Konferenz, bedeutet nicht etwa ein Entgegenkommen der Vereinigten Staaten Deutschland gegenüber, wie es mancher Optimist annehmen möchte. Es ist dies vielmehr eine drohende Geste des machtlüsternen Dollar-Imperialismus Europa und in erster Linie England gegenüber, mit der darauf aufmerksam gemacht werden soll, daß ohne Amerikas Zustimmung und Kontrolle auf wirtschaftlichem und darüber hinaus auf weltpolitischem Gebiete nichts geschehen könne.

Wenn man in Deutschland von einem Entgegenkommen der Vereinigten Staaten spricht, so geschieht dies hauptsächlich, um dieses in propagandistischer Weise für eine „straffe Staatsautorität" und gegen die „kostspielige Sozialpolitik", insbesondere gegen die Arbeitslosenunterstützung auszubeuten. In einem „demokratischen" Berliner Organ wird dies besonders deutlich ausgesprochen, wo ein „führender Kopf der deutschen Finanzwelt" erklärt: „Nur mit der kapitalistischen Wirtschaftsform wird man imstande sein, Tribute in einer Höhe zu zahlen, wie wir sie viele Jahre hindurch zahlen sollen. Wer jetzt die Verpflichtung zu diesen Tributen auf sich nimmt, identifiziert sich mit der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Wirtschaftsform".

Daß es sich aber bei der gesamten Reparationsfrage letzten Endes um eine Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus, also auch zwischen der kapitalistischen Welt und der Sowjetunion handelt, ist gleichfalls eines jener Geheimnisse, die nun von imperialistischer Seite offen eingestanden werden. Ein französisches Wirtschaftsblatt erklärt hierüber in seiner Rußland-Beilage unter anderem: „Durch die endgültige Lösung der Reparationsfrage . . . werden Europa und Amerika in die Lage versetzt, nach Beendigung der finanziellen Wiederaufrichtung Europas zum russischen Problem überzugehen, dessen Lösung notwendig ist zur vollen Normalisierung Europas. Im Gefolge der internationalen Solidarität, welche im Prozeß der Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Reparations- und Schuldenfragen hergestellt wurde, kommt unvermeidlich ein besseres Verständnis des russischen Problems und konkretisiert sich die Idee der einheitlichen ökonomischen Front im Verhältnis zur Sowjetunion. . . Die zu organisierende Weltbank kann eine mächtige Waffe der ökonomischen Einheitsfront gegenüber der USSR. werden. . . Diese Bank muß neue und politische Systeme suchen, zur endgültigen Liquidierung des Krieges. Wie bekannt, figuriert unter diesen Systemen der Plan einer Zusammenarbeit der Alliierten, Amerikas und Deutschlands mit dem Ziel der Wiederherstellung Rußlands". Wir hatten nie die geringsten Zweifel darüber, daß die Reparationskonferenz keine Sachverständigenangelegenheit, sondern ein weltpolitisches Ereignis erster Güte sei. Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß der eigentliche Sinn dieser Reparationsverhandlungen die Kriegsvorbereitung sei, in erster Reihe eine Verschwörung der imperialistischen Mächte gegen die Sowjetunion, aber auch eine Verschärfung der imperialistischen Gegensätze selbst, namentlich zwischen Amerika und England. Jetzt wird diese Annahme von allen Seiten bestätigt. Noch gärt und brodelt es innerhalb des kapitalistischen Systems mit seinen Gegensätzen und Widersprüchen und schon muß es den entscheidenden Kampf mit den Kräften des Sozialismus aufnehmen. Es wird sich ja bald zeigen, ob die „internationale Solidarität" des Finanzkapitals und der verbündeten Reformisten hinreicht, um mit dem offenen Kampf gegen die Sowjetunion, gegen das Land des sozialistischen Aufbaus, und den Schutzdamm, den werktätigen Massen aller Länder, schon jetzt zu beginnen, ehe die eigenen Gegensätze ausgetragen sind.

*

Die „Front gegen Sowjet-Rußland" war das beherrschende Thema auch der Belgrader Konferenz der Kleinen Entente, deren Haltung immer recht klar die Stimmung und die politische Linie ihrer imperialistischen Gönner und Beschützer widerspiegelt. Der Hauptgönner der Kleinen Entente, Frankreich, ließ aber durch seine Presse bei Beginn der Konferenz mit ganz besonderer Schärfe gegen Rußland mobil machen. Dieser Wink genügte, und außer dem bisherigen Hauptvertreter der Antisowjetpolitik innerhalb dieses Gebildes, Rumänien, beeilte sich diesmal auch der jugoslawische Partner zu unterstreichen, daß er durchaus geneigt sei, diese mitzumachen, während die Tschechoslowakei ihre diesbezügliche Bindung unter der lügenhaften Parole der „freien Hand gegenüber Sowjet-Rußland" verbergen möchte.

*

Die Juni-Tagung des Völkerbundsrates, die diesmal in Madrid stattfinden soll, wirft bereits ihre Schatten voraus. Der wichtigste Programmpunkt dieser Tagung, die Minderheitenfrage, wird schon lebhaft erörtert und im Zusammenhange damit wird an der diesbezüglichen Völkerbundspolitik, wie auch am Völkerbunde überhaupt reichlich Kritik geübt. Und zwar nicht nur in der lendenlahmen Weise der Denkschrift der deutschen Reichsregierung, die eine „Reform der Tätigkeit des Völkerbundes auf diesem Gebiet im Rahmen der in Kraft befindlichen vertraglichen Verpflichtungen herbeizuführen" wünscht, trotz ihrer Mäßigung von dem offiziellen Dreier-Ausschuß des Völkerbundsrates für die Minderheitsfragen in seinem Berichte nicht berücksichtigt worden ist — sondern auch recht freimütig und scharf. Kein anderer als der eigentliche Gastgeber der Juni-Tagung, der König von Spanien, dessen Pariser Botschafter dem erwähnten Dreier-Ausschuß angehört, übte eine vernichtende Kritik an der Tätigkeit des Völkerbundes, insbesondere in der Abrüstungsfrage. Wieviel dabei von einem tieferen Geschäftssinn diktiert wird, bleibt einstweilen abzuwarten.

*

Die britische Arbeiterpartei macht die größten Anstrengungen, daß der Wahlgang nicht zu einem Kampfe „ausarten" möge: sie hat nicht allein aus ihrem Programm alles ausgemerzt, was den englischen Spießer, auf dessen Stimme sie es abgesehen hat, vor den Kopf stoßen könnte. Sie ist auch bei ihrer Wahlpropaganda derart zahm und zurückhaltend, daß die Kritik an der konservativen Regierung, deren offizielle Opposition sie im verflossenen Parlament gewesen ist, recht eigentlich nicht von ihr, sondern von den Liberalen bestritten wird. Sie macht mit den anderen bürgerlichen Parteien redlichen, wenn auch bescheidenen Gebrauch vom Radio als Propagandamittel, wobei sie in echt demokratischer Weise es nicht nur ruhig mitansieht, sondern eifrig mithilft, daß dieses Werbemittel den kommunistischen Kandidaten vorenthalten werde. Trotz dieser Milde geht es doch nicht ohne Kampf ab; mag sich auch die Arbeiterpartei noch so drücken, stellenweise wird ihr der Kampf vom Gegner aufgezwungen. So in Birmingham, wo der rechtsradikale Führer Locker-Lampson, der Bruder des Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amte, die Arbeiterpartei derart beschimpfte, daß dies von der Arbeiterschaft nicht ruhig hingenommen werden konnte, und es zu einer regelrechten Keilerei kam, aus der als Siegern die Polizei hervorging. Die schlappe Haltung des Arbeiterparteiapparates, die sehr überrascht, aber nur wenig ziehen dürfte, stärkt ohne Zweifel die Konservativen, aber auch die Kommunisten, die trotz aller Beschränkungen aktiv und rührig einen regelrechten Wahlkampf als Klassenkampf zugespitzt, führen. Hinsichtlich des Wahlausganges wird recht allgemein angenommen, daß er zu keiner eigentlichen Mehrheitsbildung führen werde.

*

Der Kampf zwischen den Generalen Tschiang und Feng ist unausweichlich, eine Versöhnung ist nunmehr so gut wie ausgeschlossen. Es geht also auf Leben und Tod. Die Mutmaßungen darüber, welchem von diesen beiden bedeutenden Machthabern auf chinesischem Gebiete die kleineren Befehlshaber sich anschließen werden, hat augenblicklich nur insofern Bedeutung, als sie Schlüsse darüber zulassen, wie die Kräfteverhältnisse der beiden Gegner in China selbst beurteilt werden. Wenn man aber in dieser Hinsicht z. B. die Haltung des Beherrschers der Mandschurei als ausschlaggebend für eben diese Stimmung betrachten will, wie es vielfach im bürgerlichen Lager geschieht, so muß man feststellen, daß diese Haltung ungewiß und zögernd ist und durchaus nicht eindeutig und deutlich für die Werbekraft Tschiangs spricht. Darüber hinaus ist aber auch die Klassenschichtung innerhalb der beiden Lager nur insofern geklärt, daß Tschiangkaischek von den imperialistischen Mächten offen unterstützt wird und auf diese Unterstützung rechnet, ausgesprochen gegenrevolutionär und arbeiterfeindlich ist, während Feng, wenn auch nicht der Führer einer revolutionären Armee, so jedenfalls der militärische und politische Führer desjenigen Teiles der chinesischen Bevölkerung werden könnte, die für die nationale Revolution, gegen die Diktatur Tschiangs und gegen die von ihm wiedereingeführte indirekte Herrschaft der imperialistischen Mächte kämpfen. Würde es gelingen, aus diesem Heer der oppositionellen Kräfte ein Volksheer der nationalen und weitergehend der sozialen Revolution zu bilden, es zum Befreiungskrieg gegen imperialistische Ausbeutung und zum Bürgerkrieg gegen die militärische und Klassendiktatur des „inneren Feindes" zu organisieren, könnte es den Sieg erringen. Wenn aber Feng selbst in die Fußtapfen Tschiangs treten und einen bloßen Generalskrieg um die eigene Macht und um seine persönliche Diktatur anzetteln will, dann wird er ebenso untergehen, wie alle seine Vorgänger.

Diplomaticus.

Vor dem 30. Mai in England

Der englische Wahlkampf ist auf dem Höhepunkt. Am 30. Mai finden die Wahlen statt. Unser Bild zeigt Ministerpräsident Baldwin, den Spitzenkandidaten der Konservativen, bei einer Wahlrede in einer Londoner Vorstadt. Gegen die mächtigen Parteien der Konservativen, Liberalen und Labour Party führt die kleine Kommunistische Partei Englands einen schweren, aber tapferen Kampf.

Volksentscheid im Freidenker-Verband

Genossen und Genossinnen!

Die Opposition im Freidenkerverband hat zur Erzwingung der Einberufung einer statutenmäßig gewählten ordentlichen Generalversammlung eine

Unterschriftensammlung

im Verband organisiert. An jedes Mitglied über 18 Jahre wenden wir uns und fordern es auf, in die ihm von oppositionellen Freidenkergenossen vorgelegten Listen seinen Namen einzuzeichnen.

Die reformistische Verbandsleitung ersucht Euch zwar, davon Abstand zu nehmen und warnt Euch vor der Opposition. Sie erklärt:

1. Im Verband ist alles in Ordnung, die Arbeit klappt, eine Generalversammlung ist unnötig.

2. Die Opposition will damit ihre Spaltungstätigkeit fortsetzen und die ruhige Entwicklung des Verbandes stören.

3. Im Bezirk sei die Lage besonders gut — ein stetes Aufwärts sei zu verzeichnen. In der Beitragsfrage seien alle Schwierigkeiten überwunden.

Trifft das zu? Laßt uns untersuchen, warum eine solche Generalversammlung das Gebot der Stunde ist:

1. Ist das beste Ordnung, wenn es bis zum heutigen Tage der Freidenkerverband noch nicht fertiggebracht hat, eine große Massenkampagne gegen Konkordat, Kulturreaktion und Koalitionspolitik zu organisieren? Zwar schreiben Sievers und seine sozialdemokratischen Freunde im „Freidenker" gegen das Konkordat, aber ernstliche Kampfmaßnahmen führen sie nicht durch. Im Gegenteil, sie schwächen sogar die Kampfkraft der Organisation, indem sie die revolutionäre Opposition, die sich mit aller Kraft für den Kampf einsetzt, aus dem Verband herauswirft. Die reformistischen Führer müssen das tun, weil sie die Konkordats- und Koalitionspolitik ihrer sozialdemokratischen Ministergenossen, der Severing, Hilferding, Braun, Grzesinski unterstützen. Im Interesse dieser Koalitionspolitik und damit zugleich im Interesse der verstärkten Ausbeutung des Proletariats und der Kriegsvorbereitungen des deutschen Imperialismus, insbesondere gegen die Sowjetunion, führen die Reformisten in allen Arbeiterorganisationen ihre Spaltungsmaßnahmen durch.

Die Arbeiterorganisationen sollen ihres Klassenkampfcharakters entkleidet werden und zu Hilfsmitteln der sozialimperialistischen Politik gemacht werden.

Die Severing, Grzesinski, Hilferding, Zörgiebel, die nicht davor zurückschrecken, im Auftrage der Bourgeoisie die Maschinengewehre gegen die Arbeiterklasse einzusetzen, werfen andererseits den Pfaffen und der Kirche Millionen von Steuergroschen in den Rachen.

Deshalb muß von Sievers und seinen Trabanten der Kulturkampf, die Mobilisierung der werktätigen Massen gegen das Konkordat, verraten werden. Deshalb ist eine klassenbewußte Opposition mit einem revolutionären Programm im Verband unbedingt erforderlich.

Deshalb Generalversammlung, um den Kampf gegen Kulturreaktion und Koalitionspolitik, gegen den imperialistischen Krieg zu organisieren und eine kampffähige revolutionäre Leitung des Verbandes zu schaffen.

2. „Die Kommunisten spalten" — so schreien Sievers, Koltzsch und Konsorten. Genossen! Entscheidet selbst! Haben die ausgeschlossenen Genossen in unserem Bezirk: Waldemar Römer, Otto König, Alfred Grade, Hans Lindner, Georg Bräuner, Rudolf Hartig usw., nicht alle Zeit ihr Bestes für den Verband getan? Haben sie jemals von Spaltung der Organisation gesprochen?

Die Koltzsch, Graul, Grundmann waren die Spalter.

Sie schlossen diese revolutionären Führer der Freidenkeropposition aus, weil sie eine klassenbewußte kulturpolitische Arbeit im Verband forderten, ganz ebenso, wie Sievers einen ganzen Bezirk — den Bezirk Hagen — aus den gleichen Grunde abspaltete.

Wer gegen die Zerschlagung,

gegen die reformistischen Spalter unseres Verbandes ernstlich kämpfen will, bekundet das durch seine Unterschrift.

3. Ihr klagt, ob Kommunisten, Sozialdemokraten oder Parteilose über die hohen Beiträge. Ihr schimpft, daß Euch die Mitgliedsrechte genommen sind, daß Ihr auch im Bezirk keine gewählte Leitung, die dem Willen der übergroßen Mehrheit der Mitglieder entspricht, habt. An uns selbst liegt das, Freidenkergenossen! Mit neuen organisatorischen Maßnahmen will der neue vom Hauptvorstand eingesetzte Sekretär Koltzsch die Rechte der Mitglieder weiterhin beschneiden. Er läßt die Reden oppositioneller Genossen bespitzeln, um sie gegebenenfalls aus dem Verband herauszuwerfen. In Ammendorf enthob er den Vorsitzenden der Ortsgruppe von seiner Funktion, weil ein Jugendweihe-Ausschuß von mehreren Organisationen, dem er im Auftrage seiner Ortsgruppe angehörte, einen ausgeschlossenen Genossen als Jugendweiheredner heranzog. In Leipzig wurde anstelle der freiwilligen Kassierer ein bezahlter Apparat eingesetzt.

So werden Eure Mitgliederrechte mit Füßen getreten.
Lauft Sturm dagegen, Freidenker!
Zeichnet Euch ein in unsere Listen!

Natürlich werden auch, wenn wir die notwendigen Unterschriften für eine Generalversammlung erhalten, die reformistischen Instanzen versuchen, durch allerlei Kniffe und Schiebungen den Erfolg unserer Arbeit zu verhindern. Deshalb kann Eure Unterschrift nur der erste Schritt im Kampfe gegen die Spalter des Verbandes sein. **Schart Euch um uns!**

Heute:

Tausende Unterschriften im Bezirk sammeln!

Morgen:

Kampf um die Eroberung des Verbandes durch die Opposition!
Fort mit den Spaltern!
Wiederherstellung des Klassenkampfcharakters der Organisation!
Kampf gegen Konkordat, Kulturreaktion und Koalitionspolitik!

Halle, im Mai 1929.

Die Freidenker-Opposition

Englands Hand in Afghanistan

(Inprekorr.) **Moskau, 23. Mai.**

Afghanische Flüchtlinge berichten von der überaus gespannten Lage in Kabul. Massenweise werden Personen verhaftet, die der Sympathie für Aman Ullah verdächtig sind. In den Provinzen Katagan und Badachschan wird von Mullahs und Personen, die als englische Agenten allgemein bekannt sind, eine Propaganda getrieben, die die Entfachung der Feindschaft zwischen den Nationalitäten und Stämmen Nord-Afghanistans zum Ziel hat. Der gesamten Arbeit liegt offenbar ein von den Engländern vorher ausgearbeiteter Plan zugrunde.

König Aman Ullah ist nach Bombay abgereist, um sich nach Europa zu begeben.

Die Furcht vor Kommunisten

(Inprekorr.) **Paris, 24. Mai.**

Die Wahl des Kommunisten Hueber zum Bürgermeister von Straßburg und von Autonomisten und Kommunisten zu Stadträten, hat große Aufregung hervorgerufen. Die bürgerliche Presse verlangt, daß die Regierung jede Verbindung mit dieser frankreichfeindlichen Gemeindeverwaltung verweigere.

Die Arbeit der KP. der Schweiz

Vom 18. bis zum 20. Mai fand in Basel eine Tagung des Erweiterten ZK. der KP. der Schweiz statt. In einer breit angelegten Diskussion wurden alle Fragen der bisherigen Tätigkeit der Partei, der Wahltaktik, des Verhältnisses zur Sozialdemokratie usw. einer gründlichen Selbstkritik unterzogen; es wurden tiefgreifende Mängel und eine falsche opportunistische Linie festgestellt sowie die künftigen Aufgaben der Partei, besonders in den kommenden Wirtschaftskämpfen, speziell im gegenwärtigen Konflikt in der Metallindustrie, besprochen und praktische Richtlinien aufgestellt.

Es wurde beschlossen, eine öffentliche Parteidiskussion über alle Fragen durchzuführen und den Parteitag im Herbst abzuhalten. Ferner wurde einstimmig die Reorganisierung des ZK. mittels Ergänzung durch neun Arbeiter sowie durch Neuwahl des Pol-Bureaus und des Sekretariats beschlossen.

Aus der Partei

Die Mitglieder der KPD. der Stadtorganisation Wittenberg-Piesteritz Willi Bode, Otto Hermann, Richard Engel, Hugo Schmitz und Albert Borsdorf haben sich trotz mehrfacher Verwarnungen fortgesetzt an fraktionellen Treibereien der Brandler-Gruppe beteiligt. Gegen die Partei haben sie zusammen mit den führenden Mitgliedern der rechten Gruppe eine infame Hetze gegen die KPD. entfaltet. Diese Leutchen haben sich durch ihre Hetze gegen die Gewerkschaftsopposition wie gegen die roten Betriebsräte das besondere Wohlwollen der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie erworben. Auf Grund der wiederholten Vorstöße gegen die Partei hat die Mitgliedschaft der Stadtorganisation mit 260 Stimmen bei wenigen Enthaltungen den Ausschluß der obengenannten 5 Mitglieder aus der Partei beschlossen. Die Bezirksleitung der KPD. Halle-Merseburg hat festgestellt, daß einzelne Mitglieder seit Monaten ihre Beiträge nicht zahlen, daß darüber hinaus der im Konsumverein angestellte Albert Borsdorf die Extrabeiträge, die er laut Beschluß der Mitgliedschaft an die Partei abzuführen hat, trotz ausreichenden Gehaltes nicht zahlt. Der bewußte Bruch obengenannter Mitglieder mit der Partei ist also erwiesen.

Die Engere Bezirksleitung der KPD. hat deshalb einmütig die Zustimmung zu dem Antrag der Stadtorganisation Wittenberg gegeben. Die fünf obengenannten Mitglieder sind deshalb aus der Kommunistischen Partei Deutschlands ausgeschlossen.

Halle, den 24. Mai 1929.

BL. Halle-Merseburg. Sekretariat.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290525-14/fragment/page=0003

„Kriegsverdiente Sozialdemokraten"

Die sozialdemokratische Presse teilt den neuesten „Schlager" der englischen Sozialdemokraten, der Labour Party, im Wahlkampf mit. Erst vor einigen Tagen veröffentlichte sie das bekannte Redematsch zwischen Jim und Jix, das mit der Verbrüderung des Konservativen und des Arbeiterparteilers und mit dem gemeinsamen Gesang der 10 000 Wahldemonstranten „God save the King" (Gott segne den König) endete, und fand dazu beifällige Kommentare. Jetzt berichtet der „Vorwärts" vom Freitag über „Macdonalds Wahltriumphzug", wie in Worcester „ehe Macdonald das Wort ergriff, einer der höchsten katholischen Geistlichen erschien, um den sozialistischen Führer zu begrüßen" (!) und über die Aufstellung von „kriegsverdienten Labour-Kandidaten" folgendes:

„Die militärischen Titel und Dienstleistungen ihrer Kandidaten werden von der englischen Arbeiterpartei für die bevorstehende Wahl als propagandistischer Aktivposten (!) betrachtet. Der Pressedienst der Labour-Partei stellt z. B. fest, daß „eine erhebliche Anzahl Männer, die sich in der Marine, im Heere und in der Luftfahrtruppe ausgezeichnet haben, als sozialistische Kandidaten im Felde stehen".

Da ist zunächst der Captain Wedgewood Benn, früher einmal liberaler Minister, der außer hohen britischen Auszeichnungen für seine Kriegsdienste seinerzeit zum Ritter der Ehrenlegion ernannt wurde. Oberstleutnant Cecil l'Estrange Malone hat Weihnachten 1914 der berühmten Fliegerangriff auf Cuxhaven kommandiert (!). Oberstleutnant Watts Morgan wurde als Kommandant eines Bergarbeiterbataillons aus Wales anläßlich der Abwehr der deutschen Frühjahrsoffensive 1918 im britischen Heeresbefehl genannt (!). Ferner gibt es noch über ein Dutzend andere Labour-Kandidaten mit dem Rang vom Hauptmann aufwärts." (!!)

Diese „kriegsverdienten" englischen Sozialdemokraten sind nichts mehr und nichts weniger als die Wahlzugpferde des neuen imperialistischen Krieges gegen die Sowjetunion. Das gilt sowohl für die Labour-Party-Führer, die im Industriefrieden mit den Konservativen und der Aufstellung von kriegsverdienten Militärkandidaten zur Wahl praktische „Arbeiterpolitik" machen, als auch die deutschen sozialfaschistischen Führer, die ihnen dazu Beifall klatschen. Dreizehn würdige Pfaffen sind ja als Wahlkandidaten zum „Segnen" auch da.

Nur wer die Sehnsucht kennt ...! Im nächsten Wahlkampf in Deutschland werden wir höchstwahrscheinlich die „kriegsverdienten" Sozialdemokraten à la völkischen Putschmajor Mayr, den Schlächter des mitteldeutschen Proletariats, Hörsing, Noske, Severing, Müller und nicht zu vergessen den Lügen-Seifen-Künstler im Schmucke ihrer Kriegstrophäen als Wahlkandidaten auftreten sehen. Voranmarschieren wird Admiral seines Panzerkreuzers, Hermann Müller — Front heil!

Jungsozialist für proletarische Diktatur

In der Himmelfahrtswoche fand eine Tagung von Vertretern der bürgerlichen und sozialdemokratischen Jugend statt. Ein Weltfriedensbund der Jugend soll gegründet werden und im Mittelpunkt der Diskussion stand die Frage „Gewalt oder Nichtgewalt im Kampf um den Frieden". Jetzt veröffentlicht die „Kölnische Zeitung" eine Reihe von Aufsätzen verschiedener Jugendführer über dieses Thema. Der Jungsozialist Wolf Abendroth aus Frankfurt a. M. gibt dazu unter dem Titel „Der Sozialismus ist die Voraussetzung" bemerkenswerter Weise eine absolut marxistische Analyse über die Gewaltanwendung und bemerkt dazu u. a. sehr richtig:

„Denn auch in der sogenannten demokratischen Republik ist der Staat nicht von den Klassen unabhängig, sondern das Unterdrückungsinstrument einer Klasse gegen die andere. Der Severingsche Ruhrschiedsspruch, Hilferdings Reichshaushalt, Zörgiebels Demonstrationsverbot am 1. Mai, die Wiener Juli-Kämpfe, der Polizeiterror gegen die antifaschistischen Demonstranten in der sozialdemokratisch verwalteten Stadt Zürich haben praktisch gezeigt, daß, selbst den besten Willen vorausgesetzt, sozialistische Staatsfunktionäre zum Instrument der Kapitalistenklasse werden ..

Wer den Sozialismus will, muß auch die zu seiner Verwirklichung notwendige Gewalt, den proletarischen Klassenkampf, bis zu seiner zugespitzten Form: den Bürgerkrieg und die proletarische Diktatur wollen, wenn nicht sein Wille zur Ueberwindung der Gewalt ein bloßer platonischer Wunsch bleiben soll, der an den bestehenden Zuständen nichts ändert!"

Diese Auslassungen sind immerhin ein wertvolles Dokument.

Den Bedrängern die Spitze bieten

„Und schließlich gibt es auch einen Punkt, wo man nicht mehr nach dem Schaden fragen darf. Schiller sagt: „Nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr Alles setzt an ihre Ehre." Ja, nichtswürdig, erbärmlich ist auch die Arbeiterklasse, die sich wie Hundsfötter behandeln ließe, die ihren Bedrängern nicht die Spitze zu bieten wagte. (Stürmischer Beifall.) Da ist Rußland, da ist die Junischlacht, da ist die Kommune! Bei dem Namen dieser Märtyrer solltet Ihr nicht einmal ein paar Wochen hungern, um Eure höchsten Menschenrechte zu verteidigen! (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.) Da kennt Ihr die deutschen Arbeiter schlecht, wenn man ihnen das nicht zutraut! (Erneuter Beifall.) Was hätte denn Heine 1880 in Wyden gesagt, als ich den Antrag stellte, das Wort „gesetzlich" aus unserem Programm zu streichen? Das ist damals einstimmig und ohne Debatte beschlossen worden. Dann handeln wir auch mit Recht, wenn wir es das nächste Mal ähnlich machen."

(Bebel in der Massenstreikdebatte, Jenaer Parteitag der SPD. 1905.)

Auf den Feldern der Sowjetunion

Erweiterung der Saatflächen — Ganze Dörfer gehen zur Kollektivwirtschaft über — „Industrialisierungsfelder"

Aus sämtlichen Gebieten der Sowjetunion kommen Meldungen über einen erfolgreichen Verlauf der Frühjahrsaussaat, die sich im laufenden Jahre wegen der ungünstigen Witterung im April mit einiger Verspätung vollzieht. Fast überall findet eine Erweiterung der Saatfläche statt, namentlich in den Kollektivwirtschaften, deren Wachstum besonders in den letzten Monaten zugenommen hat.

Ueber ein interessantes Beginnen der Bauern wird aus Sibirien berichtet. Die Sympathiewelle für die Maßnahmen der Regierung auf dem Gebiete der Industrialisierung des Landes fand ihren Ausdruck in einer originellen Bewegung unter der Landbevölkerung. Im Omsker Kreise haben die armen Bauern gemeinsam mit den Mittelbauern des Dorfes Ukrainka kollektiv eine „Industrialisierungsparzelle" angesät und beschlossen, deren Ertrag für den Fonds der Errichtung des Telbes-Werkes, des ersten gigantischen Hüttenwerkes in Sibirien, abzugeben. Mit großer Begeisterung folgen die Bauern dem Beispiele des Dorfes Ukrainka. So haben z. B. die Dörfer des Bezirks Krutinsk am 1. Mai 400 Hektar angesät für die Industrialisierung des Landes. Der Krutinsker Bezirk hat seinerseits andere aufgefordert, seinem Beispiele zu folgen. Dieser Rundappell hat denn auch bereits mehrere Kreise erfaßt.

Von allen Orten gehen Meldungen ein über die erfolgte Aussaat ganzer Deßjatinen zu öffentlichen Zwecken — zur Liquidierung des Analphabetentums, zur Elektrifizierung, zum Ankauf von Radioempfängern usw.

Im ganzen Lande macht sich ein ungeheurer Trieb zur Kollektivisierung bemerkbar. Allein im Bijsker Kreise wurden in der letzten Zeit 27 neue Kommunen gebildet. In vielen Dörfern ist die Bevölkerung fast restlos den Kollektivwirtschaften beigetreten.

Die Ratifizierung des Kellogg-Paktes durch die bulgarische Kammer ist erfolgt.

Parker Gilbert ist gestern von Paris nach Berlin abgereist.

„Illustrierte Geschichte der Deutschen Revolution"

Die 13. Lieferung erscheint zum üblichen Preis diesmal 40 Seiten stark. Der gedrängte Inhalt hat zweifellos diese Erweiterung, die den Abonnenten dieses Werkes nicht belastet, erforderlich gemacht. Das Heft enthält eine Darstellung der bayrischen Räte-Republik, die zum ersten Male die Tatsache erklärt, daß bereits am 5. November 1918 Matrosen an revolutionären Bewegungen Anteil hatten, daß in Bayern die Revolution überhaupt so frühzeitig offen zum Losbruch kommen konnte. Es folgt: Der Versailler Friedensvertrag, Die Weimarer Verfassung, Die Sozialisierung, Wirtschaftliche und soziale Lage, Gewerkschaftliche Kämpfe.

Nochmals sei festgestellt: „Die „Illustrierte Geschichte der Deutschen Revolution" sollte jeder Werktätige unbedingt lesen. Es ist ein Buch von ganz besonderem Wert.

Werbt für den „Klassenkampf"

Stadt-Theater 669
Heute Sonnabend 20—23 Uhr
Die Kreuzelschreiber
Bauernkomödie von L. Anzengruber
Sonntag 15—18 Uhr
Das Dreimäderlhaus
Singspiel nach Franz Schubert
19½—22½ Uhr
Die Herzogin von Chicago
Operette von E. Kalman

Thalia-Theater
Sonntag 20—22½ Uhr
Das Geld auf der Straße
Lustspiel von Bernauer u. Österreicher

Kochs Künstlerspiele
Allabendl. 20.15 Uhr
Der vielseitige Mai-Spielplan
Heute bis 4 Uhr: Nachtfest!
Mittwoch, 29. Mai: Spargelessen
Tischbestellungen frühzeitig erbeten! 671

Alle Bücher empfehlen die Buchhandlungen
Lerchenfeldstr. 14
Harz 1

Fast n. Fahrrad z. vrk. Böllberger Weg 12, I.

Modernes Theater
Letzte Woche des fabelhaften Mai-Fest-Spielplanes
Sonnabend bis 4 Uhr geöffnet!
Sonntag: 16-Uhr-Tee
Ab 23 Uhr: Eintritt frei

Volkspark
Heute abend auf der Terrasse
Familien-Frei-Konzert
Morgen, Sonntag Vereins-Ball
Freikonzert

Ich liefere Ihnen für **29,—**
einschließl. sämtl. Zutaten, modernen Anzug o. Mantel nach genauem **Maß**
aus mitgebr. Stoffen
Serie 2 = 39,— Mk.
Serie 3 = 49,— Mk.
Luxusausstattung 65,— Mk.
643 Garantie für beste Paßform! Pünktliche Lieferung
Haardt
Elegante Herrenmoden
Kathe-Passage
Preußenring 9—10

Walhalla
Dir. O. Kleinhanns — Fernspr. 283 85
Beginn 20 Uhr 668
Heute und morgen ??
Natürlich nur zu dem göttlichen
„Noni"
der mit seinen Golden Serenaders und dem übrigen Weltstadtprogramm täglich ein ausverkauftes Haus bis zur Siedehitze begeistert!!
Nur noch wenige Tage!!
Noni müssen Sie gesehen haben
Gewöhnliche Preise ab 60 Pf.

Rest. „Zur Lutherlinde"
Triftstraße 23 Telephon 232 47
Morgen und jeden Sonntag die beliebte
Bucko-Kapelle
Es laden freundlichst ein
Otto Helbig und Frau

SCHAUBURG
Gr. Steinstr. 27/28 Fernruf 298 32
Der große Hochgebirgsfilm:
Wo die Alpenrosen blüh'n
mit Gritta Ley
Jugendliche haben Zutritt und zahlen zur 1. Vorstellung halbe Preise
Sonntagnachmittag 3 Uhr
Jugend- und Familienvorstellung
Volles Programm 672

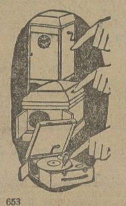
Rakete
Reimers Lachbühne
Kleine Klausstraße 7
Ruf 314 49
Täglich 20 Uhr
Das größte Lachen und Vergnügen
nur bei Emil Reimers
Heute, Sonderabend, 655
mit Nachtvorstellung bis 4 Uhr

Weinberg-Terrassen
Vornehmes u. größtes Gartenlokal Halles
mit gr. Park von seltener Schönheit 660
Sonntag, den 26. Mai 1929:
Großes Extra-Frühkonzert
(Fliederblütenfest)
Jeder Gast erhält während des Frühkonzerts einen Fliederstrauß gratis!
11 bis 13 Uhr: Frühschoppen-Konzert auf der roten Terrasse
12—14 Uhr: Preiswerter Mittagstisch sowie reichhaltige Speisenkarte
Speckkuchen in vorzüglicher Qualität
Nachmittags und abends:
2 große Gartenkonzerte (Steuer-Orchester)
Von 16 bis 24 Uhr:
Die populärste Tanzveranstaltung Halles
Jeden Dienstag und Freitag:
Gesellschafts-Tanzabende

Zoologischer Garten
Sonntag, den 26. Mai, 16 Uhr:
Nachmittags-Konzert
des Steuer-Orchesters
Leitung: Obermusikmeister Karl Steuer
20 Uhr: 670
Abend-Konzert
des Hallischen Symphonie-Orchesters
Leitung: Benno Plätz

Zuverlässiger **Zeitungsträger** für Molmeck gesucht
Meldungen sind sofort an den Genossen Paul Köhler, Molmeck, Hauptstr. 7, zu richten

Schallplatten
Täglich die neuesten Schlager
Autorisierte Electrola-Verkaufsstelle
Piano-Ritter
Flügel- und Piano-Fabrik
Leipziger Straße 73
653

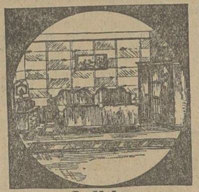


Der Ammendorfer und Döllnitzer Einwohnerschaft zur Kenntnis, daß ich eine 657
Bornaer Braun- und Weizenbier-Vertriebsstelle
eröffnet habe. Belieferung erfolgt jeden Mittwoch für die Ortsteile Ammendorf, Beesen, Silberhöhe u. Rosengarten. Jeden Sonnabend für Radewell, Burg, Osendorf und Döllnitz
Um gütigen Zuspruch bittet
Otto Hanuscheck, Corbetha

Mitglieder! 651
Deckt Euren gesamten Warenbedarf im
Konsumverein Wittenberg!
Die Verteilungsstelle ist Eure Vorratskammer

Solide **Schlafzimmer**
Eiche, Birke, Nußbaum imitiert, weiß
RM. 320,— 375,— 540,— 575,— 735,—
echt Eiche RM. 790,— 850,— 875,—
Schränke
RM. 49,— 72,— 86,— 115,—
Waschtische
RM. 13,50 19,— 25,— 85,— 95,— 145,—
Nachtschränke
RM. 17,— 24,— 27,50 34,—
Bettstellen aus Holz
komplett, mit Stahlfeder- und Auflegematratze RM. 44,— 56,— 60,— 75,— 80,—
Metallbettstellen
komplett, mit Stahlfeder- und Auflegematratze RM. 30,— 36,50 49,50 59,—
Entgegenkommende Zahlungsbedingungen!! Nach auswärts ohne Transportbeschädigung durch eigenes Auto
Bettenhaus Bruno Paris
Kl. Ulrichstraße 2 bis Domplatz 9
2 Minuten vom Markt 645

Ansichtspostkarten empf. die Volksbuchhandlungen



?! Wo lassen Sie Ihre Garderobe anfertigen?
Wir fertigen Ihnen aus Ihrem Stoff mit unseren Zutaten einen
Anzug oder **Mantel**
nach neuesten Modellen, 642 guter Sitz, für
29,-
II. Verarbeitung 37,-
Zahlr. Anerkennungen vorm.
M. Ehrlich
Halle
Leipziger Str. 69

Brennholz unentgeltlich
Pappelkronen usw. kann abgeholt werden
Mletleber Chaussee

Wittenberg
Zentralverband der Zimmerer
Zahlstelle Wittenberg
Sonntag, den 26. Mai 1929
16 Uhr, im Gewerkschaftshaus
Quartals-Vergnügen
Es ladet freundlichst ein
Der Vorstand

Löwen-Apotheke
Wittenberg, Collegienstr. 17

Licht- u. Kraftwerke Wittenberg, GmbH.
Wittenberg, Hallesche Str. 32
Installation von: 650
Elektrische Anlagen
Gas- und Wasseranlagen
Lieferung von
Gas- und Stromgeräten
Beleuchtungskörpern
Auf Miete mit Eigentumserwerb

Wo speise ich gut und billig im
Volkspark ?
Burgstraße 27 Tel. 21107

Möbel
Teppiche, Gardinen etc.
24 Monate Kredit
Schlafzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer
Küchen u. sämtl. Einzelmöbel
1. Rate im Juli
Prachtkatalog gratis und franko
Spezial-Abteilung: Teppiche, Gardinen, Dekorationen, Steppdecken, Bettvorleger, Fertige Federbetten
Möbelhaus Humboldt
Berlin
Filiale Wittenberg, Collegienstraße Nr. 74

Inserenten fordert Offerten über Drucksachen ein

Drahtgeflecht
Drahtzäune
Hallesche Drahtweberei C. H. Heiland, Magdeburger Straße

Anerkannt beste Bezugsquelle für **billige böhmische Bettfedern!**
1 Pfund graue, gute, geschlissene Bettfedern 80 Pf., bessere Qualität 1 M. halbweiße, flaumige 1,20 M. u. 1,40 M., weiße flaumige, geschlissene 1,70 M., 2 M., 2,50 M., 3 M. feinste, geschlissene Halbflaum-Herrschaftsfedern 4 M., 5 M., 6 M., halbweiße Daunen 5 M., weiße 7 M., hochfeine 10 M. Versand jeder beliebigen Menge zollfrei gegen Nachnahme von 10 Pfd. an franko. Umtausch gestattet oder Geld zurück. Muster u. Preisliste kostenlos
S. Benisch, Export böhmischer Bettfedern in Prag XII. 652

Stempel Pfautsch
Nikolaistr. 6
Fernruf: 3668

Inserenten!
Fordert Offerten über Drucksachen ein

Die Versteigerung der Pfänder mit den Pfandnummern 18 091 bis 22 359 (Pfandscheine August 1928) wird vom 4. Juni 1929 von 9 Uhr vormittags an, im Leihamt An der Marienkirche 4, stattfinden.

Versteigert werden Taschenuhren aller Art, sonstige Gold- und Silbergegenstände, ferner Betten, Leib- und Bettwäsche, Schuhwerk, neue und getragene Kleidungsstücke, Fahrräder, Pelzsachen und verschiedene andere Sachen.

Erneuerungen nur bis zum Sonnabend, dem 1. Juni 1929.

Die erzielten Ueberschüsse können in der Zeit vom 4. Juli 1929 bis 3. Juli 1930 abgehoben werden.

Halle, den 15. Mai 1929. **Leihamt der Stadt Halle.**

Wir haben unter dem 24. April d. J. eine Polizeiverordnung erlassen, nach der Leichen von Personen, die an einer ansteckenden Krankheit gestorben sind, spätestens 18 Stunden nach Eintritt des Todes in die Leichenhalle auf dem neuen Friedhofe überführt werden müssen.

Die Polizeiverordnung hängt vor dem Rathause aus.

Eisleben, 17. Mai 1929. **Die Polizeiverwaltung.**

Die Gemeinde Dieskau beabsichtigt vor dem neuerrichteten Gemeindehaus etwa 35 Quadratmeter Fußsteig herzustellen. Interessenten, welche sich für die Arbeiten interessieren, können am Dienstag, dem 28. Mai, nähere Bedingungen im Gemeindebüro Dieskau, Döllnitzer Straße 2, einholen.

Dieskau, 23. Mai 1929. **Der Gemeindevorsteher. Steinmetz.**

Wohnungsuchenden der Bitterfelder Dringlichkeitsliste bietet sich Gelegenheit zum Bezuge von mit Zuschüssen aus öffentlichen Mitteln errichteten Neubauwohnungen in

Niemegk: 2 Wohnungen,
Pouch: 3 Wohnungen,
Greppin: 1 Wohnung,
Thalheim: 1 Wohnung,
Friedersdorf: 5 Wohnungen.

Reflektanten der vorgenannten Liste melden sich im Zimmer 31/32 des Rathauses in Bitterfeld an den Sprechtagen, Dienstags und Freitags, innerhalb einer Woche. Meldungen von Wohnungsuchenden der Vormerkungsliste können nur Berücksichtigung finden, falls sie die Bedingungen für die Dringlichkeitsliste erfüllt haben oder andere Reflektanten nicht vorhanden sind.

Meldungen von Reflektanten, die eine Altwohnung für das Bitterfelder Wohnungsamt verfügbar machen, werden den Bewerbern aus der Dringlichkeitsliste gleichgestellt.

Bitterfeld, 23. Mai 1929. **Der Magistrat. Wohnungsamt. Eckartsberg.**

Am Schwarzen Brett: Viehzählung. **Magistrat Delitzsch.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290525-14/fragment/page=0004

Der proletarische Reporter

Mit Feder und Kamera quer durch die Welt

Der Untersuchungsrichter verdächtigt die Zigeuner der Menschenfresserei

Vergrabene menschliche Knochen gefunden — Die Zigeuner wurden drei Tage lang geschlagen, bis sie sich zur Menschenfresserei bekannten — Widerliche Hetze der Sensationspresse

Im Kaschauer Prozeß wurden die restlichen Angeklagten wegen des Mordes an Imling vernommen. Sie leugnen alle. Ein schreckliches Bild des Elends stellt der Angeklagte Andreas Cemer dar. Er ist lungenkrank, kann sich nicht auf den Füßen halten und muß von beiden Seiten von Gendarmen gestützt werden. Ein vom Tod Gezeichneter. Man erinnert sich, daß

drei Angeklagte schon in der Untersuchungshaft gestorben (!)

sind. Auch er leugnet alles. Nun schreitet das Gericht zum Beweisverfahren in der Angelegenheit des Mordes an Imling. Der Stoßer Arzt Ladislaus Weiß erzählt, daß er den Ueberfallenen in hoffnungslosem Zustand in seinem Blute liegend angetroffen habe. Der Kreisarzt Ernö Lajlo, der die Obduktion der Leiche vorgenommen hat, schildert, daß der Tod durch einen eigentümlichen Hieb mit der Hacke durch Gehirnzertrümmerung hervorgerufen wurde. Auf Antrag des Staatsanwalts bestätigten die Sachverständigen, daß alle Leichen diesen gleichen charakteristischen Hieb auf die Schädelwirbel aufweisen.

Die Zigeuner brüllen im Chor: „Wir haben nichts getan!"

Der Untersuchungsrichter Peter Izsof wird nun unter großer Spannung vernommen. Er sagt: Es war auffallend, daß die Zigeuner sofort alles eingestanden haben, obwohl Zigeuner sonst lügen und leugnen. Ihr Verhalten war geradezu kindisch. Es schien mir die ganze Zeit, daß da etwas nicht in Ordnung ist:

Einer der Verteidiger stellt nun folgende Frage: „Ist es richtig, daß in der Voruntersuchung davon gesprochen wurde, daß die Zigeuner ihr Opfer aufgefressen haben?"

Zeuge: „Ja, als ich die Angeklagten fragte, was sie mit den verschwundenen Leichen gemacht haben, antworteten sie: wir haben sie aufgefressen."

Mit größter Selbstverständlichkeit schilderten sie, wie sie es getan haben. Insbesondere erzählten sie, wie sie eine Frau ermordet und aufgegessen haben, deren Fleisch ihnen gut geschmeckt hat. Sie wollten auch den Ort zeigen, wo sie die Knochen vergraben haben. Wir gruben nach und fanden die Knochen, von denen die Gerichtsärzte aussagen, daß es menschliche Knochen seien.

Der Staatsanwalt springt erregt auf: „Ich bitte zu verbieten, daß diese Angelegenheit, die nicht in der Anklage steht, hier erörtert werde."

Die Verteidiger wenden sich gegen den Staatsanwalt: Verschleierung hat keinen Sinn. Wir sind da, um die Wahrheit zu finden."

Das Gericht lehnt den Einspruch der Staatsanwaltschaft ab.

Die Angeklagten haben fünf Stellen gezeigt, wo sie Knochen vergraben haben. Allerdings wurden nur an einer wirklich Knochen gefunden.

Der Führer Fille sagt: „Ich habe alles nur eingestanden, weil ich bei der Vernehmung am Gang die Gendarmen gesehen habe und ich fürchtete, wieder zu ihnen geführt zu werden." Auch Paul Ribar bleibt dabei, nur deshalb gestanden zu haben, weil er von den Gendarmen drei Tage lang geschlagen worden ist.

Die Verhandlung wird fortgesetzt.

*

Der Kaschauer Prozeß ist zu einer widerlichen Hetze gegen die Zigeuner von der Sensationspresse und auch von der sozialdemokratischen Presse ausgenützt worden, die vom hohen Kultursockel aus auf die „Zigeunerbanden" schimpfen. Wir wissen noch nicht, wie weit die gegen die Zigeuner erhobenen Beschuldigungen zutreffen. Aber wir wissen wohl, daß gegen diese armen Teufel eine gewissenlose und gemeine Hetze getrieben wird.

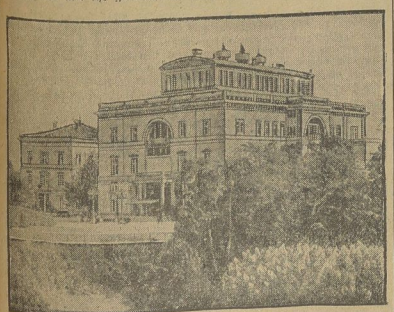
Von allen Seiten gemieden, verfemt, gehetzt, brotlos gemacht, ist es aber wohl denkbar, daß die verzweifelnden und hungernden Zigeuner, um sich in den Besitz von Mitteln zu setzen, Menschen angefallen und ermordet haben.

Mordprozeß gegen einen Sechsjährigen

Im Mittelpunkt des Interesses steht in London der außergewöhnliche Fall eines sechsjährigen Knaben, der von einem Londoner Gericht des Totschlags schuldig befunden und dazu verurteilt worden ist, 15 Jahre in einer Besserungsanstalt zu verbringen. Der Junge war beschuldigt, einen achtjährigen Kameraden beim Streit um den Besitz eines Stück Eisens mit dem Gewehr seines Vaters erschossen zu haben. Während der Gerichtsverhandlung spielte der junge Angeklagte gänzlich unbekümmert mit einigen gleichaltrigen Kameraden in einem der Gerichtssäle.

Thüringer Bürgermeister als Paßfälscher?

In Dortmund kam die Kriminalpolizei einer großen Fälscherbande auf die Spur. Hauptbeteiligte ist eine Polin. Sie soll mit mehreren thüringischen Bürgermeistern in Verbindung gestanden haben, die mit ihr gemeinsame Sache gemacht haben sollen.



Villa Hügel bei Essen, das Schloß des Industriekönigs Krupp

Hier fand in den letzten Tagen eine bedeutsame Besprechung zwischen den Schwerindustriellen statt, wobei deren rechteste Vertreter den Rücktritt Böglers, des zweiten Hauptdelegierten zur Reparationskonferenz, erzwangen.

50 000 Dollar aus einer Bank bei Neuyork geraubt

In dem Neuyork benachbarten, im Staate New Jersey gelegenen Castorange haben fünf mit Revolvern bewaffnete Leute vormittags die in einem sehr verkehrsreichen Ortsteil gelegene Niederlassung der Castorange Trust Con überfallen, die Angestellten und die zufällig anwesenden Kunden, im ganzen zehn Personen, genötigt, sich mit erhobenen Händen an die Wand zu stellen und etwa 50 000 Dollar geraubt, mit denen sie unbehelligt entkamen.

Das Rote Kreuz bereitet sich zum Gaskrieg vor

Der Leiter des chemischen Kriegsamts der Vereinigten Staaten hat beim Krankenhausbrand in Cleveland nicht mehr verhindern können, daß man unter den Trümmern des Laboratoriums Flaschen mit Kriegsgiftgas entdeckte. Solche Entdeckungen wurden in letzter Zeit in vielen imperialistischen Ländern gemacht. Ueberall rüsten die Imperialisten zum chemischen Kriege, der an Grausamkeit dem Kriege von 1914 bis 1918 weit übertreffen wird. In welchem Maße sich die Bourgeoisie auf diesen Krieg einstellt, zeigt unser Bild. Anläßlich der Eröffnung eines Artillerieübungsplatzes (!) veranstaltete das Rote Kreuz Vorführungen von Gasmasken.

Glosse vom Tage

Für's achte Kind 30 Mark vom sozialdemokratischen Ministerpräsidenten

Jeder wird sich noch des Ukas erinnern können, den der Wohlfahrtsminister Preußens, der „christliche" Zentrumsmann Hirtsiefer, vor einiger Zeit erließ. „Für das zwölfte Kind eine Porzellantasse als Patengeschenk." Damals fanden selbst einige sozialdemokratische Blätter schärfste Worte der Kritik gegen diese Verhöhnung von Proletarierfamilien. Mittlerweile hat der sozialdemokratische Kollege Hirtsiefers, der Ministerpräsident Braun gelernt. Das städtische Presseamt Oppeln teilt nämlich vor einigen Tagen mit:

„Der Herr preußische Ministerpräsident hat bei dem am 19. April geborenen achten Kinde des Werkhelfers Theodor Kolloch in Oppeln, Zweigstraße, die Patenschaft übernommen. Der Patenbrief und ein Geldgeschenk in Höhe von 30 Mark (in Worten: Dreißig Mark! d. Red.) ist den Tauseltern vom Herrn Oberbürgermeister bereits übergeben worden."

So ist's in Ordnung! Als Ersatz dafür, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion mit ihren bürgerlichen Koalitionsgenossen den Kampf gegen die Beseitigung der Schandparagraphen 218 und 219 führt, gibt der Sozialdemokrat Braun als Taufpate für ein Proletarierkind 30 Mark. —

Wolkenbruchkatastrophe in einer Stadt der Sowjetunion

Die Stadt Dnjepropetrowsk wurde gestern von einem dreistündigen Wolkenbruch heimgesucht. Von den Wassermassen, die eine Höhe von 1½ Meter erreichten, wurden Menschen und Bauten mitgerissen und die Häuser überschwemmt. Bisher wurden 12 Todesopfer festgestellt.

Schwerer Waldbrand an der holländischen Grenze

In Waldeck (Kr. Geldern) entstand ein Waldbrand, der sich über eine Fläche von 1500 Morgen von Waldeck bis zum Niers-Maaskanal in Holland ausdehnte. Auf deutscher Seite waren die Wehren sämtlicher Ortschaften zwischen Geldern und der holländischen Grenze zur Stelle, sie mußten sich jedoch damit begnügen, ein Uebergreifen des Feuers auf die Ortschaften zu verhüten. Auf holländischer Seite gingen einem Pächter 25 000 junge Tannen verloren. Deutscherseits erlitten die Gemeinden Waldeck, Twisteden, Lüllingen und Geldern Schaden.

Eine Mutter geht mit drei Kindern in den Tod

weil sie den Hunger nicht stillen konnten

In der Nähe des Ringbahnhofes Berlin-Schmargendorf hat sich in der Nacht zum Freitag eine Familientragödie abgespielt. Hausbewohner entdeckten, daß aus der Wohnung der Familie Boelschke starker Gasgeruch drang. Man fand in dem Schlafzimmer der Familie die 43 Jahre alte Frau Thea Boelschke mit ihren drei Kindern tot im Bette liegend.

Frau Boelschke hatte offenbar in der Nacht den Gashahn geöffnet, um gemeinsam mit ihren Kindern in den Tod zu gehen. Der Familienvater, der 34jährige kaufmännische Vertreter Arnold Boelschke, ist am Donnerstag nach Görlitz gefahren, um dort Aufträge für seine Firma zu sammeln. Wie die kriminalpolizeiliche Untersuchung ergeben hat, dürften es wirtschaftliche Motive gewesen sein, die Frau Boelschke mit ihren Kindern in den Tod getrieben haben. Die Not der Familie war in den letzten Tagen sehr groß geworden. Am Donnerstag hatten die Gläubiger einen großen Teil der Möbel pfänden lassen. Die Familie hat erst vor kurzer Zeit die Neubauwohnung bezogen und hatte trotzdem schon eine Mietschuld von 1000 Mk. bei dem Hauswirt.

Waldbrand bei Hamburg

Am Donnerstagnachmittag entstand zwischen Kuxhafen und Wesermünde ein großer Wald- und Heidebrand. Insgesamt wurden rund 1500 Hektar Heide und 60 Morgen Staatswald vernichtet. Viel Wild ist in den Flammen umgekommen. Die Einwohner der umliegenden Dörfer mühten sich vergebens, den Brand einzudämmen. Das Feuer wütet weiter.

Im Schlafe von den Flammen überrascht

Wie die „Saarbrücker Zeitung" meldet, ist in dem Wohnhause eines Hüttenarbeiters in Halbach Feuer ausgebrochen. Das Haus brannte vollständig nieder. Die Bewohner wurden von den Flammen im Schlafe überrascht. Während sich der Vater und zwei Kinder retten konnten, erlitten zwei Söhne im Alter von 19 und 21 Jahren schwere Brandwunden, denen der 19jährige erlegen ist. Auch an dem Aufkommen des anderen wird gezweifelt.

Vor einem Jahre

begann die verhängnisvolle Nobile-Expedition, die Nobile in der Donnerstag-Ausgabe des „8-Uhr-Abendblatt" noch einmal zu beschönigen versucht. Er versucht besonders sein eigenes Verhalten zu beschönigen. Mit seiner Selbstbeweihräucherung

begann die Polartragödie

bekanntlich schon. Wir berichten über ihren Verlauf demnächst ausführlich.

Ab 1. Juni

geschieht dies in unserem neuen Roman, der ein umfassender Bericht über die Nobile-Expedition und deren Rettung durch den russischen Eisbrecher „Krassin" ist. Gerade zur Zeit des Jahrestages der „Krassin"-Rettungsexpedition

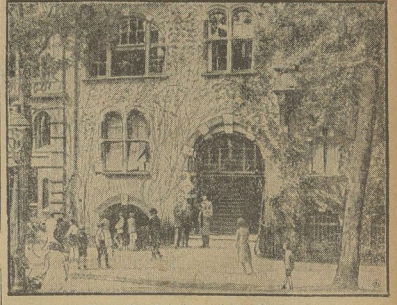
erscheint unser neuer Roman:

„9 Männer im Eis"

der mit den verwendeten Dokumenten und dem zahlreichen Bildmaterial auf jeden Leser beklemmend wirkt. Man lebt mit den Verunglückten und bebt mit den Rettern, klagt mit an und steht bewundernt vor der unendlichen Tat der „Krassin"-Besatzung.

Mache schon jetzt Deinen Arbeitskollegen, Deine Nachbarn und alle, die den „Klassenkampf" noch nicht lesen, auf unseren neuen spannenden Roman aufmerksam, damit sie

zum 1. Juni noch schnell den Klassenkampf bestellen!



Das Landratsamt in Itzehoe

gegen das in der Mittwochnacht ein Bombenattentat verübt wurde. Wir haben gestern näher darüber berichtet. Der Sprengkörper war, wie sich nachträglich herausgestellt hat, mit Roburit, einem viel gefährlicheren Sprengstoff als Dynamit, gefüllt. Durch den Luftdruck wurden am Gebäude große Verwüstungen angerichtet. Keine Fensterscheibe blieb ganz, und in den Räumen des Landratsamtes liegt die Inneneinrichtung wild durcheinander.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290525-14/fragment/page=0005

Stadt Halle

25. Mai 1929.

Der Unterbezirks-Frauenschule zum Gruß!

Heute und morgen treten eine Anzahl von Parteigenossinnen aus Halle und dem Saalkreis zu ernster Schulungsarbeit zusammen.

Bereits auf dem erst vor kurzem stattgefundenen Bezirksparteitag der KPD. Halle-Merseburg wurde auf die dringende Notwendigkeit der verstärkten Arbeit der Partei unter den werktätigen Frauen hingewiesen. Die Veräumnisse der Partei auf diesem Gebiete wurden von den Genossinnen, die als Delegierte auf dem Parteitag vertreten waren, unumwunden zum Ausdruck gebracht. Manches herbe Wort der Kritik aus dem Munde dieser Genossinnen mußte der Parteitag über sich ergehen lassen. Jetzt gilt es, die unerläßlichen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Inangriffnahme der Arbeit unter den Frauen und der Durchführung der Aufgaben, die der Bezirksparteitag hierzu gestellt hat, zu schaffen.

Die Politisierung der Arbeiterinnen, die eine immer größere Rolle im modernen Produktionsprozeß spielen, ihre Einbeziehung in die Front des Klassenkampfes erfordert, daß jede Parteigenossin sich über die Bedeutung dieser Notwendigkeiten für die proletarische Revolution klar wird. Die proletarische Revolution ist unmöglich, sagte Lenin, wenn es den kommunistischen Parteien nicht gelingt, die Massen der werktätigen Frauen zu erobern.

Worauf ist die politische Rückständigkeit großer Massen der proletarischen Frauen, ihre Passivität im proletarischen Klassenkampf, vor allem mit zurückzuführen? Schauen wir uns nur einmal die Tätigkeit der bürgerlichen Frauenverbände an, die es auf Grund eines raffiniert ausgebauten Organisationssystems verstanden haben, Millionen von Frauen unter ihren Einfluß zu bringen. Hunderttausende von Arbeiterfrauen, die im schlimmsten wirtschaftlichen Elend leben müssen, werden in diesen bürgerlichen Frauenorganisationen von ihren Klasseninteressen abgelenkt und über ihre Klassenlage hinweggetäuscht. Ihnen wird systematisch das Gift religiöser Selbstzufriedenheit eingeflößt. Die spießbürgerliche Bestimpelung wird zum Zwecke der Klassenentfremdung der Arbeiterfrauen mit geradezu beispiellosler Planmäßigkeit betrieben. Aehnliche Methoden zur Verbürgerlichung und Klassenentfremdung der proletarischen Frauen werden auch in der Sozialdemokratischen Partei angewandt.

Hier steht unserer Partei ein reiches Arbeitsfeld zur Bewältigung offen. Es gilt jetzt, einen entscheidenden Vorstoß unter den Massen der Arbeiterfrauen, von denen immer größere Teile in die kapitalistische Ausbeutung und Lohnsklaverei einbezogen werden, vorzunehmen. Das ist um so notwendiger, als sich gerade heute die Klassengegensätze immer mehr verschärfen und die politische Situation sich immer mehr zuspitzt. Unter der allgemeinen wirtschaftlichen Verelendung, die durch die Hungeroffensive des Trust- und Finanzkapitals auf immer weitere Schichten der Bevölkerung übergreift, haben die Arbeiterfrauen am meisten zu leiden. Die herannahende Gefahr eines neuen imperialistischen Krieges, unter dessen grauenhaften Folgen auf Grund der modernen Kriegstechnik vor allem auch die Massen der Arbeiterfrauen zu leiden haben werden, verpflichtet unsere Partei zu den größten Kraftanstrengungen und zu äußerster Aktivität, um auch die Arbeiterinnen zum Kampf gegen den drohenden imperialistischen Krieg zu mobilisieren.

Auch den Betriebszellen der Partei stehen hier, vor allem in bezug auf die Einbeziehung der Frauen in die Wirtschaftskämpfe, große Aufgaben bevor. Jede Parteigenossin hat die Pflicht, in den Betrieben, in den Wohnbezirken und in den überparteilichen Massenorganisationen unter den Arbeiterinnen und proletarischen Hausfrauen aufklärend zu wirken und im Sinne des proletarischen Klassenkampfes zu erziehen. Daß unsere Genossinnen hierzu die größtmöglichste Unterstützung durch die gesamte Partei haben müssen, ist eine Selbstverständlichkeit.

Die Unterbezirks-Frauenschule soll einer Reihe von Genossinnen aus Halle und dem Saalkreis das notwendige geistige und theoretische Rüstzeug zur Durchführung dieser wichtigen Arbeit vermitteln. Wir sind überzeugt, daß dieser Schulungskursus gute Früchte für die Partei tragen wird. In diesem Sinne wünschen wir der Schule einen vollen Erfolg.

Gute Zeiten für Stahlhelmer

„Mit Feldlust und Gepäck" findet morgen früh auf dem Sportplatz am „Seideparf" der Appell der hallischen Stahlhelmer zur München-Fahrt statt. Der RFB. ist verboten worden, weil er seinem Charakter nach eine Wehrorganisation sei, wie es in der famosen „Begründung" des sozialdemokratischen Innenministers hieß. Der Stahlhelm darf aber in München eine faschistische Heerschau veranstalten und zu Hause also im Bereich des Herrn Grzesinski, in feldmarschmäßiger Ausrüstung einen Generalappell abhalten. Der Stahlhelm gedenkt sogar morgen früh in diesem kriegsmäßigen Aufzuge vom Sportplatz einen Rückmarsch nach der Stadt anzutreten. Es ist offenbar, daß die faschistischen Wehrorganisationen, nachdem ihnen die sozialdemokratischen Koalitionsminister durch das RFB.-Verbot den größten Gefallen getan haben, jetzt absichtlich frecher und provokatorischer auftreten. Die roten Frontkämpfer, die gefährlichsten und erbittertsten Feinde des Faschismus, sind von der Straße verbannt worden. Diese Tatsache benutzen die Stahlhelmer und Wehrwölfe, um von jetzt an die Straße zu beherrschen.

Die SPD., die ja zum Verbot des RFB. durch ihre systematische Lügenhetze ihren guten Teil beigetragen hat, kann also mit ihrer Arbeit zufrieden sein. Sie hat dadurch dem faschistischen Gesindel in vortrefflicher Weise Vorschub geleistet. Und das nicht gänzlich ohne Absicht. Wendet doch die Sozialdemokratie zur Unterdrückung und Terrorisierung des revolutionären Proletariats dieselben Methoden an wie die faschistischen Organisationen. Die Partei des Sozialfaschismus sieht es lieber, wenn der Stahlhelm und die anderen Bürgerkriegsgarden der Bourgeoisie triumphieren und sich ungehemmt betätigen können, als daß der RFB. unter der Arbeiterschaft immer mehr an Einfluß gewinnt. In ihrer Rolle als wichtigste Stütze der Herrschaft des Kapitalismus ist das eine Selbstverständlichkeit.

Für die klassenbewußte Arbeiterschaft ergibt sich aus alldem die Lehre, neben der restlosen Entlarvung der Sozialdemokratie und Enthüllung ihrer sozialfaschistischen Rolle, den offenen faschistischen Wehrverbänden erhöhtere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Es darf nicht sein, daß sich der Stahlhelm, Wehrwolf usw. unter der Arbeiterschaft noch mehr als bisher breitmacht und dort sein Unwesen treibt. Trotz Verbots des RFB. lautet nach wie vor eine der Hauptaufgaben des revolutionären Proletariats:

Kampf den faschistischen Wehrverbänden!

Glänzende Solidaritätsbekundung für die Berliner Opfer!

Die Interessengemeinschaft der ausgeschlossenen Sportvereine von Halle und Umgegend veranstaltete gestern abend auf dem Sandanger ein Fußballspiel, mit dem Ziele, mit den Gesamteinnahmen den Berliner Maiopfern zu dienen. Das Resultat dieser Solidaritätsaktion betrug

113,73 Mark

Bravo, Ihr Arbeitersportler! Den übrigen Vereinen zur Nacheiferung empfohlen. Bezirksvorstand der Roten Hilfe.

60000 alte Angestellte hungern

Gespräche auf dem Arbeitsnachweis — Zum Untergang verurteilt — Keine „Notgemeinschaft" sondern nur Klassenkampf führt aus dem Elend

Trotzdem die Arbeitslosigkeit der Statistik nach in den letzten Wochen etwas abgenommen hat, merkt man auf den Arbeitsnachweisen noch nicht viel davon. Der Andrang der Beschäftigung suchenden Arbeiter und Angestellten beiderlei Geschlechtes ist immer noch sehr groß, und es wird auch den Sommer über mehrere hunderttausende Menschen in Deutschland geben, die keine Arbeit finden.

Der arbeitende Mensch wird heute, in der Zeit der rücksichtslosen Rationalisierung und Ausbeutung der Arbeitskraft, sehr rasch zum alten Eisen geworfen. Der Arbeiter weiß es, aber in verstärktem Maße noch verspürt es der Angestellte.

Es gibt heute über 60 000 arbeitslose Angestellte aus allen Berufen und Branchen,

und bei den meisten liegt der Grund ihrer Arbeitslosigkeit in ihrem Alter. Der kaufmännische Angestellte gilt heute schon mit 30 Jahren als zu alt, und wer etwa als Vierzigjähriger seine Stellung verloren hat, der hat so gut wie gar keine Aussicht, noch einmal angestellt zu werden.

Man wundert sich, auf dem Arbeitsnachweis für stellungslose Angestellte meistens Männer in den besten Jahren zu finden, in völliger körperlicher und geistiger Kraft, aber wenn man einen von ihnen fragt, warum er arbeitslos ist, dann lautet immer die Antwort: „Zu alt".

Einer von ihnen erzählte z. B., daß er mit 37 Jahren seine Stellung als Bankangestellter verlor, weil die Privatbank, die ihn beschäftigte, einging. Seitdem ist er vier Jahre ohne Arbeit und mit seiner Familie in das größte Elend geraten.

Der Mann hat sich vier Jahre lang die Finger wund geschrieben und die Hacken abgelaufen.

Alles vergeblich. Er hat sich in der Zeit seiner Arbeitslosigkeit Sprachkenntnisse angeeignet, trotz aller Not noch an sich selbst und für sein Fortkommen gearbeitet, man hat ihm auch nirgends gesagt, daß er zu alt sei, aber auf die kritische Frage nach dem Alter und ihre wahrheitsgemäße Beantwortung ist stets derselbe Bescheid erfolgt: „Leider ist die Stellung schon besetzt".

Hin und wieder hat er eine kurzfristige Aushilfsstellung bekommen. Für ein paar Monate waren da oder dort Bücher in Ordnung zu bringen oder dergleichen. Aber wie schlecht wird das bezahlt! Und trotzdem ging es eben immer tiefer und tiefer. „Wir haben", erzählte er, „unsere Wohnung verkleinert, unsere Sachen verkauft und verletzt, Schulden gemacht in der Hoffnung auf Einkommen; glauben Sie mir, manchmal packt einen die Verzweiflung, und ich verstehe die Kollegen nur zu gut, die das nicht mehr ertragen. Ich kann doch aus meinem Berufe nicht mehr heraus. Wozu habe ich denn gelernt und gearbeitet? Um von Wohlfahrtspfennigen zu leben?"

Diese Klagen sind bitter und berechtigt. Und nicht nur, daß Männer von dreißig, fünfunddreißig und vierzig Jahren keine Arbeit mehr finden, es gibt Dutzende von Firmen, die Angestellte nach jahrzehntelanger Tätigkeit auf die Straße setzen. Nicht, weil sie nichts mehr leisten, im Gegenteil, sie sind erfahrener und geschäftshafter als ganz junge Kräfte, sondern einfach, weil sie zu teuer sind,

weil man ihnen das Tarifgehalt nicht zahlen will,

obwohl man es könnte.

Was hat der bürgerliche Staat bisher getan, um das Elend der älteren Angestellten zu lindern? Nichts. Er hat einen zweifelhaften Fonds gegründet, aus dem alte Angestellte im Höchstfalle 1000 Mark zur Gründung einer neuen Existenz geliehen erhalten sollen. Wo sind die Angestellten, die sich aus diesem Fonds eine neue Existenz gegründet haben? Es gibt keine. Die Kreditgemeinschaft, die den Fonds verwaltet, verlangt für die 1000 Mark Sicherheiten, die meistens nicht mehr vorhanden sind, weil das jahrelange Elend nichts von Wert mehr übrig gelassen hat. Der Bedürftigste also bekommt aus diesem Fonds bestimmt nichts.

Der Staat hat auch noch keine Statistik darüber veranstaltet, in welchen Altersjahren sich die Zehntausende von stellungslosen Angestellten befinden, was zur Kontrolle der Unternehmerschaft äußerst wichtig wäre und wenn sie auch nur ihre Willkür feststellte. Einzig Thüringen hat eine solche Statistik versucht. Sie ergibt,

daß fast 50 Prozent der stellungslosen Angestellten noch keine dreißig Jahre alt sind.

25 Prozent sind zwischen dreißig und vierzig Jahre alt, und nur 14,6 Prozent über fünfzig Jahre. Bei den weiblichen Angestellten ist das Verhältnis noch viel schlimmer. Von ihnen sind im Alter bis zu dreißig Jahren nicht weniger als 75 Prozent ohne Stellung.

Wie groß durch solche unnötigen und in ihrem Endeffekt brutalen Maßnahmen der Unternehmerschaft das Angestelltenelend geworden ist, zeigt

die Selbstmordstatistik

des letzten Jahres. In Berlin z. B. nehmen sich durchschnittlich im Monat 150 Menschen das Leben. Davon sind immer etwa 10 über 70 Jahre alt und mehr als 40 Prozent aller Selbstmordfälle geschehen aus wirtschaftlicher Not. Davon entfällt fast die Hälfte auf die Angestelltenschaft, in Anbetracht der Tatsache, daß die arbeitslosen Angestellten nur einen Bruchteil der allgemeinen Arbeitslosenzahl ausmachen, ein enormer Prozentsatz, an dem sich das große Maß des Angestelltenelends ermessen läßt.

Was den arbeitslosen Angestellten also bevorsteht, das ist weder Hilfe noch Unterstützung von der Regierung des Trustkapitals und der Großen Koalition, sondern der Untergang, das Gespenst des Hungertodes! Keine „Notgemeinschaft", wie sie auch in Halle besteht, kann die hungernden Angestellten aus dem Elend helfen, sondern nur rücksichtsloser Klassenkampf gegen das System, das ein solches unbeschreibliches Elend hervorruft.

Rotfront-Hetze der Stahlhelmpresse

Die Stahlhelmpresse betreibt seit dem Verbot des RFB. eine bedeutend verschärftere Hetze gegen die vielgehaßte rote Front. Dafür ist sie aber auch um so verlogener. Am liebsten möchten diese Stahlhelme und Hakenkreuzjüngerseelen jedes auf der Welt vorkommende Verbrechen „Rot Front" in die Schuhe schieben. Als es am Donnerstagabend in der Olearius straße zu einer tätlichen Auseinandersetzung zwischen mehreren Personen und einem Schupobeamten kam, hatte die „Allgemeine Zeitung" wieder einmal ganz genau festgestellt, daß es welche mit „Rot-Front-Jacken, -Hemden, -Mützen und -Abzeichen" waren. Einer von diesen Leuten (ganz bestimmt ein Rot-Frontler!) — ein „baumlanger Mensch", soll nach Mitteilung dieser Dreschflegel den Polizeibeamten sogar mit einem Fleischermesser (!) angegriffen haben. Jetzt bewaffnen sich die roten Frontkämpfer also sogar noch mit Fleischermessern. Ganz bestimmt wollen sie jeden, den sie nachts auf der Straße antreffen, einfach abschlachten! So wird es nun sicherlich in der Phantasie vieler Spießer spuken, nachdem sie die Notiz über die „Ausschreitungen von Rot Front" in der „Allgemeinen" gelesen haben.

In noch schlimmerer Weise tobt die „Hallesche Zeitung" gegen den RFB. Dieses saubere Skandalblättchen erhebt natürlich gleich die Forderung eines schärferen Vorgehens der Polizei gegen die „Rotfront-Rowdys". „Noch lebt die rote Front!" verkündet es laut und schreiend. Jawohl! Denn solange die rote Front lebt — und niemand wird sie totkriegen — können Stahlhelmhorden sich nicht nach Belieben tummeln und feige Ueberfälle auf Kinderfeste unternehmen, wie im vergangenen Jahr am „Leuchtturm". Das Faschistenpack soll sich vor der roten Front ja in Acht nehmen!

Hochbetrieb auf dem Wochenmarkt

Das gute Wetter brachte auch den Marktständen guten Erfolg. Der Marktplatz sowie Hallmarkt waren dicht bevölkert. Besonders stark war das Angebot in Spargel und Blumenkohl. Es muß aber festgestellt werden, daß bei derartigen Preisen diese Waren für die Proletenfrau bloß dem Anschauungsunterricht dienen. Verlangte man doch für ein Pfund Spargel 1 Mark und ein winziger Blumenkohlkopf kostete 85 Pfennig. Diese Preise stehen allerdings in keinem Verhältnis zu den Löhnen der Arbeiter. Groß war auch wieder das Angebot von lebendem und ausgeschlachtetem Geflügel. Fischstände und Landfischereien besetzten ihre Standplätze lückenlos. Große Fliederbüsche gaben beiden Märkten ein besonders buntes Gepräge. Einzelnen mit Maiblumen mischten sich unter die Käufer. Selbstständlich ist, daß bei der drückenden Hitze vor allen die Eiswagen auf ihre Kosten kommen.

Rechts hat Vorfahrtsrecht

Die Verkehrsordnung bestimmt, daß bei Kreuzungen gleichwertiger Straßen das von rechts kommende Fahrzeug das Vorfahrtsrecht hat. Gegen diese Bestimmung wird in der Fahrwelt des öfteren verstoßen. So stand auch gestern wieder ein Autofahrer vor dem Richter, der vor vier Wochen gegen die Bestimmung der Verkehrsordnung verstieß, was ihm einen Strafbescheid von 20 Mark einbrachte. Er kam mit seinem Fahrzeug aus der Vorstraße und stieß mit einem Lastwagen leicht zusammen.

Mehr Vorsicht bei der heutigen Autorasserei wird die Flut der Verkehrsunfälle sehr vermindern.

Appell an alle Freidenkergenossen!

Heraus zur Unterschriftensammlung im Freidenker-Verband vom 24. Mai bis 2. Juni!

Um die Arbeiterschaft zum Kampf gegen die immer schärfer werdende Kulturreaktion und gegen das Konkordat zu mobilisieren, um die Front aller klassenbewußten Freidenker gegen den Spaltungskurs der Reformisten aufzubauen, hat die Opposition im Freidenkerverband eine Unterschriftensammlung für die Abhaltung einer ordentlichen Generalversammlung organisiert.

Alle Genossen und klassenbewußten Freidenker müssen sich für die Sammlung von Unterschriften zur Verfügung stellen!

Bereits am Sonntag, dem 26. Mai, der ein Hauptsammeltag ist, muß

ein voller Erfolg

erzielt werden!

Die hallischen Freidenkergenossen treffen sich am Sonntag früh 8 Uhr in der „Goldenen Kette" zur Entgegennahme des Materials!

Auf, Genossen, an die Arbeit!

Hallische Tageschronik

Eine Frau von der Straßenbahn mitgeschleift

Gestern mittag 12.40 Uhr wollte ein Arbeiter mit seiner Frau die Straßenbahn, Linie 6, in Richtung Büllberger Weg am Riebedplatz besteigen. Die Wagen hielten noch und die Frau hatte schon beide Hände am Griff, um den Anhänger zu besteigen. Da gab der Schaffner das Triebwagens das Klingelzeichen und die Straßenbahn fuhr an. Die Frau wurde ein Stück mitgeschleift und verletzte sich die rechte Hand. Außerdem trug sie innere Verletzungen davon.

Ein Radfahrer umgefahren. Am 24. Mai, gegen 8.15 Uhr, wurde ein Radfahrer in der Leipziger Straße vor dem Grundstück Nr. 74 von einem Personenkraftwagen umgefahren. Der Radfahrer trug leichte Verletzungen an der rechten Hand, am rechten Fuß und am rechten Knöchel davon, konnte aber seinen Weg allein fortsetzen. Das Fahrrad wurde stark beschädigt.

Kraftwagen im Schaufenster. Am 24. Mai, gegen 9.15 Uhr, fuhr ein Personenkraftwagen in der Gr. Ulrichstraße, beim Einbiegen in die Böllbergasse, in das Schaufenster eines Schuhwarengeschäftes. Das Schaufenster wurde zertrümmert. Personen wurden nicht verletzt.

Zusammenstoß. Am 24. Mai, gegen 17.15 Uhr, stießen in der Gabelsbergerstraße vor dem Grundstück Nr. 2 ein Personenkraftwagen und ein Lastwagen zusammen. Ein Pferd des Lastwagens wurde leicht verletzt. Personen kamen nicht zu Schaden.

Ueberfall auf ein Pärchen. Am 24. Mai, gegen 9.45 Uhr, wurden in der Dölauer Heide, am Töllmer Weg, ein Mann und eine Frau, die sich dort zur Rast niedergesetzt hatten, von einem Mann mit einem größeren Stein beworfen und tätlich angegriffen. Der überfallene Mann setzte sich mit seinem Handstock zur Wehr und brachte dem Angreifer mehrere stark blutende Kopfwunden bei, worauf dieser entfloh.

Das Schlüsselbund als Waffe. Am 24. Mai, gegen 19.15 Uhr, entstand in der Breitestraße vor dem Grundstück Nr. 1 zwischen einem Mann und seiner geschiedenen Frau eine Schlägerei. Im Verlauf derselben verletzte die Frau den Mann dadurch, daß sie ihn mit einem Schlüsselbund in das Gesicht schlug. Der Streit wurde durch einen Polizeibeamten beendet.

Schlägerei zweier Frauen. Am 24. Mai, gegen 11.15 Uhr, entstand in der Breitestraße zwischen zwei Frauen nach vorangegangenem Wortwechsel eine Schlägerei. Eine Frau trug leichte Verletzungen am Kopf davon. Eine Menschenmenge, die sich angesammelt hatte, wurde zerstreut.

Die hallischen Lebenshaltungskosten-Indexziffern, berechnet vom Statistischen Amt der Stadt Halle, sind nach dem Stande vom 22. Mai 1929 gegenüber der Vorwoche unverändert (Gesamtindex 1,50).

Berichtigung. Von der Firma Meitner werden wir gebeten folgendes richtigzustellen: Zu dem Bericht über die Gerichtsverhandlung gegen die Aufwartefrau Marie U. ist hinzuzufügen, daß dieselbe bei obiger Firma nur drei Stunden täglich als Aufwartefrau beschäftigt war. Die Ladenmiete der Firma betrage nicht 40 000 Mark, wie irrtümlich in der Verhandlung behauptet wurde, sondern ist wesentlich niedriger.

(Fortsetzung des lokalen Teiles auf Seite 7.)

Betriebsräte, Vertrauensleute, Baudelegierte!

Am Montag, dem 27. Mai, 20 Uhr, beginnt im Saale der „Produktiv-Genossenschaft" die Betriebsräte-Schule. Beleg schaften! Verpflichtet Eure Vertrauensleute und Betriebsräte zur aktiven Teilnahme!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290525-14/fragment/page=0006

„Geheimnisvoller“ Paketfund

In der Nähe der Hindenburg-Brücke fanden Kinder ein verschnürtes Paket. Vorsichtig entfernten sie das Packpapier: eine Gänsehaut überläuft sie — trotz der Maiwärme. In dem Paket befindet sich ein fleischiges Etwas. Kein Zweifel, eine Kindesleiche! Beherzte Männer eilen auf das Hallogeschrei herbei, auch ein Schutzmann naht. Und was war in dem Paket schließlich drin? Ein totes rosiges — Ferkel.

Theater, Konzerte, Vorträge

Das Händel-Fest

Vom 31. Mai bis 2. Juni findet in Halle, der Geburtsstadt des Komponisten Georg Friedrich Händels, ein Händel-Fest statt. Als Programm ist vorgesehen: die Oper „Julius Cäsar“, ein weltliches Oratorium Allegro e Pensieroso (Frohsinn und Schwermut), Orchesterkonzert und Kammerkonzert; außerdem ein Festvortrag. Veranstalter des Festes ist die Händel-Gesellschaft, eine Vereinigung, die ihrer Wirksamkeit zumeist einen außerordentlich engen Kreis zieht, und von der die Oeffentlichkeit demzufolge nur wenig erfährt. Umso bezeichnender ist es, daß die Stadt Halle zur Durchführung dieses Festes, deren Teilnahme nur wieder einer ganz bestimmten Schicht des Bürgertums zugänglich ist — von den breiten Massen der Steuerzahler gar nicht zu reden — sofort die enorme Summe von 15 000 Mark zur Verfügung gestellt hat. Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion hat in Anbetracht dieser Tatsache und der gesamten Finanzlage der Stadt, die für dringendste soziale Ausgaben kein Geld übrig hat, mit Recht die Bewilligung dieses Zuschusses abgelehnt.

Wir werden zu Beginn des Händel-Festes auf Händels Bedeutung für die werktätigen Massen, sowie die Stellung des Bürgertums zu ihm ausführlich eingehen.

Wochenspielplan des Stadttheaters. Heute, Sonnabend, „Die Kreuzelschreiber“, Bauernkomödie von L. Anzengruber; Sonntag 15 Uhr Sondervorstellung zu ermäßigten Preisen „Das Dreimäderlhaus“; 19½ Uhr „Die Herzogin von Chicago“. Montag „Die Kreuzelschreiber“. Dienstag „Karl und Anna“. Mittwoch „Die Kreuzelschreiber“. Donnerstag „Julius Cäsar“. Freitag 20 Uhr 3. Deutsches Händelfest. Chorkonzert. Sonnabend, 1. Juni, 20 Uhr, 3. Deutsches Händelfest. Orchesterkonzert. Sonntag, 2. Juni, „Die Herzogin von Chicago“.

Thalia-Theater. Morgen, Sonntag, gelangt das Lustspiel „Das Geld auf der Straße“ zum letzten Male zur Aufführung.

Volksbühne. Die Oper „Tosca“ von Puccini am 10. (A); 17. (B); 20. (G); 25. (H); 27. Juni (J). Die Einlösung des 10. Werkes hat begonnen. Wir bitten, die Einlösungstage an den Säulen zu beachten. Wahlfreie Sondervorstellungen: „Julius Caesar“, Oper von Händel, am 30. Mai; „Dreimäderlhaus“ am 8. Juni (nicht 5.); „Herzogin von Chicago“ am 5. Juni. Karten in unserer Geschäftsstelle. Ferner am 15. Juni: „Der Postillon von Lonjumeau“, Komische Oper von Adam. Karten ab 27. Mai. Am 19. Juni „Friederike“. Karten ab 28. Mai. Am 26. Juni „Gräfin Mariza“. Karten ab 29. Mai. Am 29. Juni „Cavalleria rusticana“ und „Die Bajazzi“. Karten ab 30. Mai. Bei der Kartenausgabe zu den wahlfreien Vorstellungen bitten wir die Mitgliedskarten zur Abstempelung vorzulegen. Geschäftsstelle Brüderstraße 14, Ruf 234 79.

Walhalla-Theater. Das sensationelle Gastspiel des Univers. Misical Clown Noni mit seinem Weltstadtprogramm neigt sich dem Ende zu und empfiehlt es sich, für die heutige und Sonntagsvorstellung rechtzeitig Karten im Vorverkauf zu entnehmen, da der Andrang an der Abendkasse ein gewaltiger ist. Beide Vorstellungen finden um 20 Uhr statt

Volkspark. Heute abend findet auf der Terrasse das Familien-Freikonzert statt. Morgen, Sonntag, ist im großen Saal ein Vereinsball und in den unteren Räumen konzertiert unsere Hauskapelle bei freiem Eintritt. Am Dienstag 20 Uhr beginnt das 4. Sommerkonzert.

Weinberg-Terrassen. Einer der schönsten Tage im Jahre ist der kommende Sonntag. Es soll jeder Konzertbesucher zum Frühkonzert 7 bis 9 Uhr einen Fliederstrauß gratis erhalten. 11 bis 1 Uhr Frühschoppenkonzert. Nachmittag und Abend große Gartenkonzerte. Im Saal ab 4 Uhr Tanzveranstaltung.

Aus dem Saalkreis

In Oppin regt sich die Reaktion

Wie wir schon im „Klassenkampf“ Anfang Mai mitteilten, hatten sich in Oppin einige reaktionäre Elemente an die Schullehrer herangemacht, zwecks Organisierung eines sogenannten „neutralen“ Kinderfestes. Wie dieses „neutrale“ Kinderfest ausfallen würde, darüber ist sich die Arbeiterschaft absolut im klaren. Sie lehnt es selbstverständlich ab, ihre Kinder an einem derartigen nationalistischem Rummel teilnehmen zu lassen. Das Ortskartell hat deshalb beschlossen, wie alljährlich so auch in diesem Jahre, ein eigenes Kinderfest zu veranstalten, das am 21. Juli stattfinden wird. Die Anmeldezeit der Kinder ist bis auf den 1. Juni verlängert worden. Nachdem dies bekannt geworden war, trat das ein, was wir gleich von vornherein vorausgesagt hatten. Der Kriegerverein hat auf einmal in seiner letzten Mitgliederversammlung den Beschluß gefaßt, am 23. Juni ebenfalls ein Kinderfest zu veranstalten. Jetzt zeigt diese reaktionäre Gesellschaft also ihr wahres Gesicht. Sie haben anscheinend die Arbeiterschaft in Oppin für so dumm gehalten, daß diese auf ihren Leim hereinfalle. Wenn diese Herrschaften glauben, die Geschlossenheit der Arbeiterschaft in unserem Orte zerschlagen zu können, so befinden sie sich in einem gewaltigen Irrtum. Die Arbeiter wissen, was sie von diesen Reaktionären zu halten haben. Wir erinnern nur an die Geschichte vom Wohnungsbau in der Gemeinde, den diese Leute anscheinend schon vergessen haben. Jetzt glauben sie, in jeder Sache einen anderen Laden aufziehen zu müssen, weil die Gemeindewahlen in Sicht sind. Arbeiter, wendet Euch ab von dieser reaktionären Gesellschaft, unterstützt restlos alle Veranstaltungen der Arbeiterschaft und vor allem auch das am 21. Juli vom Ortskartell veranstaltete Kinderfest.

Ammendorf. Alle Wohnunglosen, Wohnungsuchenden und Interessenten der Neubauwohnungen in der Ellernstraße treffen sich Montag, abends 20 Uhr, im Saale der Adler-Stehbierhalle zu einer Aussprache über die von der Gemeinde festgesetzten Mieten.

Mötzlich. Solidarität mit den Berliner Mai-Opfern! Am ersten Pfingstfeiertag hatte die Sportabteilung des ABV. Mötzlich als Spielpartner eine Berliner Mannschaft vom ATSB. Fichte, Gruppe 22. Anschließend fand ein gemütliches Beisammensein mit Tanz statt, wobei man auch der Opfer des 1. Mai und deren Hinterbliebenen gedachte. Eine Tellersammlung erbrachte den Betrag von 7,50 Mk.

Rundfunk-Programm

Regelmäßige tägliche Programmfolge

Montag bis Sonnabend: 10.05 Uhr: Wetterdienst und Verkehrsfunk. 10.20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms. 10.25 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst u. Wasserstandsmeldungen. 12 bis 13.45 Uhr: Mittagsmusik. Dazwischen 12.50 Uhr: Wettervoraussage; 12.55 Uhr: Nauener Zeitzeichen; 13.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 13.45 Uhr: Glückwunschruf der Mirag. 14 Uhr: Funkwerbenachrichten. 17.45 Uhr: Funkwerbenachrichten. (Dienstags 18.55, Mittwochs 18.20 Uhr, Sonnabends 18 Uhr.) 18.20 Uhr: Wettervoraussage und Zeitangabe. (Dienstags 19.55 Uhr.) 18.55 Uhr: Arbeitsnachweis.

Sonntag, 26. Mai

8.30 Uhr: Orgelkonzert. 9 Uhr: Morgenfeier. 11 Uhr: „Ein Gang durch die Jahresschau deutscher Arbeit, Dresden.“ „Wandern und Reisen.“ 11.30 Uhr: „Ernstes und Heiteres aus dem musikliebenden Leipzig.“ VI.: „Vom Ahn zum Enkel.“ (Wagners Werdegang I.) 12 Uhr: Mittagskonzert aus Leipzig. Anschließend Zeitangabe und Wettervoraussage. 13 Uhr: Landwirtschaftsfunk. 14 Uhr: Stimmen der Auslandspresse. Danach Auslandsspiegel. 14.30 Uhr: „Allgemeine Musiklehre.“ 15 Uhr: Schallplattenkonzert. Anschließend: Funkwerbenachrichten. 15.30 Uhr: Zum Gedächtnis Friedrich Lienhards. 16 Uhr: Zwei Einakter von Anton Tschechow. 1. Der Bär. (Jelena Iwanowna Popowa, eine junge Witwe, Gutsbesitzerin; Grigori Stepanowitsch Smirnow, Gutsbesitzer; Luka, ein alter Diener der Popowa; Gutsleute.) 2. Der Heiratsantrag. (Tschubukow, Gutsbesitzer; Natalia Stepanowna, seine Tochter; Lomow, Gutsbesitzer, ihr Nachbar.) 17 Uhr: Uebertragung des Pferderennens von der Rennbahn Dresden-Seidnitz. 18 bis 18.30 Uhr: Russische Kirchenchöre. Gemischter Chor der russischen Kirche, Dresden. 18.30 Uhr: „Das Buch von Paris.“ 19 Uhr: „Wanderungen eines Malers in Spanien. 2.“ 19.30 Uhr: Militärkonzert. 21 Uhr: Aus der Weltliteratur: Heinrich Heine. Alfred Beierle spricht aus „Die Harzreise“ und „Deutschland, ein Wintermärchen.“ 22 Uhr: Zeitangabe, Pressebericht und Sportfunk. Anschließend bis 00.30 Uhr: Tanzmusik von Berlin.

Montag, 27. Mai

12 Uhr: Schallplatenkonzert. 13.45 Uhr: Glückwunschruf der Mirag. 14 Uhr: Funkwerbenachrichten. 15 Uhr: Frostmeldungen. Anschließend: Literarische Rundschau: „Die Angelsachsen.“ 16 Uhr: Französisch. (Kulturkundlich-literarische Stunde.) (Deutsche Welle, Berlin.) 16.30 Uhr: Konzert aus Leipzig. 17.45 Uhr: Funkwerbenachrichten. 18.20 Uhr: Wettervoraussage und Zeitangabe. 18.30 bis 18.55 Uhr: Englisch für Anfänger. (Deutsche Welle, Berlin.) 18.55 Uhr: Arbeitsnachweis. 19 Uhr: „Die Pyramide der Wissenschaften.“ 1. „Geschichte der Versuche zur Ordnung aller Wissenschaften.“ 19.30 Uhr: „Vom Briefmarkensammeln.“ 20 Uhr: Volkstümliches Orchesterkonzert aus Leipzig. 21 Uhr: Sinfoniekonzert. 22 Uhr: Zeitangabe, Wettervoraussage, Pressebericht und Sportfunk. Anschließend bis 24 Uhr: Unterhaltungs- und Tanzmusik (Schallplatten.)

Marktkleinhandelspreise in Halle am 25. Mai

Obst und Gemüse:

Aepfel, Eß-	1 Pfd	0,25—0,55	Mk.
Kochäpfel	1 Pfd	0,10—0,25	„
Bananen	1 Stck	0,10—0,20	„
Apfelsinen	1 Stck	0,05—0,15	„
Stachelbeeren	1 Pfd.	0,50	„
Tomaten	1 Pfd	0,70—0,90	„
Gurken Saure	1 Stck	0,08—0,35	„
Gurken Senf-	1 Pfd	0,80	„
Gurken Pfeff.-	1 Pfd.	0,80	„
Gurken, Salat-	1 Stck.	0,20—0,80	„
Radieschen	1 Bd	0,08—0,10	„
Rhabarber	1 Pfd	0,10—0,15	„
Spargel	1 Pfd.	0,40—1,00	„
Weißkohl	1 Pfd	0,25—0,30	„
Rotkohl	1 Pfd	0,30—0,35	„
Wirsingkohl	1 Pfd	0,25—0,30	„
Blumenkohl	1 Kopf	0,50—1,00	„
Salat	1 Kopf	0,10—0,20	„
Spinat	1 Pfd	0,08—0,10	„
Mohrrüben	1 Pfd	0,18—0,20	„
Kohlrüben	1 Pfd	0,15	„
Rote Rüben	1 Pfd	0,15—0,20	„
Kohlrabi	1 Stck	0,03—0,05	„
Zwiebeln	1 Pfd	0,20—0,25	„
Schwarzwurzel	1 Pfd	0,40	„
Sellerie	1 Stck	0,10—0,25	„
Porree	1 Bdl	0,20—0,30	„

Fische:

Fr. Aal	1 Pfd	2,00—2,50	„
Aal, ger.	1 Pfd.	3,50—4,00	„
Schellfisch, ger.	1 Pfd	0,60	„
Schleie	1 Pfd.	2,00—2,25	Mk.
Seelachs, ger.	1 Pfd	—	„
Hechte	1 Pfd	1,50	„
Weißfisch	1 Pfd	0,40—0,90	„
Heringe, Norw.	1 Stck	0,05—0,06	„
Heringe, Schott	1 Stck	0,10—0,15	„
Bücklinge	1 Pfd	0,60	„
Karpfen	1 Pfd	1,50	„

Wild und Geflügel:

Enten	1 Pfd	1,40—1,60	„
Gänse	1 Pfd	1,30—1,50	„
Hühner	1 Pfd	1,00—1,20	„
Tauben	1 Stck	0,60—1,00	„
Rehfleisch	1 Pfd	0,60—2,00	„
Hirschfleisch	1 Pfd	0,70—2,00	„
Kaninchen, St.-	1 Pfd	1,00—1,10	„
Kaninchen wild	1 Pfd	0,90—1,00	„

Sonstiges:

Butter, Molk	1 Stck	1,00—1,10	„
Butt., Bauern-	1 Stck	0,90—1,00	„
Quark	1 Pfd	0,30	„
Käse	1 Stck	0,10—0,20	„
Pflaumenmus	1 Pfd.	0,50	„
Kartoff., weiße	10 Pfd	0,50—0,70	„
Kartoff. Nier	10 Pfd	1,00—1,20	„
Eier	1 Stck	0,10—0,12	„
Zitronen	1 Stck	0,08—0,10	„
Meerrettich	1 Stck	0,30—0,50	„
Rettich	1 Stck	0,05—0,15	„
Petersilie	1 Pfd	0,60	„
Schnittlauch	1 Bd	0,10	„

Fleisch- und Wurstwaren:

Je Pfund:

Rindfleisch:		
Kochfleisch	0,80—1,00	„
Bratenfleisch	1,20—1,30	„
Kalbfleisch:		
Kochfleisch	1,00—1,10	„
Bratenfleisch	1,20—1,40	„
Hammelfleisch:		
Kochfleisch	1,00—1,10	„
Bratenfleisch	1,20—1,40	„
Schweinefleisch:		
Kamm und Koteletten	1,20—1,40	„
Bauch u. fettes Fleisch	1,10—1,20	„
Gefrierfleisch	0,70—1,00	„
Ziegenfleisch	0,60—0,90	„
Roßfleisch	0,70—0,80	„
Wurstwaren:		
Schlackwurst	2,00—2,40	„
Knackwurst	1,40—1,70	„
Schwartenwurst	1,10—1,20	„
Rotwurst, frisch	1,10—1,20	„
Rotwurst, geräuchert	1,20—1,30	„
Leberwurst, frisch	1,10—1,20	„
Leberwurst, geräuchert	1,20—1,30	„
Schinken, roh	1,80—2,20	„
Schinken, gekocht	2,30—2,60	„
Speck fett geräuchert	1,10—1,20	„
Speck, mager, geräuch.	1,30—1,40	„
Zervelatwurst	2,40—2,60	„

Amtliche hallische Produkten-Notierungen vom 25. Mai

Für 1000 kg	alte Ernte	neue Ernte	Für 100 kg	alte Ernte	neue Ernte
Weizen	—	218—222	Viktoriaerbsen	—	36,00—38,00
Roggen	—	208—212	Futtererbsen	—	—
Braugerste	—	233—243	Raps	—	—
Wintergerste	—	—	Weizenkleie, mittel	—	13,50—14,00
Futtergerste	—	195—200	Weizenkleie, grob	—	13,50—14,00
Hafer	—	218—222	Roggenkleie	—	13,25—13,75
Mais	—	210	Malzkeime	—	14,50—15,00
			Trockenschnitzel	—	14,50—15,00

Die Preisrückgänge an den übrigen Märkten machten sich auch hier stark fühlbar. Ebenso mußten Futtergetreide und Futtermittel im Preise nachgeben.

Wie wird das Wetter?

Für Sonntag und Montag: Nur geringe Abkühlung, heiter und wolkig, am Sonntag zunächst Südwestwind, dann wieder südöstliche Winde.

Verantwortlich: Max Lademann, Halle, für Politik und Wirtschaft; Erich Behnke, Halle, für Lokales und Saalkreis; Kurt Kühn, Merseburg, für Provinz (Merseburg, Weißenfels, Mansfeld, Nordhausen); Marianne Gundermann, Halle, für Provinz (Bitterfeld, Wittenberg, Delitzsch, Torgau); Fritz Beyling, Halle, für Feuilleton, Reporter, Sport; Bernhard Koenen, Merseburg, für Gewerkschaften und Aus den Betrieben; Fritz Kroh, Halle, für den Verlag und Anzeigenteil.

Versammlungen der KPD.

Stadtorganisation Halle

Halle. Stadtteil Westen. Sonntag, 26. Mai, 9½ Uhr, Treffpunkt in der Produktiv. zur Werbearbeit für Partei und Presse. Die Genossen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.
Montag, 27. Mai, 20 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft Betriebsrätekursus.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Dienstag, 28. Mai, 20 Uhr, im Zimmer 6 der BL. Sitzung der Unterbezirks-Agitprop-Abteilung.
Arbeitsgebiet Landsberg, Spickendorf und Hohenthurm. Sonnabend, 24. Mai, 20 Uhr, im „Deutschen Haus“. Landsberg, Arbeitsgebietsversammlung. Referent der BL.
Dölau. Sonntag, 26. Mai, 20 Uhr, bei Richter (Dölauer Heide) Mitgliederversammlung. Alle Parteigenossen müssen erscheinen.
Beuchlitz. Sonntag, 26. Mai, 15 Uhr, im Lokal Schubert Mitgliederversammlung. Referent Genosse W. Schmidt.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Lauchstädt. Sonntag, 26. Mai, 10 Uhr, Mitgliederversamml. Ref. Gen. Volkmann.
Delitz a. B. Sonntag, 26. Mai, 15 Uhr, Mitgliederversamml. Ref. Gen. Jährling.
Querfurt. Sonntag, 26. Mai, 15 Uhr, Mitgliederversammlung. Ref. Gen. H. Sander.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Zeitz. Sonntag, 26. Mai, vormittags 9 Uhr, auf dem Schützenplatz Landausmarsch. Fahrräder sind mitzubringen.
Teuchern. Sonntag, 26. Mai, vorm. 9 Uhr, im „Grünen Baum“ Arbeitsgebietskonferenz. Referent Genosse Eichfeld.
Zeitz. Sonntag, 26. Mai, vorm. 9 Uhr, in der „Händlerbörse“ Kommunalkonferenz. Referent Genosse Gutjahr.
Zeitz. Montag, 27. Mai, 19.30 Uhr, in der „Händlerbörse“ Sitzung der erweiterten Stadtleitung. Alle Pol-, Org-Leiter und Kassierer der Zellen müssen anwesend sein. Referent der BL.
Weißenfels. Dienstag, 28. Mai, 20 Uhr, Sitzung zur Festlegung des Arbeitsplanes.
Naumburg. Dienstag, 28. Mai, 20 Uhr, im „Goldenen Hahn“ Sitzung d. Ortsleitung.
Zeitz. Dienstag, 28. Mai, 20 Uhr, in der „Kaffeeschänke“ Sitzung der Stadtverordnetenfraktion und Stadtleitung.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg

Zörbig. Sonnabend, 25. Mai, 20.30 Uhr, im „Löwen“ Mitgliederversammlung. Referent Genosse Berger.
Bitterfeld. Sonntag, 26. Mai, vorm. 10 Uhr, im „Volkshaus“ Sitzung der Bergbau-Funktionäre. Referent Genosse Schlag.

Unterbezirk Mansfeld

Stadtorganisation Hettstedt. Sonntag, 26 Mai, 15 Uhr, im „Hohenzollernpark“ Mitgliederversammlung. Sämtliche Genossen und Genossinnen von Hettstedt, Molmeck, Wiederstedt und Großörner haben restlos zu erscheinen.
Schraplau. Sonntag, 26. Mai, 20 Uhr, im „Bürgergarten“ Mitgliederversammlung. Referent der BL.
Erdeborn. Sonntag, 26. Mai, vormittags 10 Uhr, bei Frau Petersen Mitgliederversammlung. Alle Genossen haben zu erscheinen.

Unterbezirk Sangerhausen-Nordhausen

Die für Sonntag, 26. Mai, in Sangerhausen angesetzte erweiterte UBL.-Sitzung findet nicht statt.
Sangerhausen. Montag, 27. Mai, 20 Uhr, im „Herrnkrug“ Mitgliederversammlung.

Roter Frauen- und Mädchen-Bund

Halle. Mittwoch, 29. Mai, 20 Uhr, im „Volkspark“ Mitgliederversammlung. Alles muß erscheinen.

Kommunistischer Jugendverband Deutschlands

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Halle. Osten. Sonntag Landagitation. Antreten pünktlich 20 Uhr Roßplatz (Wasserturm). Tagesproviant mitbringen.
Halle. Heute, Sonnabend, 18 Uhr Weingärten. Alle Genossen, die um 18 Uhr nicht da sein können, treffen sich 19.30 Uhr Weingärten, von dort aus zur Schleuse nach Trotha.

Unterbezirk Merseburg

Merseburg. Agitpropkonferenz. Dieselbe beginnt am Sonnabend, 20 Uhr, in der „Funkenburg“. Die Gruppen haben alle den Agitpropleiter oder einen anderen Genossen zu schicken.
Dürrenberg. Sonnabend Gruppenabend. Die Gewerkschaften und ihre Aufgabe.

Arbeitsgebiet Schkeuditz

Am Sonnabend und Sonntag findet im Jugendheim Schkeuditz bestimmt unser Wochenendkursus statt. Lehrer Genosse R., BL.

Unterbezirk Bitterfeld

Wolfen. Sonntag Wanderung. Abmarsch 7 Uhr von der Knicke.

Jung-Spartakus-Bund
Bezirksleitung Halle-Merseburg
Halle a. d. Saale, Lerchenfeldstraße 14

Halle. Pioniere! Meldet Euch sofort zum Ferienlager an.
Halle. Am Sonntag treffen sich alle Pioniere um 7 Uhr auf dem Weingärtenplatz zur Tageswanderung nach Neuragoczi.
Halle. Pioniere vom Norden. Erscheint am Montag um 18 Uhr im „Volkspark“ zum Spielabend.

Bund der Freunde der IAH

Kötzschen-Beuna. Filmaufführung Panzerkreuzer Potemkin Sonnabend, 25. Mai, 20 Uhr, im Gasthof Lindner.
Teutschenthal. Mitgliederversammlung Sonnabend, 25. Mai, 20 Uhr, im Gasthof zum Stern (Schneider). Alle Mitglieder, auch die korporativen, haben zu erscheinen.
Volleben. Filmaufführung „Palast und Festung“ Sonntag, 26. Mai, 20 Uhr, im Gasthof Dollge

Rote Hilfe Deutschlands

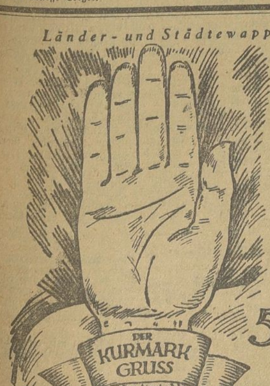
Bezirk: Halle-Merseburg

Bureau Zwingerstraße [illegible] (Laden). Fernruf 24425

Mitteilungen des Bezirksvorstandes

1. Unsere Zeitung „Tribunal“ kostet im Straßenhandel pro Stück 15 Pf. An Rote Hilfe-Mitglieder wird die Zeitung immer noch bis auf weiteres zum Preise von 10 Pf. pro Stück verkauft.
2. Die Ortsgruppen der RH., die über 50 Stück Zeitungen beziehen, erhalten diese von der Nr. 6 ab von der Zentralstelle aus.
3. Ortsgruppen der RH., die unter 50 Stück beziehen, erhalten diese nach wie vor vom Bezirksvorstand aus.

Länder- und Städtewappen aller Erdteile in Gold- und Silberdruck: Die FREUDE des KURMARK-RAUCHERS.



5 Pf

Hebet mit mir die Hand zum
KURMARK-GRUSS!
Unter diesem Erkennungs-Zeichen
habet Ihr mich für würdig gehalten, Euer Führer zu sein.
Unter diesem Erkennungs-Zeichen
seid Ihr unlöslich verbunden in Vertrauen und Treue
zu der Cigarette
KURMARK
SPEZIAL-MAZEDONEN-MISCHUNG

Als Repräsentationspackung für Geschenke und Feste, den Rauch- und Schreibtisch fordern Sie KURMARK-PRIVATPACKUNG (ohne Preisaufschlag)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290525-14/fragment/page=0007

Zum jetzt stattgefundenen Jubiläums-Kongreß der Kant-Gesellschaft in Halle:

Die Widerlegung des Kantschen „Ding an sich“

in Lenins „Materialismus und Empiriokritizismus“

Halle, 24. Mai.

Am Mittwoch, dem 22. Mai, begann in Halle der Jubiläumskongreß der Kant-Gesellschaft, der größten philosophischen Vereinigung der Welt. Wir haben den Charakter dieser Tagung mit einem besonderen Hinweis auf die Ansprache des amerikanischen Botschafters Schurmann schon gekennzeichnet. Da haben sich Professoren und Geheimräte mit Trustgewaltigen, wie z. B. Dr. Vögler, zusammengefunden, um Kants „wissenschaftliche Nachweise“, wonach die bürgerliche Weltordnung „vom ewigen Bestand“ ist, aufzuwärmen und zu erhärten.

Von diesen „wissenschaftlichen Nachweisen“ haben wir am Problem des Kantschen „Ding an sich“ ein besonderes Interesse, weil sich an ihm nicht nur die philosophischen Grundrichtungen reinlich voneinander scheiden lassen, sondern auch, weil die Stellungnahme zu ihm die verschiedenen philosophischen Methoden deutlich charakterisiert. In Lenins Werken werden die verschiedenen philosophischen Methoden gegenübergestellt. Bei dieser Gegenüberstellung kommt Lenin in seinem Werke „Materialismus und Empiriokritizismus“ zur Widerlegung des Kantschen „Ding an sich“.

Genosse M. Jablonski kommt auf diese Widerlegung des „Ding an sich“ in einem Artikel in der „Internationale“ vom 1. Mai zu sprechen, worin er das Wesen der Kantschen Philosophie behandelt. Wir veröffentlichen diesen Artikel in Anbetracht der Tagung der Kant-Gesellschaft auszugsweise:

„Die Kantsche Stellungnahme zum Problem des „Ding an sich“ ist echt metaphysisch: zwischen dem Dinge an sich und seiner „Erscheinung“ soll prinzipiell eine unüberbrückbare Kluft klaffen. Das „Prinzipielle“ in dieser Frage ergibt sich für Kant aus dem freilich nicht offen eingestandenen theologischen Vorurteil, daß dem beschränkten menschlichen Verstande die Einsicht in das Wesen der Dinge, in das Absolute abgesprochen werden müsse. Diese theologische Einstellung zu der menschlichen, d. h. aber sinnlichen Erkenntnis ist dem deutschen Idealismus überhaupt eigen. Aber die prinzipielle Einstellung des deutschen Idealismus zum „endlichen“ (menschlichen) Verstande bietet uns in diesem Zusammenhang kein Interesse. Wichtiger ist, daß die Auseinandersetzung mit Kants kritischer Philosophie bereits seitens des dialektischen Idealismus Hegels mit voller Schärfe eingeleitet und durchgeführt wird. Ja, wir werden bald sehen, daß der dialektische Idealismus, trotzdem seine weltanschauliche Einstellung von dem Kantianismus sich nicht unterscheidet.

Um jedoch das Problem des Verhältnisses von „Ding an sich“ und „Erscheinung“ (dem sogenannten „Dinge für uns“) vollständig zu klären, ist es unbedingt notwendig, die Fragestellung zu erweitern und sie zunächst ganz unabhängig von dem Erkenntnisproblem zu betrachten. Bloß die dialektische Auffassung des Verhältnisses vom Dinge und seinen Eigenschaften überhaupt wird uns instand setzen, die erkenntnistheoretische Frage anzupacken.

Für den Metaphysiker ist, wie gesagt, das „Ding an sich“ grundsätzlich, „der Art nach“ verschieden von seiner Erscheinung, seinen erkennbaren Eigenschaften. Das bedeutet aber zugleich, daß er hinter den Eigenschaften des Dinges noch immer ihr unerforschliches „Wesen“, das irgendwo im Hintergrunde lauert, irgendeine „Hinterwelt“ zu sehen vermeint. Für den Relativisten ist das Ding höchstens eine Summe oder Kombination der Eigenschaften, die äußerlich miteinander verknüpft sind, keine innere (materielle) Einheit haben und deshalb eines äußerlichen Erkenntnisagenten (Maklers, Vermittlers) bedürfen, der sie subjektiv zu einem „Komplex“ vereinigt. Für den Dialektiker dagegen „äußert sich“, „geht“ das Ding in seinen Eigenschaften „auf“, ohne daß es hierbei als spezifisches Ganzes zu existieren aufhört. Namentlich für den dialektischen Materialisten äußert sich das selbständig, individuell existierende Ding eigenartig in seinen Eigenschaften, die gleichzeitig sein Verhältnis zu den anderen Dingen bestimmen.

Aber wie, wird man fragen, kann sich das Ding selbst in seinen Eigenschaften äußern? Unter keinen Umständen — antworten wir — ist diese „Aeußerung“ möglich oder vorstellbar, sofern das Ding an sich als etwas Abstraktes, von jedem Kontakt und jedem Zusammenhange mit anderen Dingen Isoliertes angenommen wird, wenn wir es, mit anderen Worten, abstrakt, losgelöst von seiner eigentümlichen Bewegung, betrachten. Darauf beziehen sich die leider noch wenig bekannten Worte von Engels in seiner „Dialektik und Naturwissenschaft“: „Nur in ihr (d. h. der Bewegung) zeigen sich die Eigenschaften der Dinge; von einem Körper, der sich nicht bewegt, ist nichts zu sagen.“

Aber noch vor Engels sind es Hegel und Feuerbach, die das Kantsche „Ding an sich“ als ein „Caput mortuum“ (einen Totenkopf), als einen leeren Schatten bezeichnen, d. h. als etwas, das bestimmt, konkret existieren soll, dem aber gerade diese bestimmte Konkretheit abgesprochen wird. Denn die bestimmte Konkretheit eines Dinges besteht für den Dialektiker und Materialisten gleicherweise in dessen innigem Zusammenhange mit anderen Dingen.

Feuerbach, der mit der Hegelschen Kritik des Kantschen „Ding an sich“ als eines leeren, jeder Bestimmung baren Schattens vollständig einverstanden war, hielt es aber für notwendig, darauf hinzuweisen, daß der Idealismus überhaupt, somit auch der Hegelsche Idealismus, die Kantsche Auffassung des Dinges an sich auf die wirkliche materielle Natur überträgt. Auch wenn wir von uns selbst, von unserer Erkenntnis der Welt absehen, bleibt die Welt dennoch real, so wie sie ist, eine Wirklichkeit „an und für sich“. Sie bedarf für ihre Existenz keines Gottes, weil sie selbst einen notwendigen, gesetzmäßigen Zusammenhang besitzt. Dieser innere Zusammenhang besteht aber, wie Engels uns klarmacht, in nichts anderem als darin, daß die Materie sich in ewiger Bewegung befindet.

Erst wenn wir uns aber das dialektische Verhältnis von dem Ding und seinen Eigenschaften überhaupt klargemacht haben, sind wir auch imstande, das besondere Problem des Dinges und seiner „Erscheinung“ für uns, d. h. unserer Erkenntnis der Dinge zu begreifen. „Das Ding an sich“, sagt Lenin, „unterscheidet sich von dem Dinge für uns, denn das letztere ist nur ein Teil oder eine Seite des ersteren, so wie der Mensch selbst nur ein Teil der in seinen Vorstellungen abgebildeten Natur ist“. („Mater. und Empiriokrit.“, Seite 105.) Nur eine solche dialektische Betrachtungsweise gibt uns zugleich die Möglichkeit, den nichtigen Einwand abzuwehren, daß wir nicht das Wesen der Dinge, sondern höchstens ihre „Einwirkungen auf uns“ kennen lernen. Für jeden dialektischen Materialisten ist es eine ABC-Wahrheit, daß das Wesen der Dinge, abgesehen von ihrer individuellen Existenz, in nichts anderem als in ihren Wirkungen (Ein- und Wechselwirkungen) besteht.

Die Flause, daß wir bloß „Wirkungen auf uns“, „Erscheinungen“ usw. (ohne daß gesagt wird, was wirkt oder erscheint), d. h. bloße „Eindrücke“, „Empfindungen“, aber nicht die „objektiven, an sich seienden“ Eigenschaften und Verhältnisse (Stoff- und Bewegungsformen) der Dinge erkennen können, wird bekanntlich mit besonderem Eifer von den Agnostikern vertreten. (S. „Mater. und Empiriokrit.“ S. 94.) Sie wollen daraus die Berechtigung ihres Standpunktes ableiten, daß wir erstens nichts Gewisses von den Dingen und zweitens nichts von ihrer Existenz an sich wissen können.

Es liegt auf der Hand, daß die Agnostiker außerstande sind, das Problem des Dinges an sich dialektisch zu stellen. Das führt sie konsequent dazu, die Eigenschaften, Wechselbeziehungen usw. der Dinge ganz in das Bewußtsein zu verlegen. Ihr Hauptbestreben geht stets darauf hinaus, die Existenz der Dinge, unabhängig von unserem Bewußtsein, zu leugnen.

Wie widerlegen die dialektischen Materialisten die Einwände der Agnostiker? Deren Argumentation ist dreifach zu schlagen: erstens ist festzustellen, daß unsere Sinnesempfindungen überhaupt realen, objektiven Dingbeschaffenheiten entsprechen; zweitens sind unsere zusammenhängenden Sinnesempfindungen, unsere Sinneswahrnehmungen als immer mehr übereinstimmend mit der objektiven Welt, ihren realen Verhältnissen, ihrer notwendigen Gesetzmäßigkeit usw. usw. zu erweisen; und drittens sind die Empfindungen als Wahrzeichen der von uns unabhängigen Existenz der Außenwelt aufzuzeigen. Die Gesamtheit dieser Fragen schließt, wie wir gleich bemerken wollen, für den dialektischen Materialisten notwendig den Uebergang von der grauen Theorie zur lebendigen Praxis ein. Diese Praxis gestalten wir zur proletarischen Revolution, wo das Proletariat als Träger der Revolution, als die stete, umwälzende „Unruhe“ der kapitalistischen Gesellschaft, wie Marx in der „Heiligen Familie“ sagt, aus der Klasse „an sich“ vollständig zur „Klasse für sich“ erhebt, und in der proletarischen Diktatur ihre Synthese, die Klasse „an und für sich“ schafft, die allmählich sich selbst — mit der Aufhebung des Staates — aufhebt.

Dies alles theoretisch und praktisch erwiesen zu haben, ist das Verdienst Lenins.“

Wichtige Fremdwörter aus dem obigen Artikel

Philosophie = Erkenntnislehre, Weltweisheit. — metaphysisch = übersinnlich. — theologisch = gottesgelehrt. — absolut = unbedingt (in sich selbst berufend). — relativ = im Vergleich mit etwas anderem (im Gegensatz zu absolut). — Dialektik = Lehre von der Bewegung der Gedanken, Entwicklung des Denkens. — Materialismus = Die Anschauung, wonach die Materie oder das sinnlich Wahrnehmbare als die Gesamtheit alles Lebens gilt und auch die seelischen Erscheinungen auf materielle Ursachen zurückgeführt werden. — Idealismus = die Lehre und Ansicht von der Ursprünglichkeit und Wesentlichkeit der Vernunftbegriffe. — Komplex (von Eigenschaften) = Summe oder Gruppe (von Eigenschaften). — spezifisch = der natürlichen Beschaffenheit gemäß, eigentümlich. — abstrakt = allgemein, herausgelöst aus dem Greifbaren. — Agnostizismus = die Ansicht, daß es von Absoluten kein Wissen geben könne. — Synthese = Begriffsverbindung, Vereinigung zweier sich widersprechender Begriffe in einen dritten höheren Begriff.

Das Volksfremdwörterbuch ist wieder da!

Von Hermann Duncker

Die Sprache ist ein soziales Produkt, bekommt also in der Klassengesellschaft ihren Stempel durch die herrschende Klasse. Das drückt sich nicht zum wenigsten in der Durchsetzung der Sprache mit Fremdwörtern aus, durch deren reichliche Benutzung sich so mancher als „Gebildeter“, als Mitglied oder zum mindesten Sympathisierender der „Oberen Zehntausend“ zu erweisen sucht. Ueberhaupt gräbt sich die politische Geschichte eines Volkes in seine Sprachgestaltung ein. In das deutsche Sprachgut ist daher eine Fülle von Lehn- und Fremdwörtern hineingewachsen, die nicht mehr herauszuschneiden sind. Wohl gibt es auch höchst überflüssige Fremdwörter, die vermieden werden sollten, aber auf das Fremdwort überhaupt verzichten zu können, ist lächerlicher Sektenwahn und unmöglich für jemanden, der aus sprachlichen Ueberlieferungen lernen und durch die Sprache lehren und „mitreden“ will. Es heißt also auch hier für das Proletariat, sich die Waffe erobern. Das zwingt zu einem Sichvertrautmachen mit den gebräuchlich gewordenen Fremdwörtern. Der alte Wilhelm Liebknecht, der wie kein zweiter in der Vorkriegs-SPD. die Bedeutung des Wissens hervorgehoben hat, hatte bereits 1874 in längerer Gefängnishaft ein „Volksstaat-Fremdwörterbuch“ verfaßt, das bis 1922 neunzehn Auflagen erlebt, aber seit 1912 keine Durcharbeitung mehr erfahren hat. Gerade die Zeit seit 1912 — der Weltkrieg, die Herausbildung der Kommunistischen Internationale, der Leninismus und der Aufbau der Sowjetunion usw. — hat der Welt jedoch eine solche Menge neuen politischen Anschauungsstoffes übermittelt und auch neue sprachliche Ausdrucksformen dafür geschaffen, daß ein neues Fremdwörterbuch zum dringendsten Bedürfnis für das klassenbewußte Proletariat geworden war.

Nun endlich ist diese empfindlichste Lücke im proletarischen Bildungsmaterial der Gegenwart gestopft. Die 20. Auflage dieses solange vergriffen gewesenen „Liebknecht“ repräsentiert sich in gänzlich neuem Gewande. Der Neue Deutsche Verlag hat die anerkennenswerte Aufgabe einer zeitgemäßen „Bearbeitung, Berichtigung und Vermehrung“ des Fremdwörterbuches auf sich genommen. Auf 600 Seiten ist von dem Kollekteur der Herausgeber ein außerordentlicher Reichtum von Worterklärungen zuasmmengetragen. Der aufmerksame Leser des Buches wird gute historische politische und fachwissenschaftliche Belehrung finden, wenn auch ein Fremdwörterbuch natürlich kein Konversationslexikon ist. Die Herausgeber erbitten mit Recht die Mitarbeit des Lesers. So mag denn für eine neue Auflage angemerkt werden, daß z. B. Worte wie Blanquismus, Mondismus, Otsowismus, Fideismus, EKKJ., Produktionskontrolle, Rotüre nicht fehlen dürften. Im Text sind einige Unebenheiten zu glätten: das Zeitalter des „Imperialismus“ schließt doch nicht bereits mit 1914 ab (Seite 203). Die Begriffserklärung von „Determinismus“ grenzt diesen nicht genügend gegen den Fatalismus ab (S. 101). Bei „Metaphysik“ fehlt die im Marxismus gebräuchliche Anwendung dieses Wortes für undialektische Betrachtungsweise. Bei „sliding scale“ sollte auch auf die entsprechende Entlöhnungsform Bezug genommen werden. Das sind natürlich Kleinigkeiten gegenüber der ungeheuren positiven Arbeit, die in diesem Neubau des alten „Liebknecht“ steckt.

Das Volksfreundwörterbuch erscheint demnächst in der Bezirkszentral-Buchhandlung.

SOS.!

(Zum SPD.-Reichsparteitag)

Hei, wie im Sommer der Regierungsdampfer
Mit neuem Anstrich aus dem Hafen fuhr!
Im „Vorwärts“ gab es jubelndes Gestampfer:
Der neue Steuermann versteht die Tour!

Und Hermann Müller stand mit Adlerblicken,
Und griff mit nerv'ger Faust ins Steuerrad,
Das Steuerruder stark nach links zu drücken.
Doch leider ging die Sache nicht so glatt.

Es wurde nämlich plötzlich schlechtes Wetter;
Das Steuerruder wurde schief und krumm.
Doch Hermanns Flehen drang zu keinem Retter.
Der neue Kurs ging jetzt im Kreise rum.

Nach neuen Ufern späht die Stresemannschaft
Und sucht den sogenannten Silberstreif.
Doch ringsumher ist nichts als Nebellandschaft.
Der Kasten schlingert und der Wind geht steif.

Dem Hermann geht der Seegang auf die Nerven.
's ist höchste Zeit (der Kasten hat ein Leck!),
Gesinnungsballast über Bord zu werfen,
Drum schmeißt man schnell den kleinen Vorrat weg.

Doch keiner weiß, wie lange das so fortgeht.
Die See geht hoch! Wenn nur nicht unterdess'
So mancher linke Seemann über Bord geht!
Kein Retter in der Nähe! SOS.!

Doch ferne schimmert schon ein Hoffnungslichtchen:
Daß man mit diesem Steuermann vielleicht,
Wenn sich die Wogen der Partei beschwicht'gen,
Mit Gott den Hafen Hugenbergs erreicht!

Erich Weinert

Gaskrieg und Luftkrieg

Die in letzter Zeit immer zahlreicher werdenden Unglücksfälle, die auf heimlich aufgestapelte Kriegsgase zurückzuführen sind und die sich ebenfalls häufenden Unglücksfälle bei Luftkriegsübungen beweisen, daß dieses Thema äußerst aktuell ist.

Der „Kampf“ gegen den Gaskrieg wird heute auf nichtrevolutionärer Seite auf zwei Arten geführt: Die kleinbürgerlich-pazifistischen Strömungen führen ihren Feldzug mit Papierkugeln von Resolutionen, Denkschriften, Protesten usw. Die andere, viel gewichtigere Seite ist die Gruppe der militärischen und kriegstechnischen Sachverständigen. In Büchern, Broschüren und Zeitschriften bemühen sich die Herren Kriegswissenschaftler, die Wirkung der Kampfgase als bei weitem nicht so furchtbar darzustellen, wie es in der Allgemeinheit angenommen wird. Die berühmte „Feststellung“ amerikanischer Aerzte, daß nur 2 Prozent aller im Kriege Gaserkrankten gestorben seien, taucht hier immer wieder als durchschlagendes Argument auf. Derartige Erklärungen müssen fabriziert werden, um das aufgeschreckte Bewußtsein der Massen zu beruhigen. Andererseits hat ihre Kritik der Einstellung zum Gaskrieg den Zweck, die Aufrüstung im allgemeinen (Einkreisung Deutschlands; ziviler Luftschutz!) und eine „zweckvolle“ Aufrüstung im besonderen zu begründen. Dieselben Leute, die das Giftgas als die humanste Waffe bezeichnen, sprechen in demselben Atemzug in zynischem Ton von seiner beschränkten Wirkungsmöglichkeit, weil das Gas zwar Lebewesen tötet, aber kein Material zerstört! Zweifellos, die getöteten Lebewesen würden sich aus den Reihen der Arbeiterschaft rekrutieren, während den Angehörigen der herrschenden Klassen schon die Möglichkeit für einen ausreichenden Gasschutz gegeben sein wird. Das liegt im Wesen der Volksgemeinschaft!

In einer der letzten Nummer des „Militärwochenblattes“ stimmt ein Generalleutnant ein bewegliches Klagelied über die Wehrlosigkeit Deutschlands zur Luft an. Das Motto seiner Ausführungen ist: „Nicht über den Gaskrieg, über den Luftkrieg müssen wir reden!“ Anscheinend geht er von der verständlichen Voraussetzung aus, daß die Giftgasversorgung Deutschlands durch den Chemietrust sichergestellt ist. Anders soll es mit der deutschen Wehrfähigkeit zur Luft stehen. Die Reichweite neuzeitlicher Flugzeuge ist heute so groß, daß beispielsweise französische Flugzeuge bis zur Elbe reichen. Der Generalleutnant entwirft ein anschauliches Bild von einem Luftangriff auf eine Großstadt: Zunächst würden die Licht- und Wasserwerke durch Brisanz- und Brandbomben zerstört werden. Die nun licht- und wasserlose Stadt würde dann mit Brisanz-, Brand- und Gasgeschossen bombardiert werden. Ein französisches Goliath-Bombenflugzeug mit einer Nutzlast von ungefähr 1000 bis 2000 Kilogramm könnte Bomben von ähnlich hohem Gewichte tragen und abwerfen. Schon eine dieser Brisanzbomben genügte, um ganze Häuserviertel in Trümmer zu legen. Bei den sogenannten Thermit-Brandbomben und besonders bei den neueren Elektron-Brandbomben brennt die Hülle mit, wobei sich eine Hitze von einigen tausend Grad entwickelt. Infolge der hohen Hitzegrade sind sie — auch bei Vorhandensein von Wasser und Licht — nicht löschbar. Eine Brandbombe von einem Kilogramm reicht zum Durchschlagen von Dächern aus. Ein großes Bombenflugzeug, das zahlreiche solcher Bomben befördern kann, kann ganze Straßenzüge in Brand stecken.

Es soll an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, daß das Gas keineswegs — wie irrtümlicherweise oft angenommen wird — andere Waffengattungen verdrängen wird. Wohl wird der Krieg — nach einem Ausspruch eines bürgerlichen Professors — immer mehr zu einem Zweige der angewandten Chemie. Aber Brisanz-, Brand- und Gasgeschosse werden zusammen verwendet werden. Gerade diese Vereinigung wird die Verheerungen des Krieges noch tiefgehender und furchtbarer machen. Nicht umsonst haben sich die Vertreter der imperialistischen Staaten kürzlich erst in Genf geweigert, auf die humane Giftgaswaffe zu verzichten. Ein solches Massenmorden mit allen Mitteln der Technik kann nur das internationale Proletariat durch den Sturz des kapitalistischen Systems verhindern.

Chemikus.

Kultureller Fortschritt in der Sowjetunion

(Esperanto-Dienst.) Im Jahre 1923 gab es in der Sowjetunion 1951 Arbeiterklubs mit 239 000 Mitgliedern. Jetzt zählt man 3776 Klubs mit einer Mitgliederzahl von 1 191 000. Außerdem gibt es noch 33 471 Rote- und Lenin-Ecken, besondere Zimmer zu Bildungszwecken in den Fabriken.

Im Jahre 1925 gab es 6803 Arbeiterbibliotheken mit einer Leserzahl von 1 376 000. Jetzt 8386 Bibliotheken mit einer Leserzahl von 3 000 000.

Unter der japanischen Ausfuhr stehen obenan Rohseide im Werte von 745 Millionen Yen, Baumwollstoffe 385, Seidenstoffe 140; diese drei Artikel machen bereits mehr als 60 v. H. der Ausfuhr aus.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290525-14/fragment/page=0008

Aus der Gewerkschaftsbewegung

Arbeiter und Arbeiterinnen des Messingwerks, Hettstedt!

Die Wahl des Betriebsrats ist von dem Wahlvorstand scheinbar nicht ohne bestimmte Absicht auf zwei Tage und noch dazu auf den heutigen Sonnabend und den kommenden Montag festgelegt worden. Es steht für jeden Kollegen außer Zweifel, daß die Wahl genau so gut an einem Tage, d. h. in 24 aufeinanderfolgenden Stunden, hätte durchgeführt werden können.

Die Belegschaft muß auf der Hut sein. Es besteht die Möglichkeit, daß die große eintretende Pause des Sonntags einzelne Leute in Versuch bringen könnte, zu Mitteln zu greifen, wie sie in Leipzig bei der Betriebsratswahl der Straßenbahner von dem Renegaten Kestner und in Piesteritz auf der „Wasag" von dem Renegaten Bode allem Anschein nach durchgeführt worden sind. An beiden Stellen besteht der Verdacht, daß Wahlschiebungen gemacht wurden. Sichert also unter allen Umständen das Wahlergebnis des ersten Tages, und zwar in so einwandfreier Form, daß irgendwelche Manipulationen in der Zwischenzeit nicht geschehen können. Hierauf hat jeder einzelne der Belegschaft zu achten.

Gehe jeder zur Wahl und zur Abgabe seiner Stimme für die Liste 4.

Ein neuer schwerer Angriff der Werksleitung ist abzuwehren. Es wird mit der Entlassung von 300 Kollegen gedroht. Nur energisches und einmütiges Vorgehen von Betriebsrat und Belegschaft ist hier in der Lage, das Schlimmste zu verhindern. Darum wählt Euch revolutionäre Betriebsräte; schlagt die Stahlhelmer, die Christen und die Gelben samt den Renegaten und Reformisten, die alle samt und sonders die Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum über alles setzen.

Führt jeden Kollegen und jede Kollegin an die Wahlurne zur Abstimmung

für Liste 4.

Schwerer Betriebsunfall
beim Schulneubau in Leuna

Bei Installationsarbeiten auf dem Boden des Schulneubaues stürzte ein 16jähriger Elektrolehrling einer Merseburger Firma durch einen Luftschacht acht Meter in die Tiefe. Mit einem klaffenden Schädelbruch brachte man ihn ins Krankenhaus.

Er war mit Installationsarbeiten auf dem Boden beschäftigt und wollte dabei eine Leiter hochziehen. Rücklings ist er dann in den Luftschacht gestürzt. Schwer verletzt wurde er dort von Arbeitskollegen geborgen.

Erwerbslosigkeit und Landarbeiterschaft
„Mangel an Arbeitskräften" — Verschärft den Kampf gegen die neue Arbeitszwangsgesetzgebung!

Nach dem letzten Bericht des Landesarbeitsamtes hat die Nachfrage nach Arbeitern und Arbeiterinnen für die Landwirtschaft gegenwärtig nach beendeter Frühjahrsbestellung nachgelassen. Im allgemeinen wird jedoch das ganze Jahr hindurch von den Agrariern über einen „Mangel an Arbeitskräften" geklagt. Das Landesarbeitsamt Sachsen schrieb am Anfang dieses Monats im Lagebericht folgendes:

„Der Mangel an gelernten Arbeitskräften macht sich in der Landwirtschaft bemerkbar. Im allgemeinen fehlt es an jugendlichen männlichen und weiblichen Arbeitskräften. Für den Gartenbau wurden Fachkräfte unter 20 Jahren (!) und Gartenfrauen angefordert."

Aelteren Landarbeitern wird kaum noch Arbeit angeboten. Einige Stichproben aus den Stellenangeboten zeigen, worauf es den Agrariern ankommt.

Da steht z. B. im Bericht des Landesarbeitsamtes:

„Verlangt werden: Landarbeiterfamilien — Landarbeiter — **bis 25 Jahre** — Burschen **bis 18 Jahre** — Gärtner für Gemüse- und Topfpflanzen **bis 20 Jahre**, Mädchen für Haus, Feld und Stall **bis 18 Jahre** usw."

In der Landwirtschaft sind elende Arbeitsbedingungen. Schlechte Unterbringung, niedrige Löhne und schrankenlose Ausbeutung. Die Jungproleten betrachtet man als die gegeignetsten Ausbeutungsobjekte, **weil für sie im Tarif die niedrigsten Lohnsätze festgelegt sind und weil man von ihnen weniger Widerstand gegen die Ausbeutung erwartet.**

Bezeichnend ist auch folgendes Stellenangebot:

„Landarbeiterehepaar, **kinderlos**, gesucht. **Frau muß mit arbeiten.** Wohnung vorhanden. Arbeitsamt Borna, Bez. Leipzig."

Landarbeiterfamilien sollen keine Kinder haben, damit sie den ganzen Tag ungehindert schuften können. Ja, wenn die Kinder schon größer und bei der Arbeit zu verwenden wären, das könnte den agrarischen Sklavenhändlern schon recht sein.

Eine vielgeübte Praxis der Arbeitsämter ist die Zwangsverschickung Erwerbsloser aufs Land, auch wenn die Betreffenden noch nie in der Landwirtschaft beschäftigt waren.

Die elenden Arbeitsbedingungen sind die Ursache für den angeblichen „Mangel" an Arbeitern in der Agrarwirtschaft. Die Agrarier denken gar nicht daran, ihre proletarischen Volksgenossen menschenwürdig zu behandeln und ihnen anständige Löhne zu zahlen.

Die Erwerbslosenausschüsse und die Kampforgane der Landarbeiterschaft müssen gemeinsam gegen diese Zustände den schärfsten Kampf aufnehmen. Auch hier steht die Arbeiterschaft dem Dreibund gegenüber: Unternehmer, Staat und Reformisten. **Gegen diese Einheitsfront der Agrarier mit den Arbeits- und Wohlfahrtsämtern und der reaktionären Bürokratie in den Landarbeiterverbänden muß der Kampf geführt werden.**

Elend der Notstandsarbeiter
Wie die hungernden Erwerbslosen mißbraucht werden

Die Unternehmerpresse hetzt seit Monaten über angebliche Mißbräuche beim Bezug der Arbeitslosenunterstützung. Der nachstehende Bericht ist ein Beweis dafür, daß in Wirklichkeit die Unternehmer und die Arbeitsämter den schlimmsten Mißbrauch mit der Zwangsvermittlung von Erwerbslosen treiben.

Von den verschiedensten Arbeitsämtern in Mitteldeutschland sind Erwerbslose zum Bau der Saaletalsperre vermittelt worden. Die Arbeiten werden zwar von Privatunternehmern ausgeführt, gelten aber als Notstandsarbeiten. Bei der Vermittlung wird der übliche Druck seitens der Arbeitsämter ausgeübt, d. h. Erwerbslosen, die sich weigern, die angebotene Arbeit anzunehmen, wird die Unterstützung gesperrt oder entzogen.

Ueber die skandalösen Arbeitsverhältnisse, die dort verhanden sind, berichtet ein Kollege, der zur Firma Holzmann vermittelt wurde. Die Firma Holzmann hat einen Bahnbau bei Schleiz auszuführen, der ebenfalls zu dem großen Projekt Saaletalsperre gehört. Aus dem Bericht heben wir folgendes hervor:

„Es wird ein Stundenlohn von 80 Pf. gezahlt. Die Verheirateten sind nicht in der Lage, ihren Angehörigen Geldmittel zu schicken, da die Lebensmittelpreise sehr hoch sind. So wird beispielsweise für ein vollkommen unzureichendes Mittagessen 60 Pf. verlangt. Für minderwertige Wurst muß 1,60 Mk. pro Pfund bezahlt werden.

Um die niedrigen Verdienste aufzubessern, werden die Kollegen dauernd aufgefordert, Ueberstunden zu leisten. Leider finden sich auch einige, die täglich 16 Stunden arbeiten!

Es wird in zwei Schichten gearbeitet. Die erste beginnt morgens um 4 Uhr, wo es noch nicht einmal warmen Kaffee gibt. Erst nach Beendigung der Schicht besteht dazu die Möglichkeit.

Die Unterkunftsräume bestehen aus einfachen Bretterbuden, in denen keinerlei Heizvorrichtungen vorhanden sind. Bei Regenwetter können die Arbeiter ihre durchnäßten Kleidungsstücke nicht einmal trocknen. Als Schränke dienen leere Kisten. Tische und Stühle haben sich die Arbeiter selbst zurechtgezimmert. Der Zustand der Betten ist einfach unbeschreiblich.

Verbandskasten mit den notwendigsten ersten Hilfsmitteln bei Unglücksfällen ist nicht vorhanden.

Klosettanlagen entsprechen den Verhältnissen der Kriegszeit."

Gegen die geradezu schweinemäßigen Zustände hat der kommunistische Landtagsabgeordnete Zimmermann eine Anfrage an die Thüringer Regierung gerichtet, um festzustellen, was sie zur Abstellung zu unternehmen gedenkt.

Die hier geschilderten Tatsachen sind durchaus keine Einzelerscheinung. Wir hatten bereits vielfach Gelegenheit, auf ähnliche Zustände bei der Vermittlung zu Land- und Forstarbeiten hinzuweisen. Es ist deshalb höchste Zeit, daß sich die gesamte Oeffentlichkeit mit diesen schändlichen Mißbräuchen der Zwangsvermittlung beschäftigt.

Für die Notstandsarbeiter ergibt sich die zwingende Notwendigkeit, sich zusammenzuschließen, um durch geschlossenes Auftreten solche Mißstände zu beseitigen. Durch ihre Vertrauensleute sollten sie mit den Betriebsarbeitern und Erwerbslosen eine geschlossene Front herstellen, die imstande ist, die Zwangsparagraphen abzuschaffen, und den drohenden weiteren Abbau der Erwerbslosenunterstützung abzuwehren.

Bergarbeiter von dem Sozialdemokraten Janschek zu 26 Ueberschichten verurteilt

A.-K. In mehreren Revierkonferenzen, die von den reformistischen Gewerkschaftsführern des Bergbauindustriearbeiterverbandes für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau einberufen waren, wozu die Betriebsräte und Vertrauensleute anwesend sein sollten, hatten die Bürokraten eine dreifache Siebung vorgenommen, um die Konferenzen von oppositionellen Elementen fernzuhalten. Auf der Tagesordnung stand u. a. ein Referat über das „Bergarbeitsschutzgesetz".

Die Gewerkschaftsführer ließen Entschließungen annehmen, in denen im ersten Teil protestiert wird gegen das Bergarbeitsschutzgesetz. Im zweiten Teil der Entschließung heißt es:

„Die Konferenz lehnt die Bestimmung über Mehrarbeit ab und erklärt, daß sie bereit ist, Ueberarbeit zu leisten, wenn sie aus Gründen des Gemeinwohls (Wo existiert das? D. Red.) notwendig und zwischen den wirtschaftlichen Verbänden vereinbart ist." —

In der hallischen Konferenz wies die Opposition auf den reformistischen Verrat hin, der in der Entschließung zum Ausdruck kommt. Hohnlächelnd gingen die Reddigau, Hesse und Martmöller über die Ausführungen der Opposition hinweg.

Noch ist das Bergarbeitsschutzgesetz nicht in Kraft. Noch erklären die reformistischen Gewerkschaftsführer, die Paragraphen müßten geändert werden. Trotz dreimaliger Kohlenpreiserhöhung, die den Unternehmern seitens der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer im Reichskohlenrat bewilligt wurden, ohne daß die Bergarbeiter nennenswerte Lohnerhöhung erhielten, trotz Abbau der Belegschaften, trotz guter Konjunktur, trotz hoher Dividende gehen die Gewerkschaftsführer jetzt dazu über und treffen, ohne die Betriebsräte zu fragen, mit den Unternehmern Vereinbarungen auf Mehrarbeit.

Die Grubenbarone der Bubiagwerke machen sich schon jetzt mit Hilfe der reformistischen Gewerkschaftsführer das noch nicht ganz verabschiedete Bergarbeitsschutzgesetz zunutze, wie nachstehend geschilderter Fall ganz offen zeigt.

Die Unternehmer suchten bei den Führern des Bergarbeiterverbandes um die Zustimmung nach, die Belegschaften

an 26 Sonntagen durcharbeiten

lassen zu können. Es wurde ein Lokaltermin angesetzt, an dem die Bergbehörde, ein Vertreter des Fabrikarbeiterverbandes und ein Vertreter des Bergbauindustrieverbandes teilnahmen. Als Vertreter des Bergbauindustrieverbandes erschien der Gewerkschaftsführer, Mitglied des Reichstags, Janschek, anwesend. Wer nun glaubte, daß die Interessen der Arbeiterschaft vertreten oder Arbeitervertreter des Betriebes hinzugezogen wurden, der irrt sich gewaltig. Die Bubiagunternehmer hatten zur Vorsicht den Betriebsratsvorsitzenden für diesen Tag von der Arbeit freigestellt. Da aber die Gewerkschaftsbonzen wissen, daß sich der Betriebsrat aus oppositionellen Gewerkschaftlern zusammensetzt, die gegen Janschek aufgetreten wären, wurden

keine Betriebs-Arbeitervertreter zugelassen!

Die Reformisten führten den Verrat an der Arbeiterschaft, wie so oft, auch in diesem Falle durch.

Die Bürokraten gaben ihre Zustimmung zum Verfahren von 26 Ueberschichten an Sonntagen.

Der Verrat dieser Bonzen tritt hier besonders kraß zutage. Herr Schmidt vom Hauptvorstand wird Kenntnis genommen haben und alles in Butter finden. Er wird die Schuld, genau wie damals in Senftenberg, wieder auf die Opposition schieben wollen. Bergarbeiter, nehmt sofort in den Betrieben und Zahlstellen Stellung zu diesem reformistischen Verrat; beruft für das Bockwitzer Bergbaugebiet eine Betriebsrätekonferenz ein und lehnt das Ueberstundenschieben ab.

Wir Bergarbeiter von der Opposition im BAV. wollen gemeinsam mit Euch den Kampf führen zur Ausmerzung der reformistischen Politik in unserem Vorstand.

Schließt Euch alle den freien Gewerkschaften an. Stärkt in ihnen die Gewerkschaftsopposition, die den Kampf führt gegen die Diktatur der verräterischen Bonzen. Sie fesseln unsere Organisation an das Trustkapital, treten die proletarische Demokratie im Verband mit Füßen, und müssen durch einen Massensturm der Arbeiterschaft gegen den Reformismus aus der Führung in den Gewerkschaften hinweggefegt werden! Das ist eine große Sache. Es lohnt sich, es ist eine wichtige Lebensfrage für die Arbeiterbewegung, diesen Kampf zu führen!

Leuna-Arbeiter, auf Euch blickt die gesamte mitteldeutsche Arbeiterschaft!
Heraus zur Belegschaftsversammlung für energischen Lohnkampf!

Seit dem 30. April ist der Lohntarif abgelaufen. Die Chemiegewaltigen verhöhnen Euch mit dem Angebot einer „Lohnerhöhung" von 2½ Pf.

Dabei bringt jeder Werktag im Jahre den Leuna-Königen rund eine Million Reingewinn!

Gleichzeitig aber steigen die Preise, Steuern, Zölle und Abgaben.

Das Trustkapital, die bürgerliche Staatsgewalt und die Reformisten sind drauf und dran, mittels des Schlichtungssystems die Chemiearbeiterschaft schwerer und fester in Ketten zu legen als je zuvor.

Massenentlassungen und Lohnabbau sollen den Kampfwillen der Belegschaften schwächen.

Heraus, Kollegen! — Besucht die Belegschaftsversammlungen!

In Halle im „Volkspark" am Dienstag, dem 28. Mai, 20 Uhr.

In Merseburg im „Tivoli" am Freitag, dem 31. Mai, 19.30 Uhr.

In Weißenfels im „Hermannsgarten" am Mittwoch, dem 29. Mai, 19.30 Uhr.

Die Naumburger Kollegen fordern wir auf, an der Versammlung in Weißenfels teilzunehmen.

Wir haben Euch bei den Betriebsratswahlen versprochen, den Kampf gegen die Ausbeutung zu organisieren. Heute rufen wir Euch auf zu diesem Kampf. Wir zeigen Euch Richtung und Ziel des Angriffs. — Schart Euch um uns in breiter Front. Gegen den Willen der reformistischen Bürokratie, die die Masse, und die Massenbewegung haßt, führen wir Euch zum Massenkampf gegen das Hungerdiktat des Trustkapitals.

Die oppositionellen Vertrauensleute in Leuna-Werk.

Zur Betriebsvertretung auf dem Bau

Jedem Bauarbeiter müßte bekannt sein und er die Verpflichtung in sich tragen, dafür zu sorgen, daß auf jeder Baustelle eine Betriebsvertretung zu wählen ist. Der zurzeit bestehende Reichstarif für das Baugewerbe regelt diese Frage klar und deutlich.

Trotzdem gibt es leider immer wieder Baustellen, sogar größere, welche von diesem wichtigen Tarifrecht, trotz Konjunktur und Unterstützung durch die Baugewerkschaft keinen Gebrauch machen. Daß durch solche Gleichgültigkeit sich die Bauarbeiter mancherlei Recht vergeben, muß besonders festgestellt werden. Erinnert sei an das Einspruchsrecht beim Baudelegierten bei Entlassungen (§ 84 des BGB.).

Auch Mängel bezüglich der Unterkunftsräume, der Abortanlagen und des Bauarbeiterschutzes beseitigen zu helfen, sind mit die nächsten Aufgaben der Betriebsvertretung. Darüber hinaus haben die Baudelegierten mit den Belegschaften, welche zur Unterstützung ihrer Baudelegierten immer verpflichtet sind, über die Einhaltung aller übrigen tarifischen Bestimmungen zu wachen.

Die Arbeitszeit ist auf keinen Fall vor 7 Uhr früh zu beginnen und soll täglich 8 Stunden bzw. 48 Stunden die Woche nicht übersteigen.

Alle Ueberstunden sind mit Rücksicht auf noch arbeitslose Kollegen abzulehnen.

(Es sei denn, daß Ueberarbeit unter den Begriff der Notstandsarbeit fällt und ist diese nur im Einvernehmen mit der Betriebsvertretung zu verrichten.) Weiter ist zu beachten, daß der tarifliche Lohn, für Ueberstundenarbeit — soweit tariflich begründet — die Zuschläge gezahlt werden. Ebenso wichtig ist es, daß die Ferien nach 36 Wochen Wartezeit, spätestens jedoch bei der Entlassung des Beschäftigten von demselben beim Unternehmer geltend gemacht werden.

Besondere Aufmerksamkeit ist auch der Lehrlingsfrage zu widmen. Werbt die Lehrlinge für die Organisationen. Sie sind mit die Berufenen, die später die Bauarbeiterbewegung vorwärtstreiben und vervollkommnen sollen.

Bauarbeiter! Dies sind ein Teil Eurer unumstößlichen Rechte auf den Baustellen. Ergreift von diesem Rechte Besitz!

Wählt Baudelegierte!

Der Delegierte ist der Verbindungsmann zwischen der Belegschaft und Organisation. Streikt alle Gleichgültigkeit ab. Verleiht der Bauarbeiterbewegung durch ein weitverzweigtes System klassenbewußter revolutionärer Vertrauensleute höchste Kampfkraft!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290525-14/fragment/page=0009

Bitterfeld-Wittenberg

Zweierlei Sorgen

Der Bourgeois hat unbestreitbar seine Sorgen. Nicht weniger die „gändige Madam". Sorgen gesellschaftlicher Natur drücken sie beide. Jeder Modewechsel verursacht im Gemüt der „Gnädigen" eine kleine Revolution, bei ihrem Ehegatten nicht weniger. Zu einer Reihe allgemeiner Sorgen, die diese Nichtstuer tagaus, tagein haben, gesellen sich noch besondere Sorgen. So z. B. die Frage: Wo verbringen wir die Pfingsttage? Die bürgerlichen Zeitungen bringen der diesbezüglichen Sorgenlast ihrer Leserschaft ein intimes Verständnis entgegen. In Beilagen wie „Der Reiseführer" usw. tauscht das Nichtstuergesindel gegenseitig ihre Reisesorgen aus. Es wird gefragt: ob die Sonne an der französischen Riviera für die Fettwulst der Gnädigen oder die Dickleibigkeit des Gnädigen zuträglich ist, oder ob ein Seebad vorzuziehen sei.

Es gibt aber noch andere Sorgen, die Sorge um das tägliche Dasein, um den täglichen Existenzkampf. Es sind dies die täglichen Schatten des Arbeiterlebens. Sorgen der Pfennigrechnung.

Ein oberflächlicher Blick in das tägliche Leben spricht eine klare Sprache. So antwortet z. B. der Reiseberater einer bürgerlichen Zeitung die Pfingstsorgen einer gnädigen Herrschaft wie folgt:

„Sie machen Ihre Dolomitentouren am besten von Bozen aus (Hotel Stiegl) fahren mit dem Zuge eine Station gegen den Brenner zurück nach Karneid und gehen von hier ins Grödnertal über St. Ullrich nach Wolkenstein. Von hier haben Sie viele Möglichkeiten, auf die Berge zu kommen. Erstens durch die Geißlergruppe zur Regensburger Hütte; zweitens Grödnerjoch und Sellagruppe oder drittens Sellajoch und von dort durch die Langkofelgruppe über Seis am Schlern nach Bozen zurück. Sie können aber auch vom Schlern noch in die Rosengartengruppe ziehen und dann nach Bozen zurückkehren, überhaupt Ihre Touren ganz beliebig gestalten, was Ihnen bei den vielen Möglichkeiten keineswegs schwer fallen wird. Auf der oben angezegten Tour bekommen Sie das Schönste von den Dolomiten zu sehen."

Aber in derselben Zeitung findet man an versteckter Stelle eine unscheinbar aufgemachte Notiz, die von den Pfingstsorgen eines Arbeiters spricht. In kurzen nüchternen Worten heißt es da:

In der Gartenlaube erhängt

In einer Gartenlaube wurde gestern die Leiche eines etwa 60jährigen Mannes, eines Arbeiters aus Linden, aufgefunden. Er hatte durch Erhängen seinem Leben ein Ende gemacht. Wahrscheinlich hat der Lebensmüde aus Nahrungssorgen die Tat begangen. Die Leiche wurde in das gerichtliche Totenhaus gebracht.

Zweierlei Sorgen! Klassensorgen! Während die Bande der Nichtstuer das von den Arbeitern herausgeschundene Geld verprassen und verjubeln, wähend sie sich ein unerhört luxuriöses Leben erlauben und ihre faulen Knochen in die Plüschgarnitur eines Luxusautomobils oder eines Fern-D-Zuges vergraben können, verrecken auf der andern Seite die aus dem Produktionsprozeß herausgeworfenen Arbeiter buchstäblich vor Hunger. Krankheit, Familien- und Kinderelend auf Seite der Arbeiter, das sind die Voraussetzungen für das ekelhafte Parasitenleben der Bourgeoisie.

Wollt Ihr, Arbeiter, warten, bis Euch der Hunger dazu treibt, den Kopf in die Schlinge zu stecken, oder wollt Ihr kämpfen?

Arbeiterfeindliche Kommunalpolitik in Wolfen

SPD. und Bürgerliche kapitulieren vor den Chemiekönigen. — Die KPD.-Gemeindevertreter lehnen den Etat ab

In der letzten Gemeindevertretersitzung wurde der diesjährige Haushaltplan beraten und angenommen. Es standen auf der Tagesordnung noch einige unwesentliche Punkte. Die Beschlußfassung über die einzurichtende Sparkasse wurde gegen die Stimmen der Bürgerlichen und Hausbesitzer abgelehnt. Unsere Genossen führten hierzu aus, daß es eine Ironie gegenüber der Arbeiterschaft ist, eine Sparkasse einzurichten. Die Löhne reichen nicht zum nötigsten Lebensunterhalt, da will man dann die Arbeiter noch mit einer Sparkasse verhöhnen. Daß die Bürgerlichen und Hausbesitzer sich dafür einsetzten, ist zu verstehen, vereinbart sich aber nicht mit den Klageliedern, die sie bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit über die Not des Mittelstandes anstimmen.

Hierauf folgte die Beratung des Haushaltplanes. Der Geschäftsausschuß in seiner Mehrheit hatte eine Menge Streichungen vorgenommen, die nun zur Debatte standen. Es war das alte Lied, möglichst viel im außerordentlichen Plan unterzubringen, um nachher ordentlich über die Schuldenwirtschaft der Gemeinde schimpfen zu können und den J.-G.-Farbenindustrie-Aktionären einen genehmen Haushaltplan vorzulegen.

Auf eine Anfrage erklärte der Gemeindevorsteher, daß er schon Verhandlungen mit der J. G. Farbenindustrie gepflogen hat, aber wenig Aussicht besteht, daß trotz der vielen Streichungen der Etat nicht angefochten wird. So waren unter anderen 350 Mark gestrichen für Fahrtunkosten der Gemeindeangestellten.

Hierzu führten unsere Genossen aus, erst Wohnungen zu bauen, wenn man von den Angestellten verlangt, daß sie nach Wolfen ziehen sollen.

Nach den Ausführungen unserer Genossen bewilligte man den Angestellten das Fahrgeld.

Weiter wurden 10 000 Mark auf einen Fonds gestrichen für das erbaute Spritzenhaus. In das Spritzenhaus sollen Unterkunftsräume für die Gemeindearbeiter, Nachtwächter und Durchreisende gebaut werden, ferner noch eine Wohnung. Auch sollen die Geräte

---

Arbeiterfrauen im Bezirk Halle-Merseburg, vergeßt nicht die Opfer des weißen Terrors in Rumänien. Bringt sofort alle entbehrlichen Kleider und Wäschestücke zum Bureau der IUH., Halle, Große Steinstraße 16. Anfang nächster Woche soll die erste Kiste zum Versand kommen. Wer schnell gibt, gibt doppelt.

---

der Gemeinde und sonstiges untergebracht werden. Für alles das hatte man kein Verständnis, immer mit Rücksicht auf die Chemiegewaltigen; sie könnten sonst den Haushaltplan beanstanden. Den Ausschlag gab hierbei immer der SPD.-Vertreter Vater, als Sprecher des Gemeindevorstehers.

So geschah es bei verschiedenen anderen Punkten, über Straßenausbau, Kanalisation, Friedhofseinrichtung und zuletzt bei der Einsetzung von 100 000 Mark in den ordentlichen Etat für Erbauung von Arbeiterwohnungen.

Im Jahre vorher war ein Antrag vom Gemeindevertreter Lehrer Cäsar gestellt worden für Erbauung eines Beamtenhauses (Kostenpunkt 40 000 M.) Unsere Genossen machten ihre Zustimmung davon abhängig, daß dann auch mindestens 100 000 Mark im nächsten Haushaltplan für Arbeiterwohnungen eingesetzt werden. Der Gemeindevorsteher machte damals schon Bemerkungen über Agitationsanträge usw.

Daß es unseren Genossen ernst war mit diesem Antrag, bewiesen sie, indem sie ihre Zustimmung zum Plan von der Annahme dieses Antrages abhängig machten.

Der kommunistische Antrag fiel mit der Stimme des SPD.-Vertreters Vater und des Gemeindevorstehers.

Ganze 50 000 Mark sind für Bauzwecke im außerordentlichen Plan vorgesehen. Hierauf erklärten unsere Genossen, daß der Haushaltplan nun für sie unannehmbar sei und das weitere könnten sie nun unter sich ausmobeln.

Hierauf wurde der Etat mit den Aenderungen von der bürgerlich-sozialdemokratischen Mehrheit angenommen.

Der Plan sieht vor, 1 218 000 Mk. in Einnahme und Ausgabe. Zu decken bleiben aus Gemeindesteuermitteln 416 019 Mk. Die Zuschläge sind festgesetzt:

Auf Grundvermögensteuer . . .	100%
Auf Gewerbeertragssteuer . . .	245%
Auf Gewerbekapitalsteuer . . .	450%

Nun kommt der Einspruch der J.-G.-Gewaltigen und das Theater geht von vorn los, trotz der Haltung Vaters.

An Stelle unseres ausgeschiedenen Genossen Polandt wurde der Genosse Keine als Gemeindevertreter eingeführt.

Brehna. Freitod. Am Donnerstag, in den Nachmittagsstunden, ließ sich der 16jährige Sohn des Maurers Dobrisch aus Torna bei Brehna vom Zuge zwischen Landsberg und Brehna überfahren. Der junge Mensch wurde vollständig zerstückelt. Was ihn zum Freitod bewog, konnte noch nicht festgestellt werden. — Das diesjährige Kinderfest findet in der Zeit vom 6. bis 8. Juli statt. — Wir weisen bereits heute auf die am 8. und 9. Juni stattfindende Arbeiter-Samariter-Bezirksübung hin. Die Generalübung wird Sonntag vormittag 11 Uhr auf dem Schulplatze stattfinden.

Bergwitz. Auf der Chaussee kurz hinter Bergwitz ereignete sich am Mittwochnachmittag ein Zusammenstoß eines Motorrades mit einem Auto. Führer der Fahrzeuge waren zwei Frauen, eine aus Gräfenhainichen, die andere aus Berlin. Beide Frauen wurden verletzt und mußten ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. Die Fahrzeuge wurden beide beschädigt. Die Sozius[illegible]rin des Motorrades hatte sich beim Sturz eine schwere Armverletzung zugezogen, die eine Ueberführung ins Wittenberger Krankenhaus nötig machte.

Delitzsch-Torgau-Liebenwerda

Der verbläute Polizeikommissar

Am Pfingstmorgen geht gewöhnlich jede erwachsene männliche Person zum Frühschoppen, d. h. soweit man Geld hat. So hielten es auch zwei Hamburger Zimmerleute, die sich frühmorgens nach dem „Grünen Hain" in das Dörfchen Gerbitz begaben, um ihr Gläschen Bier zu trinken und ein bißchen Karte zu spielen.

Diese beiden Zimmerleute waren natürlich nicht die alleinigen Besucher, sondern auch anmaßende Bauernsöhne waren dort zu Gaste. Wie eben beschränkte Bauernjungens sind, versuchten sie die sich ruhig verhaltenden Zimmerleute zu bespötteln, so daß es bald zur Schlägerei kam. Mit einem Male läßt sich das Delitzscher Polizeioberhaupt in seiner ganzen „Autorität" in Zivilkleidung sehen und glaubte die Bauernjungens in Schutz nehmen zu müssen, indem er auf einen Zimmermann zuschritt und sich mit den Worten vorstellte: „Ich bin der Delitzscher Polizeikommissar." Der Zimmermann sagte schlagbereit: „Und ich bin ein Hamburger." Die Antwort begleitete er mit einigen kräftigen Faustschlägen, so daß der Kommissar durch die Tür flog und sich eiligst davonmachte. Er holte Verstärkung, den Kriminalbeamten Großkopf und den „Kapitän Kitt". (Der Kapitän Kitt ist, konnte nicht in Erfahrung gebracht werden. D. B.) Sie eilten schleunigst herbei, ohne die Hamburger Zimmerleute anzutreffen, die schon längst verschwunden waren.

Der Kommissar will alles mit brutaler Gewalt erledigen. Hier hat sich wieder einmal erwiesen, daß Proletenfäuste härter sind und er nicht überall so gut fährt wie in Delitzscher Gastwirtschaften. Er scheint sich etwas mehr in der Umgebung von Delitzsch aufzuhalten, um dort dem Genuß des Bieres zuzusprechen, und zwar ungestörter.

Wer am 2. Feiertag mit auf dem Markt zur Demonstration war, konnte „blaue Veilchen" blühen sehen.

An die Ortsgruppenleitungen

Ortsgruppen, die den Monat April noch nicht abgerechnet haben, müssen dies sofort tun. Ebenfalls sind noch weiter zurückliegende Monate mit abzurechnen.

Alles veraltete Kassenmaterial (Sammellisten und Extramarken) muß abgerechnet werden. Für den restlosen Umsatz der Parteitagsmarken ist Sorge zu tragen. Parteitagsmarken sind bis spätestens den 31. Mai 1929 mit der Bezirksleitung abzurechnen.

Bezirksleitung KPD., Abtlg. Kasse.

Erhöhung des Wochengeldes

Der Reichstag hat mit Wirkung vom 1. Juni 1928 ein Gesetz beschlossen, wonach das Wochengeld für die Zeit von sechs Wochen vor der Niederkunft drei Viertel des Grundlohnes beträgt, wenn die Schwangere keine Beschäftigung ausübt; gibt sie ihre Beschäftigung nicht auf, besteht nach wie vor ein Anspruch auf Wochengeld nur für vier Wochen in Höhe des Krankengeldes. Ferner bleibt die Mitgliedschaft bei der Krankenkasse während des Bezuges von Wochen- oder Schwangerengeld bestehen, auch wenn die Schwangere nicht arbeitet. Außerdem werden in der Invalidenversicherung Arbeitsunfähige infolge Schwangerschaft und Wochenbett mit 12 Wochen als Pflichtbeiträge in Anrechnung gebracht.

Diese letzteren Bestimmungen füllen nur eine Lücke in der Gesetzgebung aus, denn bisher gelten diese Vorschriften schon für Krankheitsfälle, nicht aber für Wochenfälle.

Veranlassung zu dieser Gesetzesänderung gab der kommunistische Gesetzentwurf zum Schutze der Schwangeren und Wöchnerinnen vom 30. Juni 1928.

Gefordert wurde darin: Ausdehnung des Gesetzes über Beschäftigung vor und nach der Niederkunft auf Landarbeiterinnen und Hausangestellte und Erweiterung der Schutzbestimmungen. Erhöhung des Wochengeldes auf den vollen Arbeitslohn, mindestens 3 Mark täglich, Erhöhung des einmaligen Beitrages zu den Entbindungskosten von 10 Mark auf 100 Mark, Stillgeld in Höhe des halben Krankengeldes, jedoch mindestens 1 Mark für neun Monate, Wegfall der Einkommengrenze bei der Wochenfürsorge der Gemeinden und Uebernahme der Kosten auf das Reich.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion forderte in einem Antrag vom 5. Juni 1928 ebenfalls Ausdehnung des Schwangeren- und Wöchnerinnenschutzes auf Landarbeiterinnen und Hausangestellte und ferner Gewährung eines Zuschusses bis zur Höhe des Grundlohnes, wenn die Schwangere während sechs Wochen vor der Niederkunft nicht arbeitet.

Bei den Verhandlungen ließen sie ihren Antrag fallen und einigten sich mit den Koalitionsparteien auf die eingangs angeführte minimale Erhöhung des Wochengeldes. Von der kommunistischen Fraktion wurde dargelegt, daß in den Leitsätzen des Geschäftsführers des Hauptverbandes der Krankenkassen bereits schon 85 Prozent des Grundlohnes als Wochengeld gefordert werden.

Die Krankenkassen also bereit seien, über 75 Prozent hinauszugehen;

daß weiter der jetzige Mindestsatz für Stillgeld von 25 Pfennig nicht einmal für einen Liter Milch ausreiche. Trotzdem wurden der kommunistische Gesetzentwurf und auch die Eventualanträge, das Wochengeld auf 85 Prozent des Grundlohnes und das Stillgeld auf 40 Pfennig pro Tag zu erhöhen, **von allen anderen Fraktionen, einschließlich der sozialdemokratischen, abgelehnt.**

Das Gesetz über Beschäftigung vor und nach der Niederkunft wird nicht auf Hausangestellte und Landarbeiterinnen ausgedehnt, im Haushaltsengesetz und der Landarbeiterordnung sollen Schutzbestimmungen aufgenommen werden.

Torgau. Am Freitod verhindert. Der Rentier August Moritz, der 73 Jahre alt ist und am Donnerstagmorgen aus Leinefelde hier eingetroffen war, ging sofort zur Elbe, wo er sich damit beschäftigte, sich eine schwere Eisenkette um den Leib zu winden. Die Kette sollte ihn durch ihr Gewicht in die Tiefe ziehen. Passanten hielten ihn zurück. Die Polizei nahm den alten Mann in Schutzhaft. Abends wurde er dann von seinen Verwandten abgeholt.

Neuburxdorf. Sich selbst verbrüht. Am Donnerstagnachmittag gegen 2 Uhr verunglückte die 18jährige Tochter Elsa des Rangierers August Engelmann sehr schwer durch Verbrühen. Sie war im Begriff, einen 38 Liter fassenden Kessel mit kochendem Wasser auf den Ofen zur Seite zu rücken. In diesem Augenblick kam sie einen Krämpfeanfall. Dadurch krampften sich auch die Hände an den Henkeln des Gefäßes zusammen. Sie stürzte, und das siedende Wasser ergoß sich über ihren Körper. Mit schweren Brandverletzungen wurde das Mädchen in das Krankenhaus Mühlberg überführt.

Die Kirche hat einen guten Magen

und betont die Hilfsbedürftigkeit der Gemeinde wie auch die Tatsache, daß das Haus mit allen seinen Einrichtungen allen ohne Unterschied des religiösen oder politischen Bekenntnisses dienen wird.

Mörlenbach i. O. (Hessen)

Die hessische Bürgermeisterei
gez. Knapp.

Stempel der Bürgermeisterei Mörlenbach.

Der Arbeiter sandte den Karton mit folgender Antwort zurück, der wir nichts hinzuzusetzen haben. Wir wünschen nur, daß alle Proletarier derart entschieden gegen die Betteleien der Kirche vorgehen würden, bestimmt würde das von Nutzen sein.

„An das Pfarramt in Mörlenbach i. O.

Herrn Pfarrer Feuerbach

Beiliegend sende ich Ihnen den mir unverlangt übersandten Karton Bleistifte aus folgenden Gründen zurück:

1. Ich bin seit längerer Zeit erwerbsloser Arbeiter und werde wegen meiner kommunistischen Weltanschauung trotz guter Arbeitsleistung auch von Ihren Gesinnungsfreunden dauernd gemaßregelt. Trotzdem unterstützen wir jede proletarische Hilfsorganisation, welche der Arbeiterklasse wirtschaftlich, politisch und kulturell dient, z. B. Rote Hilfe, Kommunistische Partei, proletarische Freidenkerorganisation, Internationale Arbeiterhilfe.

2. Denken wir gar nicht daran, diesem Staat angeblich christlicher, jüdischer oder anders religiöser Ausbeuter auch nur im kleinsten zu helfen und seine öffentlich bis zum Ueberdruß von ihm selbst anerkannte gepriesene Verpflichtung zur Hilfe an Kranken, Schwachen oder sonst Hilfsbedürftigen abzunehmen.

3. Für den Bau und die Herstellung von riesenhaften Mordmaschinen, Panzerkreuzern, Giftgasen und anderen Anstalten zur millionenfachen Abschlachtung von „Ebenbildern Gottes" gibt dieser heuchlerische Staat jedes Jahr Tausende von Millionen Mark aus. Mit diesen Geldern werden neue Massenmetzeleien an Millionen Menschen vorbereitet und damit das ungeheuerliche Elend der großen armen Volksmassen vielleicht verzehnfacht oder verhundertfacht. Diesen Staat, einem Zerr- und Schreckbild einer wirklich menschlichen Gemeinschaft, noch durch Unterstützung der Kirchen, seinen Hauptstützen, oder ihre Unternehmungen zu fördern, halte ich gleichbedeutend mit dem sich Mitschuldigmachen an seinen Verbrechen.

Darum lehne ich Ihr Bittgesuch um Unterstützung des Baues Ihres Schwesternheims entschieden ab."

Werbt für den „Klassenkampf"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290525-14/fragment/page=0010

Proletarische gegen reformistische Genossenschaftspolitik

Nachwort zum Lauterberger Verbandstag

Nachdem wir schon kurz über den Ausschluß des Konsumvereins Merseburg auf dem Verbandstag Mitteldeutscher Konsumvereine in Lauterberg berichtet haben, sind wir aus verschiedenen Gründen leider erst heute in der Lage, einen längeren Bericht über die Tagung zu bringen.

Der Verbandstag hatte dadurch eine besondere Bedeutung, daß er unter Punkt 9 der Tagesordnung den schon erwähnten Antrag auf Ausschluß der Konsum- und Spargenossenschaft Merseburg und Anträge der Opposition, die auf bestimmten Gebieten Forderungen proletarischer Genossenschaftspolitik erhoben, zu erledigen hatte. Diese Anträge waren die einzigen, die dem Verbandstag bei richtiger Erledigung, das heißt aber gleichzeitig gegen die Interessen der Bürokratie, positiven Inhalt hätten geben können. Bei der Zusammensetzung des Verbandstages war das jedoch ausgeschlossen. Derselbe war von 320 Delegierten besucht. Davon waren 186 Stimmberechtigte, die übrigen waren Gastdelegierte. Unter den Stimmberechtigten gehörten nur 26 der Opposition an.

Am ersten Verhandlungstag versuchte die Opposition, durch Geschäftsordnungsdebatte, die allerdings von der Bürokratie abgewürgt wurde, zu erreichen, daß der Genosse Härtel von Halle und die Genossen Drygalla und Koenen von Merseburg als Delegierte zugelassen wurden. Den drei Genossen waren nämlich ihre Mandate von der Verbandsleitung verweigert worden,

weil sie die Abstimmung in ihren Vereinen für die Unterstützung von Arbeiterkämpfen durch die Genossenschaften durchgeführt hatten.

Diese Einstellung der gesamten Opposition, die auch in den übrigen oppositionellen Anträgen zum Ausdruck kam, wurde dann schließlich bei anderen Tagesordnungspunkten zum Austrag gebracht. Die drei Genossen blieben aber von den Verhandlungen ausgeschlossen.

So wurde denn die Tagesordnung des ersten Verhandlungstages: Geschäftsbericht über das Jahr 1928, Bericht über die vorgenommenen Revisionen und Bericht des Aufsichtsrats, vorgenommen und in kurzer Zeit abgewickelt. Diese Berichte sind fast in jedem Jahre gleichlautend. In diesem Jahre bekamen sie nur dadurch eine etwas veränderte Note, daß der neue Sekretär des Verbandes, Woitek aus Magdeburg, beim ersten Punkt seine offizielle „Antrittsrede" hielt und dabei Wert darauf legte, sich als der „starke junge Mann" der Zentralinstanzen von Hamburg zu produzieren. Dabei versuchte er, wenn auch nicht offen, so in versteckter Form und um so niederträchtiger, schwere Fehler fast nur reformistischer Vereine der Opposition zu unterstellen. In der Diskussion vertraten die Genossen Kutzschbauch und Hirsemann und die Genossin Frieda Koenen sachlich, aber scharf, den Standpunkt der Opposition, wobei sie schon die grundsätzlich falsche Einstellung der Genossenschaftsbürokratie auch in dem Falle Merseburg brandmarkten.

Am 2. Verhandlungstag erfolgte sachlich zum großen Teil eine Wiederholung der Ausführungen des ersten Tages. Nur der Punkt 3 gab Anlaß zum Eingreifen der Opposition. Es drehte sich dabei um scharfe Kritik der genossenschaftlichen Fleischversorgung, wie sie die Zentralinstanzen zum Teil durchführen, zum Teil durchzuführen beabsichtigen. Die Genossen Kutzschbauch, Steinmetz, Märker und Engert machten hierzu die notwendigen und treffenden Ausführungen.

Am dritten Tage, wo die Fragen der Genehmigung des Voranschlages für 1930, die Wahlen zu den einzelnen Instanzen, die Beratung von Anträgen aus den Genossenschaften und die Bestimmung des Ortes zur Abhaltung des nächsten Verbandstages behandelt wurden, kam es zu scharfen Auseinandersetzungen, so daß der Genosse Kutzschbauch als Redner nicht mehr zugelassen wurde.

Die gesamten sechs Anträge, welche die Opposition gestellt hatte, wurden wegen „politischer Tendenz" zur Verhandlung nicht zugelassen. Von seiten der Opposition wurde die Behandlung derselben immer und immer wieder gefordert.

Diese Anträge wurden von den verschiedenen oppositionellen Vereinen rechtzeitig beim Verbandsvorstand eingereicht und konnten nur auf Grund der zahlenmäßigen Ueberlegenheit der Bürokratie abgewürgt werden. Wie dringend notwendig ihre Behandlung gewesen wäre, erhellt schon auf dem ersten Blick aus der kurzen nachstehenden Inhaltsangabe:

1. Von den Konsumvereinen in Ammendorf und Wittenberg: Stellungnahme gegen die Heranziehung der Konsumvereine zur Umsatz- und Gewerbesteuer.

2. Von der Konsum- und Spargenossenschaft für Delitzsch u. Umg.: Stellungnahme gegen den Beitritt der GEG. zum Scheuer-Konzern.

3. Vom Allgem. Konsumvereine in Halle: Stellungnahme zur „Gefrierfleischfrage" und zu „Massensteuern" und „Zollpolitik".

4. Vom Konsumverein Glesien u. Umg.: Stellungnahme gegen Kriegsgefahr und Faschismus.

5. Von der Konsum- und Spargenossenschaft in Merseburg: Unterstützung von Arbeiterkämpfen und Bildung geeigneter Fonds dazu.

Freidenker an die Front,

morgen muß jeder einzelne antreten. Entfacht die Massenbewegung gegen die reformistische Verbandsleitung, die aus der Organisation einen simplen Verbrennungsverein machen will.

Sammelt Unterschriften

und erzwingt eine neue Generalversammlung, um mit dem arbeiterfeindlichen Bonzengelichter abzurechnen. Steht für Eure Forderungen, setzt sie durch, mit aller Kraft ans Werk, forciert die Einzeichnung.

Meldet sofort die Ergebnisse

6. Vom Konsumverein Osmünde u. Umg.: Schaffung eines Gehaltstarifs für die Angestellten durch den Verband, der den Verhältnissen einer Arbeiterbewegung angepaßt wird.

Zum Antrage des Vorstandes auf Ausschluß der Merseburger Genossenschaft gelang es der Opposition, daß der Genossin Koenen als Hauptsprecherin zu diesem Punkte 20 Minuten Redezeit gegeben wurden. In dieser Zeit hat die Genossin Koenen in klarer und eindeutiger Weise die Merseburger Genossenschaft gegen die bodenlosen Angriffe der Verbandssekretäre verteidigt. Bei dieser Gelegenheit wurde von diesen Verbandssekretären mit den gemeinsten Lügen gearbeitet. Es hatten sich noch eine Anzahl weiterer Genossen zu Worte gemeldet, aber nicht ein einziger wurde zum Sprechen zugelassen, so daß die Abstimmung zum Ausschluß ungefähr 130 für und 26 Stimmen dagegen ergab. Mit einem wahren Freudengeheul wurde diese Abstimmung von seiten der Bonzen und ihren Nachbetern begrüßt.

Gegen den Ausschluß lagen dem Verbandstag eine Reihe von Protesten aus Mitgliedsgenossenschaften vor (u. a. auch vom AKV. Halle), die aber von der Bürokratie unberücksichtigt blieben. Nach der erfolgten Abstimmung verlangte Genossin Koenen das Wort zur Abgabe einer Erklärung. Als sie nach Erteilung des Wortes die Verlesung derselben eben begonnen hatte, wurde sie von dem Vorsitzenden Röder durch dauerndes Läuten und durch den Lärm der Reformisten behindert, die Erklärung vollinhaltlich zu Gehör zu bringen. Schon die ersten Sätze genügten, um die Abwürgung vorzunehmen. Wir bringen die Erklärung als die grundsätzliche Stellungnahme der Opposition in dieser Frage, unten zum Abdruck.

Die Wahlen zum Verbandsausschuß und zum Generalrat erfolgten rein nach der Willkür der Bürokratie. Gen. Fischer, Halle, wurde als Konzessionsschulze mit in den Generalrat gewählt.

Der Verbandstag hat erneut bewiesen, daß die Massen der werktätigen Verbraucher viel größeres Interesse der Politik der Genossenschaftsinstanzen erweisen müssen. Rücksichtslos wird dort die Linie des neudeutschen Imperialismus gegen die Interessen der Massen der Verbraucher verfolgt. Der nachstehenden Erklärung der Opposition muß daher weitestgehende Beachtung und Geltung verschafft werden.

Erklärung

Wir stellen fest, daß der Ausschluß der Konsum- und Spargenossenschaft Merseburg nicht anders begründet ist, als durch das Bestreben einer sozialdemokratischen Führerschaft, die es vorzieht, gegen die Massen der werktätigen Verbraucher und gegen deren Interessen eine Politik zu betreiben, die ausschließlich im Interesse des Trustkapitals liegt. Diese Führerschaft setzt ihre Politik mit den verwerflichsten Mitteln durch. Sie tritt alle Grundsätze proletarischer Demokratie mit Füßen und bedient sich ausgesprochen faschistischer Methoden gegen die werktätigen Massen. Die Mehrheit der Delegierten des Unterverbandstages hat sich trotz vielfach geäußerter innerer Abneigung gegen diese Politik nicht auf die Seite der Massen und deren Interessen gestellt, sondern auf die Seite der massenfeindlichen reaktionären Führergruppe, im Interesse des Trustkapitals. Die Spaltung ist durch ihre Beihilfe erfolgt.

Die Opposition begrüßt das grundsätzliche und taktisch richtige Verhalten der Merseburger Genossenschaftler gegenüber dem Trustkapital und der reformistischen Führerschaft. Die Opposition kämpft weiter um die Wiederaufnahme der Merseburger Genossenschaft in den Verband, zur verstärkten Fortsetzung des Kampfes gegen die massenfeindliche Politik der Instanzen.

Der Anlaß zur Spaltung ist hier das klassensolidarische Handeln der Merseburger Genossen mit den kämpfenden Arbeitern, die Bewilligung von Mitteln für die ausgesperrten Ruhrhüttenarbeiter gewesen. **Die Klassensolidarität ist aber das höchste Gut der ausgebeuteten Massen im Kampf gegen die räuberischen Ausbeuter und ihre reformistischen Helfer.**

Deswegen ruft die Opposition die werktätigen Massen in den Genossenschaften auf zur festesten Solidarität, zur revolutionären Einheitsfront gegen die Diktatur der Bourgeoisie und der Bürokratie, gegen die Zoll- und Steuerpolitik, gegen die Polizei- und Kriegspolitik der Koalitionsparteien.

Für den Sturz des Trustkapitalismus.

Für den Kampf um den Aufbau des Sozialismus und der revolutionären sozialistischen Genossenschaft, wie in der Sowjetunion durch die Aufrichtung der Diktatur des Proletariats.

Vom weissen Kreuz zur roten Fahne

VON MAX HOELZ

Copyright 1929 by Malik-Verlag A.-G., Berlin W 50

42

Meine Untersuchung bestand darin, daß der Arzt mich fragte, ob ich mich krank fühle; ohne mir zu einer Antwort Zeit zu lassen, sprach er ununterbrochen weiter, — er unterhielt sich mit dem Krankenwärter. Und ehe ich überhaupt Gelegenheit hatte, auch nur ein Wort zu sagen, war ich längst wieder draußen auf dem Gang, wo mich der Stationsaufseher in Empfang nahm und in meine Zelle brachte. Er sagte mir, ich solle mich bereit halten, der Direktor verlange mich zu sprechen.

Wenige Minuten später stand ich im Direktionszimmer dem Mann gegenüber, der als oberste Instanz in diesem Hause galt und der am Abend vorher durch sein freundliches Wesen Eindruck auf mich machte. Der Direktor — ein früherer Staatsanwalt, wie er mir sagte, und während des Krieges Artilleriehauptmann — fühlte sich verpflichtet, mir eine Menge Ermahnungen ans Herz zu legen. Ich solle mich nur gut führen, tüchtig arbeiten, nicht widerspenstig sein, dann werde mir die Zuchthausstrafe nicht allzu schwer fallen. Es gäbe Gefangene, die schon zwanzig Jahre und noch länger hier seien und sich ganz wohl fühlen. Bei sehr guter Führung hätte ich vielleicht Aussicht auf Begnadigung nach fünfzehn bis zwanzig Jahren. Auch beim Direktor war der Empfang sehr kurz, auch ihm kam es nicht darauf an, von mir eine Antwort zu erhalten, er leierte bloß seine Formel herunter, und genau wie beim Arzt, befand ich mich außerhalb des Zimmers, ehe ich mich dessen versah.

In meiner Zelle wartete schon der Arbeitsinspektor auf mich, dessen Aufgabe es war, mich in das Arbeitsschema des Zuchthauses einzureihen. Er zählte mir die Arbeiten auf, die er zu vergeben hatte, wie: Tütenkleben, Hanfzupfen, Metallknöpfe oder Nägel stanzen; ich könne aber auch einen Beruf lernen; er empfehle mir das Tischlerhandwerk. Auf meine Frage, ob ich dann aus der Zelle heraus und in eine Tischlerwerkstatt käme, antwortete er, nein, ich müsse in der Zelle bleiben. Nach meinen Erfahrungen mit der Anstaltsarbeit in Moabit hätte ich am liebsten die Zuchthausarbeit von vornherein verweigert. Aber ich tat es doch nicht, denn wie sollte ich die Zeit hinbringen ohne irgendeine Beschäftigung, ohne jegliche Ablenkung in der grausamen Monotonie der Einzelhaft.

Ich bat den Arbeitsinspektor, mir eine Beschäftigung zuzuweisen, bei der ich möglichst viel verdiene, um meinen Eltern und meiner Frau etwas Geld schicken zu können. Er erklärte mir, wenn ich das Tischlerhandwerk erlernte, verdiente ich mehrere Monate gar nichts. Bei einer anderen Arbeit hätte ich sofort Verdienst, und zwar acht Pfennig pro Tag, wovon aber nur vier Pfennig für den Gefangenen während seiner Haftzeit verwendet werden dürfen. Jetzt jedoch gäbe es nicht einmal Beschäftigung für alle Gefangenen, die Anstalt sei überfüllt.

Während des Hin und Her war es Mittag geworden. In großen Kesseln schleppten die Kalfaktoren das Mittagessen von Zelle zu Zelle. Es bestand aus breiig gekochten Hülsenfrüchten; da ich Hülsenfrüchte gern esse, schmeckte mir in den ersten Monaten das Zuchthausessen nicht schlecht.

Nach dem Mittagessen wurde die Zelle wieder aufgeschlossen, ein kleines, altes Männchen in Zivil, von einem Bücher schleppenden Gefangenen begleitet, stellte sich als Anstaltslehrer vor. Zu seinen Obliegenheiten gehörte es, jedem Gefangenen wöchentlich ein Buch zu geben. Er legte mir einen nichtssagenden Roman hin, den ich eine Woche lang jeden Tag zwei- bis dreimal durchlas, nur um nicht zuviel Spielraum zum Grübeln zu haben.

Am Abend gab es eine Wassersuppe, deren Geruch ekelerregend wirkte, und die ihrem Geschmack nach das Spülwasser der Mittagessenkessel sein konnte.

Wenige Minuten nach der Verteilung der Suppe erklang wieder das gellende Glockenzeichen, das Signal für die Gefangenen, die Kleider auszuziehen. Der Beamte hatte mich vorher schon darauf aufmerksam gemacht, daß am Abend alle Kleider vor die Tür gelegt werden müssen. Diese Maßnahme, die während meiner ganzen Zuchthausjahre stets einen ungemein entwürdigenden Eindruck auf mich machte, geschieht, um den Gefangenen eine eventuelle Flucht zu erschweren.

Die Sträflinge sind angewiesen, sich sofort nach dem „Abendbrot" ausgezogen auf ihre Pritsche zu legen. Um sieben Uhr abends verlassen die Beamten die Anstalt, und die Nachtwache beginnt ihren Dienst.

Von dieser Stunde an bis sieben Uhr morgens sind die Gefangenen dazu verdammt auf ihrer Pritsche zu liegen. Das ist viel schlimmer, als es sich in Worten ausdrücken läßt. Gewiß wären

Die Lebenserinnerungen Max Hoelz' sind in Buchform bereits erschienen. Das Buch ist über 390 Seiten stark und mit zahlreichen Bildern und Photographien ausgestattet. Preis desselben broschiert 2,80 Mk., in Leinen gebunden 4,40 Mk. Für „Klassenkampf"-Leser Sonderangebot: broschierte Ausgabe 2,50 Mk., gebunden 4,00 Mk. Zu beziehen durch die Bezirks-Zentralbuchhandlung Halle, Lerchenfeldstraße 14; Volksbuchhandlung, Harz 1; Ammendorf: Hallesche Straße 9; Merseburg: Schmale Straße 16; Weißenfels: Marienstraße 46; Zeitz: Wendische Straße 21; Eisleben: Rathausstraße 7; Artern: Gabelstraße 24; Wittenberg: Jüdenstraße 10; Bitterfeld: Burgstraße 40; Torgau: Schulzenstraße 14.

Hunderte und Tausende von Menschen, die in der Freiheit leben, froh, wenn sie täglich zwölf Stunden Schlaf haben könnten. Aber diese zwölf Stunden auf einer harten Zuchthauspritsche sind etwas ganz anderes als der Schlaf eines Menschen außerhalb der Kerkermauern. Obwohl durch die Pestluft in den Zellen ermüdet, kann der „Sträfling" nicht einschlafen. Grübelnd liegt er oft halbe oder ganze Nächte lang auf seiner eisernen Pritsche. Morgens müssen die Gefangenen, nur mit dem Hemd bekleidet, das kaum bis zum Nabel reicht, vor die Zelle treten und ihre Kleider wieder hereinnehmen.

Am zweiten Tag nach meiner Einlieferung wurde ich zusammen mit den ungefähr vierzig anderen Gefangenen meiner Station auf eine halbe Stunde in den Hof geführt. Dieses eine halbe Stunde lang im Kreise herumlaufen ist die sogenannte „Freistunde", die einzige Möglichkeit, die der Gefangene hat, um ein bißchen andere Luft zu atmen und einen Fetzen Himmel zu sehen. In der Mitte des Hofes war ein großer Schuppen gebaut, in dem riesige Stapel Bretter für die Tischlerei lagen, so daß nur ein schmaler Rundgang blieb. Aber auch diese problematische Erholung in der „Freistunde" wurde den Gefangenen noch durch den Rauch und Gestank einer sogenannten „Feldschmiede" verleidet, die die Anstaltsschlosser in Betrieb hatten. Kein Strauch, kein Baum, nichts Grünes belebte das trostlose Bild.

Entsetzlich, dieses im Kreise Herumtrotten erwachsener Männer in fünf Schritt Abstand. Alle fünfzehn bis zwanzig Meter steht ein Aufseher, der darauf achtet, daß keiner der Gefangenen auch nur ein Wort zu seinem Vorder- oder Hintermann spricht. Trotz dem strengen Verbot suchen die Gefangenen, sich untereinander zu verständigen. Nur geflügelte Worte oder Gebärden, wie sie die Taubstummen anwenden, vermitteln den Gedankenaustausch von Menschen, die Jahrzehntelang in einem Hause Zelle an Zelle wohnen, sich täglich beim „Spazierengehen" sehen und doch nicht miteinander sprechen dürfen.

Hier im Hof vergaß ich ganz meine eigene Lage. Ich musterte interessiert Gesichter und Köpfe dieser Menschen, von denen ich nicht wußte, wie lange sie dazu verdammt waren, in diesen Mauern zu vegetieren, und welcher Gesetzesbruch sie in diesen Steinsarg geführt hatte.

Kaum fünf Meter vor mir lief ein Mann, über dessen Alter ich grübelte. Er war hager und lief auffallend gebückt mit müden schleppenden Schritten. Bei den Wendungen in den Ecken des Hofes konnte ich sein Gesicht flüchtig betrachten. Aus diesem hageren, vertrockneten und gramdurchfurchten Gesicht streifte mich ein scheuer Blick. Wenn man sie nur einmal gesehen hatte, diese unendlich traurigen Augen, konnte man sie nie wieder vergessen. Sein Haar war schlohweiß, die Gesichtszüge aber jugendlich.

Als nach Beendigung des Rundganges die Gefangenen wieder einzeln im Gänsemarsch in ihre Zellen zurückmarschierten, suchte ich nach einer Gelegenheit, etwas Näheres über meinen Vordermann zu erfahren.

Die geforderten fünf Schritt lassen sich beim Rückmarsch nicht ordnungsgemäß durchführen. Die Aufseher müssen oft ihre Blickrichtung wechseln, denn der Gänsemarsch gerät bei der Rückkehr in die Zellen immer in Unordnung. Mein Hintermann, der mir mehrmals etwas zuflüsterte, pürschte sich jetzt etwas näher an mich heran und sagte: „Du bist ein Neuer, von wo kommst Du?" Ich beantwortete seine Frage nicht, sondern erwiderte: „Wieviel Jahre hat mein Vordermann, und wie lange ist er schon hier?" Er antwortete: „Der hat nur fünf Jahre, hat schon die Hälfte rum." — Ich forschte weiter und fragte: „Wie alt ist er?" Dreiundzwanzig, er hat seinen Knast wegen Meineids."

Das Schicksal dieses jungen Mannes ließ mich nicht los. Fünf Jahre war eine furchtbar lange Zeit! Die zweieinhalb Jahre hatten ihn bereits gebrochen. Wenn er den Rest seiner Strafe wirklich überstand, kehrte er als Wrack in die Freiheit zurück. Sooft ich in den nächsten Tagen und Wochen meinen Vordermann wiedersah, konnte ich den Gedanken nicht loswerden, daß er das Zuchthaus nicht lebend verlassen werde. Er machte auf mich den Eindruck eines Menschen, der langsam, Schritt für Schritt in sein Grab hineinsteigt und für alles Andere um sich herum kein Interesse mehr aufbringt.

Diese tägliche halbe Stunde im Hof war die einzige Möglichkeit für mich, andere Menschen zu sehen. In die Anstaltskirche ging ich nicht, — jeden Sonntag war Gottesdienst, katholischer und evangelischer. Am Schulunterricht durfte ich nicht teilnehmen, da nur Gefangene bis zu fünfundzwanzig Jahren zugelassen werden. So niederdrückend dieses stumme im Kreise Herumtrotten auch war, so sehnte ich mich dennoch täglich dreiundzwanzig Stunden nach diesen dreißig Minuten, in denen ich wenigstens andere Menschen sah.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290525-14/fragment/page=0011

Vom Sozialimperialismus zum Sozialfaschismus

Zum Magdeburger Parteitag der SPD.

A. F. Der Kieler Parteitag der SPD., der vor zwei Jahren zusammentrat, räumte mit allen unzeitgemäßen Traditionen der Vorkriegssozialdemokratie, die mit Klassenkampf und Revolution etwas zu tun hatten, rücksichtslos auf. Das störende Gerümpel von allerhand übriggebliebenen Formeln und den letzten Resten von marxistisch beeinflußten Gedankengängen wurde resolut weggefegt und in die Rumpelkammer der Parteigeschichte geworfen, um den Weg zur Großen Koalition in der Theorie und Praxis freizumachen. Der Kieler Parteitag hat das neue veränderte Verhältnis zwischen Staat und Sozialdemokratie unter restloser Preisgabe der revolutionären marxistischen Staatsauffassung festgelegt. Die Bejahung des finanzkapitalistischen Staates, der schlechthin als der „Staat“ anerkannt wird, die Bejahung der bürgerlichen Demokratie, die schlechthin als die „Demokratie“ dargestellt und verhimmelt wird, diese obersten Grundsätze bestimmten die Generallinie des Kieler Parteitages, die Generallinie der seitherigen Politik der SPD.

Bejahung des finanzkapitalistischen Staates — darauf kam es Hilferding, dem führenden Kopf des Kieler Parteitages, an. Er wußte, was es praktisch bedeutet, dieses Prinzip durchzusetzen. Die Bejahung des Monopolkapitalismus bedeutet die Liquidierung des Kampfes um den Sozialismus, der durch die Anwendung von einigen sophistischen Taschenkünstlertricks dem „organisierten Kapitalismus“ gleichgesetzt wird.

„Organisierter Kapitalismus bedeutet also in Wirklichkeit den prinzipiellen Ersatz des kapitalistischen Prinzips der freien Konkurrenz durch das sozialistische Prinzip planmäßiger Produktion.“

(Protokoll des Kieler Parteitages S. 168.)

Aus diesem theoretischen Verrat am Marxismus folgt in der Praxis der gesteigerte Verrat an der Arbeiterschaft, wie er von der SPD. in der Aera der Koalitionspolitik hemmungslos geübt wird. Die berüchtigte Hilferdingsche Theorie der organisierten Wirtschaft, der Gleichsetzung des Monopolkapitalismus und des Sozialismus, ist die Grundlage für die Staatstheorie der Sozialdemokratie, für die Lehre von der „Durchdringung“ des Staates, wie sie ebenfalls von Hilferding in Kiel formuliert wurde. „Die Sozialdemokratie ist ein Teil des Staates“ erklärte Hilferding in Kiel und mit dieser Formulierung traf er das Wesen des neuen veränderten Verhältnisses zwischen Staat und Sozialdemokratie im Zeitalter des Imperialismus, insbesondere in der heutigen Phase des Nachkriegsimperialismus. Die Theorie vom „Durchdringen“, von der Eroberung des Staates ist in der Tat nichts anderes als der Ausdruck für den Prozeß des zunehmenden

Verwachsens, der Verschmelzung der Sozialdemokratie und der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie mit dem kapitalistischen Staatsapparat.

Sicher wurde der bürgerliche Staat von der Sozialdemokratie auch vor dem Kieler Parteitag bejaht und gegenüber dem Ansturm der proletarischen Revolution mit allen konterrevolutionären Mitteln verteidigt. Aber erst der Kieler Parteitag hat dieser Praxis eine feste ökonomisch-theoretische Grundlage gegeben, er hat mit allen Schwankungen und Hemmungen rücksichtslos gebrochen und die Anschauungen der Sozialdemokratie über Staat, Wirtschaft und Regierung in ein festes System gebracht. Ohne ein formelles Programm hat der Kieler Parteitag in dieser Beziehung mehr geleistet als der Heidelberger Parteitag der SPD. mit seinem Programm, das die Koalitionspolitik nur schüchtern und verschämt zu begründen versuchte.

Die Bejahung des monopolkapitalistischen Staates bedeutet gleichzeitig die Bejahung des Imperialismus. „Nicht Kampf gegen die Reichswehr, sondern Kampf um die Reichswehr“, so lautete die Losung auf dem Kieler Parteitag. Der Kurs war damit deutlich auf die Kriegsrüstungen, auf die Bejahung der imperialistischen Kriegspolitik des deutschen Finanzkapitals gerichtet. Das kam in allen Ausführungen zur internationalen Lage ebenso zum Ausdruck wie in Hilferdings Bekenntnis zur Reichswehr. Indessen rüstete schon die SPD. zu den Reichstagswahlen. Ein offenes vorbehaltloses Programm der Kriegsrüstungen hätte die pazifistischen Illusionen zerstört, die mit zu den wichtigsten Mitteln gehören, um gerade die Vorbereitungen der SPD. zur Durchführung des imperialistischen Kurses ungestört treffen zu können. Deshalb wurden die Fragen der Wehrpolitik und des Wehrprogramms in Kiel nur angedeutet und die konkreten Pläne der SPD. verschwiegen.

*

Auf der Tagesordnung des Magdeburger Parteitages steht das Wehrprogramm der Sozialdemokratie. Magdeburg ist die Fortsetzung und Vollendung von Kiel. Das Wehrprogramm der SPD. ist das geschichtliche Dokument der Umwandlung der Sozialdemokratie in eine Partei des Sozialimperialismus. Dieses Dokument steht nicht am Beginn, sondern am Ende einer Diskussion um das Wehrprogramm innerhalb der SPD. Es setzt den Schlußstein nicht zu dem Kampf zwischen dem sozialimperialistischen Kurs der SPD.-Führung und der sozialdemokratischen Arbeiter, sondern nur den Schlußstein zu dem Scheinkampf, der zwischen dem Parteivorstand und den „linken“ Sozialimperialisten ausgefochten wurde und auf dem Magdeburger Parteitag durch die Kapitulation der „Linken“ abgeschlossen wird. Der Kampf zwischen der imperialistischen Wehrpolitik der Hermann Müller, Severing, Hilferding und Paul Levi und dem antiimperialistischen Denken und Wollen der ehrlichen sozialdemokratischen Arbeiter wird weitergehen. Aber er wird weitergehen in anderen Formen. Denn er wird nicht mehr als bloße Opposition innerhalb der SDP., sondern immer mehr als Bruch dieser Arbeiter mit der Partei des Sozialimperialismus auftreten.

So stellt Magdeburg, soweit es die politische Generallinie der Bejahung des bürgerlichen Staates und das sozialimperialistische Wehrprogramm betrifft, dem Kieler Parteitag gegenüber grundsätzlich nichts Neues dar. Während aber auf der Tagesordnung des Parteitages selbst nur das Bekenntnis zum Sozialimperialismus steht, hat sich seit dem Kieler Parteitag die Umwandlung der SPD. nicht nur in eine Partei des vollendeten Sozialimperialismus ihre Entartung zu einer sozialfaschistischen Partei vollzogen.

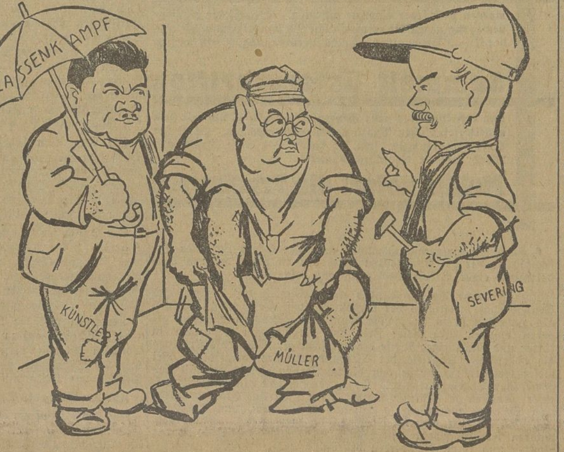
Diese Entwicklung der Sozialdemokratie bedeutet für uns Kommunisten nichts Ueberraschendes. Sie ist die unvermeidliche, gesetzmäßige Folge der Bejahung des finanzkapitalistischen Staates, dessen Kurs mit der zunehmenden Krise des Kapitalismus, mit der gesteigerten Zuspitzung seiner Widersprüche, mit der zunehmenden Erschütterung der relativen Stabilisierung, immer mehr dem Faschismus zusteuert. In diesem Sinne hat das Programm der Kommunistischen Internationale festgestellt, daß die Sozialdemokratie

„besonders in für den Kapitalismus kritischen Zeiten nicht selten eine faschistische Rolle spielt. Die Sozialdemokratie zeigt im Laufe der Entwicklung eine faschistische Tendenz“.

Indessen sind Erscheinungen, die für die Kommunisten schon längst klar waren, für die breiten Massen des Proletariats nicht ohne weiteres klar. Die Erkenntnis, daß die Sozialdemokratie eine sozialimperialistische Partei geworden ist, bricht sich sogar schon unter den sozialdemokratischen Arbeitern selbst Bahn. Die Erkenntnis vom sozialfaschistischen Charakter der SPD. stößt dagegen auf Hemmungen, die selbst innerhalb der KPD. zu verzeichnen waren. (Falsche Auffassungen der Versöhnlergruppe über Faschismus, Demokratie und Diktatur.) Um so wichtiger ist es, volle Klarheit darüber zu schaffen, daß der Sozialfaschismus zwar nicht auf der Tagesordnung des Magdeburger Parteitages, wohl aber auf der Tagesordnung der Geschichte steht.

„Die Hauptaufgabe des Faschismus ist die Vernichtung der revolutionären Vorhut der Arbeiterklasse, d. h. der kommunistischen Schichten des Proletariats und ihrer führenden Kaders.“

Ist die Charakterisierung des Faschismus, die im Programm der Kommunistischen Internationale gegeben wird, nicht gleichzeitig eine vollgültige Kennzeichnung der Methoden, mit denen bereits die SPD. arbeitet, des Zörgiebel-Blutbades, des Verbots des Roten Frontkämpfer-Bundes, der angedrohten und geplanten Verbote gegen die Kommunistische Partei, gegen die kommunistische Presse und die revolutionären Arbeiterorganisationen? Der Unterschied



„... Hoffentlich sind wir nach der Hochwassergefahr jetzt sturmfest angezogen.“

zwischen offenem Faschismus und Sozialfaschismus liegt nicht etwa darin, daß der letztere eine abgeschwächte Form des Faschismus wäre, ebensowenig wie der Sozialimperialismus kein abgeschwächter Imperialismus ist. Aber ebenso wie der Sozialimperialismus sich noch immer mit sozialen und pazifistischen Phrasen schmücken muß, um sein wahres Gesicht zu verbergen, muß auch der Sozialfaschismus seinen eigentlichen Charakter durch allerhand soziale und demokratische Redensarten und Gesten verbergen. Der Gegensatz zwischen der Verherrlichung der Demokratie durch die Polizeisozialisten, durch die Blut-Zörgiebel und Blut-Künstler auf dem Magdeburger Parteitag und ihren sozialfaschistischen Diktaturmethoden in der Praxis, ist wahrlich nicht größer als der Widerspruch zwischen den pazifistischen Reden der imperialistischen Großmächte im Völkerbund und ihren wahnsinnigen fieberhaften Rüstungen zum nächsten imperialistischen Weltkrieg.

Die Anwendung sozialfaschistischer Methoden beschränkt sich natürlich nicht auf die Polizeidiktatur. Eine ihrer wichtigsten Formen ist der Spaltungs- und Ausschlußkurs in den freien Gewerkschaften und in den proletarischen Massenorganisationen, der denselben Zweck, die Niederschlagung des kämpfenden Proletariats, die Isolierung der revolutionären Vorhut von den Massen mit etwas anderen Mitteln erreichen will. Wo die Diktaturmethoden der Gewerkschaftsbureaukratie nicht ausreichen, werden die Polizeitruppen herangeholt.

Diese Rolle der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie weist auf die gemeinsame soziale Grundlage des Sozialimperialismus und des Sozialfaschismus hin. Das bedeutet, daß der Sozialfaschismus nicht etwa den Sozialimperialismus ablöst, sondern ein unmittelbarer Bestandteil desselben, ein unentbehrliches Werkzeug der Kriegsvorbereitungen der Bourgeoisie und der Sozialdemokratie ist. Während der Sozialimperialismus die allgemeine politische Linie, die Ideologie, die Koalitionspolitik im Zeichen der Kriegsrüstungen darstellt, gehören die sozialfaschistischen Methoden schon zu den direkten organisatorischen Vorbereitungen zum imperialistischen Krieg, zum Krieg gegen die Sowjetunion.

So in der Praxis. Das bedeutet nicht, daß der Magdeburger Parteitag schon jetzt auch die ausgearbeitete fertige Ideologie zu dieser Praxis liefern wird.

Die Grundlage für diese gesamte weitere Entwicklung wird aber das imperialistische Wehrprogramm des Magdeburger Parteitages, das Programm des Sozialimperialismus bilden. Denn dieses Wehrprogramm ist nichts anderes als das Kriegsprogramm der Sozialdemokratie.

Der Sozialfaschismus, der in der Theorie die Ergänzung und das Zuendedenken des Sozialimperialismus ist, wird auch in der Praxis seine grauenhafteste Entfaltung unzweifelhaft beim Ausbruch des nächsten imperialistischen Krieges erleben.

Magdeburg ist der Kriegsparteitag der deutschen Sozialdemokratie. Der Weg von Kiel bis Magdeburg war die Vorbereitung der Organisierung des imperialistischen Krieges. Der Weg von Magdeburg bis zum nächsten Parteitag der Sozialfaschisten ist der Weg der Organisierung dieses Krieges selbst.

Der Magdeburger Parteitag der SPD. im Zeichen des imperialistischen Wehrprogramms und des Zörgiebel-Blutkurses weist dem deutschen Proletariat gebieterisch seine Aufgabe zu.

Organisierter Kampf gegen die Organisatoren des Krieges! Krieg dem Sozialimperialismus und dem Sozialfaschismus! Krieg dieser Kriegspartei!

Die nächste Massenantwort des deutschen Proletariats auf den Kriegskurs der SPD. wird der Massenaufmarsch am Antikriegstag, am 1. August, sein.

Arbeiter-Sport

Das Fußball-Städtespiel in Halle

im Zeichen der proletarischen Solidarität mit den Berliner Mai-Opfern — B-Mannschaft gewinnt 5:3 (2:1)

Gestern abend standen sich auf dem Sandanger zwei hallische Auswahlmannschaften A—B gegenüber. Nachdem von einem Sportgenossen auf den besonderen Sinn der Veranstaltung hingewiesen war, begann vor mehr als 1500 Zuschauern das Fußballspiel.

Schnell und kräftig wurde der Anstoß von A mit dem ersten Ueberrumplungstor belohnt. A ist leicht im Vorteil, denn sie spielen sehr gut zusammen, erzielen auch bald zwei Ecken. B wird besser, sie vermochten jedoch nur drei Ecken, die nichts einbringen, erbeuten.

In der 30. Minute gedenken die Spieler durch eine Minute Spielruhe der Berliner Opfer.

B ist weiter im Vorteil, trotzdem bleibt das Spiel ständig offen. Im Anschluß an eine Ecke für B köpfte der Mittelstürmer zum Ausgleich ein. Das war das schönste Tor des Tages. Immer wieder ist es B, die in blendendem Spiel des Innentrios sich Vorteile herausschält. Durch Alleingang des Halbrechten geht B in Führung. 2:1. Jetzt drückt A, doch nur zwei Ecken sind die Ausbeute. Ein Elfmeter wegen Sperrens prallt am Pfosten ab. Ecken 4:4. Nach Halbzeit werden beiderseits gute Angriffe eingeleitet. Bald fällt von Rechts das dritte Tor für B. Zwei weitere Tore durch blendendes Kombinationsspiel der Stürmer stellen das Resultat auf 5:1. Jetzt geht A zum Endspurt über und innerhalb 10 Minuten verkürzt A auf 5:3 und das Eckenverhältnis wird auf 11:6 für A hochgeschraubt.

A spielte zu eng, dadurch hatte die gegnerische Hintermannschaft leichte Arbeit. B hingegen spielte ungekünstelten Fußball, vor allem stach das Stürmerspiel der 2. Halbzeit ab.

113,73 Mark wurden für die Berliner Opfer gesammelt

25. Stiftungsfest in Seeben

Heute abend Begrüßung mit sportlichem Programm bei Glaser Morgen Hand- und Fußballspiele auf dem Sportplatz

Mit einem gediegenen Programm wartet der Arbeiter-Turn- und Sportverein Seeben auf. Heute Sonnabend bei Glaser Begrüßungsabend. Die Sportler und Sportlerinnen aus Berlin-Wedding, Wolfen und Seeben bestreiten das Programm. Ferner Jiu-Jitsu (Germ.-Fels.) und Boxen.

Morgen, Sonntag, 8.30 Uhr: Fußballspiel. 9.30 Uhr: Handballspiel. 10.30 Uhr: Fußballspiel.

1 Uhr Umzug vom Lokal nach dem Sportplatz.

Anschließend Festrede, Freiübungen, 4×100-Meter-Stafette (am Start Berlin-Wedding, Wolfen, Adler und Seeben). 3 Uhr Handballspiel Schwimmer Halle 1. — Cröllwitz 1. 4 Uhr Handballspiel Berlin-Wedding 1. — Seeben 1. 5 Uhr Fußballspiel ASC. 1. — Mötzlich 1.

Arbeiter und Sportler! Heraus zum Stiftungsfest. Beteiligt Euch geschlossen an der Veranstaltung Für guten Sport bürgen die Vereine, die sich zur Verfügung gestellt haben

Großer Spielbetrieb bei den Ausgeschlossenen

Am letzten Spielsonntag vor den Serienspielen nehmen die Mannschaften die Gelegenheit wahr, um die letzten Umstellungen auszuproben. Folgende Fußballspiele finden statt:

Halle. Sandanger. 16 Uhr Viktoria 1. — Teicha 1. Vorher 14.30 Uhr die 2. Mannschaften. Anschließend 17.30 Uhr Sportbrüder 1. — Cröllwitz 1. 12 Uhr Viktoria 2. Jugend — Löbejün Jugend. 13 Uhr Viktoria 3. — Löbejün 2. — Peißnitz. 13.30 Uhr ASC. Jugend — Reideburg Jugend. 14.30 Uhr ASC. 2. gegen Cröllwitz 2.

Seeben. Anläßlich des 25. Stiftungsfestes spielen 8.30 Uhr Trotha Jugend gegen Viktoria Jugend. 9.30 Uhr Sportbrüder 2. — Mötzlich 2. 17 Uhr ASC. 1. gegen Mötzlich 1.

Reideburg. 16 Uhr Reideburg 1. — Diemitz 1. 14.30 Uhr die 2. Mannschaften.

Lettin. 16 Uhr Lettin 1. — Trotha 1. 14.30 die 2. und 13 Uhr die 3. Mannschaften.

Gröbers. 15.30 Uhr Gröbers 1. — Giebichenstein 1. 14 Uhr die 2. Mannschaften.

*

Die handballspielenden Vereine Adler, Seeben, Cröllwitz, ASC., Schwimmer Wörmlitz und Halle haben ihre Spielleiter zum Montag, dem 27. Mai, 20 Uhr zur Geschäftsstunde nach dem „Volkspark“ zu entsenden. Betr. Aussprache über Serienspiele.

Alle Vereine der Interessengemeinschaft senden ihren Spielleiter am Dienstag, dem 28. Mai, 20 Uhr nach dem „Volkspark“ zur Aufstellung des Programms zum Reichsarbeitersporttag am 23. Juni. Um eine wuchtige Veranstaltung treffen zu können, ist es Pflicht, daß jeder Verein unbedingt vertreten ist.

Franke. Schönfeld.

Fortsetzung der Serienspiele im 6. Bezirk

Halle. Stadion: 16 Uhr: Minerva 1. wird gegen Merseburg 1. die Punkte erkämpfen. — Fichte-Sportplatz: 16 Uhr: Fichte 1. — Sportlust 1. Letztere zeigten wenig bisher und werden ohne Punkte bleiben.

Ammendorf. 16 Uhr: Fichte 1. — Fortuna 1. Die Gäste lassen sich den Sieg nicht streitig machen.

Nietleben. Askania 1. — Bruckdorf 1. A. wird den Siegeszug fortsetzen.

Zörbig. Sportklub 07 1. — Wörmlitz 1. Gelingt es W., den Z.-Sturm zu halten, ist leicht eine Ueberraschung zu erwarten. Wir trauen Z. den Sieg zu.

Die Spiele der unteren Mannschaften haben wir gestern veröffentlicht.

Greppin. Heute abend 6 Uhr auf dem Preußenplatz Fortuna Greppin 1. — Felten Wien 1. Keiner versäume diesen internationalen Kampf.

Weißenfels. Unionplatz: Kampf der Ortsrivalen 93 1. — Union 1.

Fußball im 8. Bezirk am Sonntag, dem 26. Mai

Von nur zwei Vereinen wurde die Vorschau eingereicht. Brehna 1., Anwärter der diesjährigen Bezirksmeisterschaft in der zweiten Klasse, hat zu diesem Sonntag die schwere Aufgabe, das abgeschlossene Freundschaftsspiel gegen Gräfenhainichen 1. auf eigenem Platze auszutragen. Wir nehmen an, daß Gräfenhainichen nicht zu Unrecht in der ersten Klasse spielt, sondern dem Gegner ein erstklassiges Spielsystem andeutet und durch Sieg dies erklärlich macht. Es spielen vorher die zweiten Mannschaften beider Vereine. -- Piesteritz hat auf eigenem Platze Bitterfeld 03 als Gast und wird versuchen, weiter die Spitze über ihnen zu halten. Die zweite Mannschaft und die Jugend spielen ebenfalls dort.

Anmerkung der Redaktion: Die Vorschau ging wieder derart spät ein, daß sie sehr gekürzt werden mußte, sonst wäre die Veröffentlichung überhaupt fraglich gewesen. Wir ersuchen um die genaue Adresse des Berichterstatter-Obmanns.

Radfahrer

In Eilenburg findet morgen 9.30 Uhr ein Treffen des 17. Gaues der Motorradfahrer des ARuKrB. „Solidarität“ stat. Treffpunkt an der Stadtgrenze, alsdann Demonstration nach dem Sportplatz.

Wichtige Versammlungen

Am Dienstag, dem 28. Mai, 20 Uhr im „Volkspark“ Sitzung aller Vereinstechniker zur Programmaufstelleung zum Reichsarbeitersporttag 1929. Es ist folgendes vorgesehen: Donnerstag, 20. Juni, Fuß- und Handballspiele, Freitag, 21. Juni, Werbeabend im „Volkspark“. Sonnabend, 22. Juni, Wassersport-Veranstaltung an der Genzmerbrücke. Sonntag, 23. Juni, 1 Uhr Umzug vom Roßplatz nach dem Stadion. Vereine von Halle! Beteiligt Euch geschlossen. Schickt Eure Vertreter zur Sitzung.

Fotografen

Arbeiter-Fotografen-Vereinigung, Ortsgruppe Halle. Nachstehend gibt die Vereinigung ihr **Arbeitsprogramm** vom 30. Mai bis 14. Juli 1929 bekannt: Am 30. Mai (Donnerstag) beginnt ein neuer **Anfängerkursus**, bestehend aus sechs Abenden. Der Kursus wird abgehalten in der Dunkelkammer, Lerchenfeldstraße 14. Beginn 20 Uhr. Weitere Kursus-Abende: 6., 13., 20., 27. Juni und 4. Juli (immer Donnerstags, 20 Uhr). — **Technische Ausflüge** (Vormittags-Spaziergänge): 2 und 9. Juni (Sonntags). Treffpunkt zu beiden Ausflügen pünktlich 9 Uhr Hallmarkt. — **Tagesausflüge:** Am 16. Juni nach dem Petersberg. Treffpunkt 7 Uhr Roßplatz (Wasserturm). Am 14. Juli nach Hohenweiden. Treffpunkt 7 Uhr Weingärtenplatz. — 23. Juni: **Beteiligung am Reichsarbeitersporttag.** — Am 11. Juli, 20 Uhr, beginnt in der Dunkelkammer ein **Kursus für Fortgeschrittene.** Themen hierzu werden noch bekanntgegeben. — Sollten sich Aenderungen des Programms notwendig machen, werden sie an dieser Stelle veröffentlicht. — An alle Mitglieder ergeht die Aufforderung sich rege an den Veranstaltungen zu beteiligen und für die Vereinigung zu werben. — Für Interessenten besteht freier Zutritt zu allen Veranstaltungen. Mitglied der Vereinigung der Arbeiter-Fotografen kann jeder werden, der auf dem Boden der sozialistischen Weltanschauung steht. Fotografierende Arbeiter, hinein in die Vereinigung der Arbeiter-Fotografen!

Turner

7. Bezirk, Gruppe Eisleben. Am Sonntag, dem 26. Mai, vormittags 10 Uhr, findet in Volkstedt unsere Vorturnerstunde statt. Da am 9. Juni hier unser Gruppenfest stattfindet, ist das Erscheinen aller Gruppenvereine erwünscht. **Der Gruppenturnwart.**

Kegler

Halle. Montag, 27. Mai, Monatsversammlung. Die fällige Bahnmiete und der Monatsbeitrag müssen beglichen sein.

Vereinsmitteilungen

Naturfreunde Halle. Am 25. und 26. Mai Wochenendlager in Röpzig, Kirschberg. Nachzügler Sonntag 7 Uhr Weingärtenplatz. Im Sommerhalbjahr Mittwochs von 19 Uhr ab Sporten auf der Peißnitz. G 56

Fichte, Halle (Fußballabteilung). Treffpunkt der Jugendmannschaft 13 Uhr am Riebeckplatz (Haltestelle der Merseburger Straßenbahn). Krankheitshalber kann das Spiel Nietleben 3. — Fichte 3. nicht stattfinden. G 57

Mobilisiert schon jetzt alle Sportgenossen,

damit der RAST. im Juni eine machtvolle Kundgebung für die Idee des revolutionären Arbeitersports wird. Unbekümmert aller Spaltungsversuche, die nun schon ein Jahr lang zur Praxis der reformistischen Sportführer gehören, stehen die hallischen Arbeitersportler in einer Front und folgen dem Rufe ihres Kartells

zu den Reichs-Arbeitersporttagen vom 20. bis 23. Juni!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290525-14/fragment/page=0012

Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,40 Mark; durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14. Fernruf: 21045, 21047.

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung **Der Rote Stern**

Anzeigenpreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 Mk. im Textteil. Bankkonto: Commerz- und Privatbank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Kroh, Halle. Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstr. 14. Fernruf: 22251

Einzelpreis 15 Pf. — Halle, Sonnabend, 25. Mai 1929 — 9. Jahrgang ✶ Nr. 120

Neue Knebelung der Arbeiterschaft

Vormarsch des Sozialfaschismus — Schändliche Gesetzentwürfe in Vorbereitung

25.5.29

Verlängerung des Republikschutzgesetzes

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 25. Mai.

Das Reichskabinett hat in seiner gestrigen Sitzung unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Hermann Müller die Verlängerung des Gesetzes zum Schutze der Republik auf die Dauer von drei Jahren beschlossen. Die entsprechende Vorlage wird dem Reichsrat sofort zugestellt.

Die „Rote Fahne" schreibt dazu:

Das ist ein neuer Schlag der Koalitionsregierung gegen das deutsche Proletariat. Das Republik-Schutzgesetz, diese verschärfte Auflage des Sozialistengesetzes, wird weiter zur Grundlage der grausamen kapitalistischen Rachejustiz gegen unzählige Proletarier dienen. Nach der Ermordung Rathenaus von dem sozialdemokratischen Justizminister Radbruch eingebracht, sollte es ausschließlich gegen die Feme gerichtet sein. Die Kommunisten waren sich allerdings keinen Augenblick im unklaren darüber, daß dieses Gesetz einzig und allein gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung wirksam werden würde. Was sie vorausgesagt hatten, traf nur zu bald ein. Jahr für Jahr wurden auf Grund des Republik-Schutzgesetzes in Deutschland

mehr revolutionäre Arbeiter abgeurteilt, als in den 12 Jahren des Sozialistengesetzes von 1878 bis 1890.

Auf Grund des Republik-Schutzgesetzes ist der sogenannte Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik gegründet worden. Nach seiner Auflösung übernahm der 4. Strafsenat des Reichsgerichts seine Funktionen. Todes-, Zuchthaus-, Gefängnis- und Festungsstrafen hagelten über tausende Arbeiter. Die bloße Zugehörigkeit zum Funktionärkörper der Kommunistischen Partei wurde als Mitarbeit an einer staatsfeindlichen Verbindung und jede Betätigung im Sinne des Programms der Komintern als Vorbereitung zum Hochverrat abgeurteilt.

Darum eben verlängert die Regierung der Sozialdemokraten Hermann Müller, Severing, Wissell und Hilferding das Sozialistengesetz des 20. Jahrhunderts. Sie befreien das Kapital von den Steuern, sie bauen die Erwerbslosenunterstützungen ab, sie legen den Arbeitern neue Zoll- und Steuerlasten auf und halten für die, die sich wehren, die schußfertigen Revolver und Karabiner ihrer Polizei bereit und die Kerkertore weit offen.

*

In den nächsten Wochen wird die Müller-Regierung einige Gesetzentwürfe verabschieden, die deutlich den Kurs der verschärften wirtschaftlichen und politischen Unterdrückung der deutschen Arbeiterschaft demonstrieren. Ueber die Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz, die die Not und das Elend der Erwerbslosen noch vergrößern soll, haben wir bereits berichtet. Außerdem soll noch eine Novelle zum Vereinsgesetz herauskommen, die Bestimmungen über politische Versammlungen und Straßenumzüge enthält.

Was darüber bereits bekannt geworden ist, läßt erkennen, daß mit dem neuen Gesetzentwurf der in den Maitagen der Berliner Arbeiterschaft fühlbar gewordene Zörgiebel-Gummiknüppelkurs zum gesetzlichen Dauerzustand erhoben werden soll. Es ist klar, daß mit Hilfe dieser neuen Gesetzesbestimmungen, die ganz im Sinne der seit den Maitagen verschärften Kommunistenhetze liegen, vornehmlich die KPD. und die gesamte revolutionäre Arbeiterschaft getroffen werden sollen. Schärfster Kampf gegen die neuen Schandgesetze zum Sturze der Koalitionsregierung ist vonnöten.

Jeder Tag, den diese Regierung länger am Ruder bleibt, bringt neue Schläge für die arbeitenden Massen. Ihre ureigensten Interessen fordern gebieterisch:

Fort mit der Koalitionsregierung, dieser Zutreiberin des Kapitalismus und der Klassenjustiz.

Verhöhnung der Chemiearbeiter

Von Heinrich Schmitt, M. d. R.
Betriebsratsvorsitzender des Leuna-Werks

Seit Ende Februar stehen 200 000 Chemiearbeiter in einer Lohnbewegung. Es wäre ein leichtes gewesen, durch Verbindung der einzelnen Sektionen der Tarifgebiete eine geschlossene Kampffront zu errichten, die in der Lage gewesen wäre, die Forderungen der Chemiearbeiter restlos zu erkämpfen. Das wäre möglich gewesen, wenn die Gewerkschaften noch denselben Klassenkampfcharakter hätten, welcher einst die Grundlage der Gewerkschaften war. Aber dieselben Gewerkschaften, die früher im Zeitalter der Monarchie Kampf gepredigt haben, sind es, die heute den Wirtschaftsfrieden, die Wirtschaftsdemokratie verherrlichen, die im Zeitalter der verschärften Rationalisierung, im Zeitalter der stets wachsenden Kriegsgefahr spontan ausgebrochene Wirtschaftskämpfe im Interesse der Koalitionsregierung mit Streikbruch und anderen faschistischen Methoden niederknüppeln.

Ein alter gewerkschaftlicher Grundsatz lautet, daß man in Zeiten der Hochkonjunktur leichter Kämpfe führen könne, als in Zeiten der Krise. Nun, während alle anderen Industrien mehr oder weniger von den Krisen geschüttelt wurden, war es die chemische Industrie, die allen Krisen trotzte. Von Jahr zu Jahr stiegen die Produktionsziffern, der Absatz und auch die Gewinne. Der entscheidende Faktor des Arbeitgeberverbandes ist der Chemietrust, bei welchem rund 114 000 Arbeiter beschäftigt sind. Die Gewinne dieses Trusts betrugen:

1913:	Rohgewinn	103	Mill. Mark,		
1924:	„	144	„ „ ,		
1925:	„	168,5	„ „ ,	Dividende	10 Proz.,
1926:	„	186	„ „ ,	„	10 „ ,
1927:	„	224,3	„ „ ,	„	12 „ ;

davon allein 103 Millionen Reingewinn.

Am 15. Mai dieses Jahres beschloß der Aufsichtsrat des J. G. Farbentrusts, der am 22. Juni stattfindenden Generalversammlung 12 Prozent Dividende vorzuschlagen; also denselben Prozentsatz wie im Vorjahre.

Aus der von „sachkundiger" Hand für die Oeffentlichkeit zugeschnittenen Bilanz geht aber hervor, daß der Reingewinn gegenüber dem Vorjahre um 15 Millionen auf 118 460 000 Mark gest[illegible]ähnt zu werden, daß d[illegible] ist, da die Abschrei[illegible].

Im [illegible] Streit darüber entbr[illegible]dende an die „darb[illegible] zur Auszahlung gelan[illegible]er an der Börse die D[illegible]. Die „Deutsche Berg[illegible]werindustrie, gibt in ei[illegible]

In [illegible]jährige Dividendenp[illegible]spunkten bestimm[illegible]

[illegible]rtete man eine Di[illegible]ründen ... Es kan[illegible]rden, daß die J. [illegible]e auf Grund ih[illegible] ausschütten kö[illegible]en Dispositi[illegible]e ...

[illegible] Verfügung, das nic[illegible]ch höher (!) als im [illegible]

[illegible] für die Chemiearbei[illegible] Bergwerkszeitung sagt [illegible]der Chemiekönige ist n[illegible]

W[illegible]ftliche Lage der [illegible] Tariflohn der Chem[illegible]euren Verdienste herau[illegible]n zwar nominell um einige Pfennige gestiegen, durch die Preissteigerung, die ja wiederum von den Kartellen und Trusts bestimmt wird, dagegen längst wieder wettgemacht. Gemessen aber an der durch die Rationalisierung bedingten, bedeutend größeren Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft (Akkord-Prämien-System usw.), ist der Reallohn sogar noch bedeutend gesunken.

Zwar versuchen bürgerliche Zeitungen, u. a. auch die „Leipziger Neuesten Nachrichten" vom 30. April 1929, nachzuweisen, daß die **Kaufkraft des Einkommens der Chemiearbeiter gegenüber der Vor-**

b. w.

Vorbereitungen zum Gaskrieg

Sensationelle Großvernebelungsversuche in Ostpreußen — Der Imperialismus will die Bevölkerung an die neuen Kriegsmethoden „gewöhnen"

(WTB.) **Königsberg**, 24. Mai.

Zur Prüfung der Möglichkeit einer Unsichtbarmachung lebenswichtiger Anlagen durch künstlichen Nebel (Tarnung) veranstaltet die Total-Gesellschaft, Berlin-Charlottenburg, am 27. Mai einen Großvernebelungsversuch. Tarnobjekt ist das Wasserkraftwerk Friedland der Ostpreußenwerk A.-G. Vor Ausführung der Vernebelung finden aufklärende Vorträge bekannter Sachverständiger des Nebelschutzes in Königsberg statt.

Dazu erfährt die „Welt am Abend" aus Königsberg:

Zu den vielen geheimnisvollen Machenschaften und Vorbereitungen der ostpreußischen faschistischen Verbände gesellt sich neuerdings eine Aktion, die zweifellos ernsteren Charakter trägt und auf Veranlassung und mit Genehmigung des Ostpreußischen Städtetages unternommen werden soll.

Dieser Großnebelungsversuch, der schon vor einiger Zeit angekündigt wurde, wird nun tatsächlich am Montag, dem 27. Mai, in Friedland stattfinden. Man hat sich als erstes Tarnobjekt das Wasserkraftwerk Friedland der Ostpreußen A.-G. deswegen ausgesucht, weil es sich bei diesem um den Hauptversorger für elektrischen Strom für die gesamte Provinz Ostpreußen handelt. In einer vertraulichen Pressebesprechung, die am Donnerstag stattfand, wies der Brandoberingenieur Rumpf darauf hin, daß die Tarnung von Industriewerken bei einem eventuellen Kriegsfall unbedingt versucht werden müsse. Ungleich wichtiger als der seinerzeit in Stuttgart vorgenommene Großnebelungsversuch sei dieser Versuch nahe der Ostgrenze. Der Brandoberingenieur berief sich auf das Pariser Luftabkommen vom Mai 1926, wo Deutschland ausdrücklich ein ziviler Luftschutz zugestanden worden sei.

Wie die „Welt am Abend" weiter erfährt, soll dieser Großnebelungsversuch zum Anlaß einer großzügigen Propaganda genommen werden, um die gesamte ostpreußische Bevölkerung in Hinsicht auf kommende Gefahren des Gaskrieges aufzuklären. An der Veranstaltung am 27. Mai sollen Vertreter der Reichsministerien, der Länderregierungen und der Kommunen teilnehmen.

Die Arbeiterschaft wird im Zusammenhang mit den immer deutlicher in Erscheinung tretenden Kriegsvorbereitungen der imperialistischen Mächte gegen die Sowjetunion den Vorgängen in Ostpreußen die stärkste Aufmerksamkeit schenken und sie in ihrer ganzen Bedeutung zu würdigen verstehen.

Schandschiedsspruch für die Eisenbahner

(Eig. Drahtm.) Berlin, 25. Mai.

Im Lohnstreit der Eisenbahner haben gestern Schlichtungsverhandlungen stattgefunden. Da eine Einigung der Parteien nicht zu erzielen war, wurde eine Schlichtungskammer gebildet, und in den späten Abendstunden wurde ein Schiedsspruch gefällt, der eine Erhöhung der Grundlöhne im Lohngebiet 1 um 4, in den Lohngebieten 2 und 3 um 3 Pfennig pro Stunde vorsieht. Diese Löhne sollen bis März 1931 Geltung haben.

Dieser Schiedsspruch ist für die Eisenbahner unannehmbar. Schärfste Ablehnung und Kampfaufnahme muß die Antwort sein.

Der Betrug an den Erwerbslosen wird verheimlicht

Im Reichsarbeitsministerium ist jetzt der Entwurf einer Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz fertiggestellt worden. Der Entwurf hält sich an die Richtlinien, die im Reichskabinett aufgestellt wurden. Der Wortlaut der Novelle soll vorläufig geheimgehalten werden, da die Bekanntgabe ihres Inhalts zu rasch den Widerstand der Arbeiterschaft hervorrufen und so die Durchführung der geplanten großen Verschlechterungen in Frage stellen würde. Vor allem will man vor dem sozialdemokratischen Parteitag den Inhalt des neuen Gesetzentwurfes verschweigen.

Die Arbeiterschaft fordert aber sofortige Aufklärung. Wir wissen, daß der sonst so redselige Wissell schweigen will, obwohl er von der Tribüne des SPD.-Parteitages herab die schönste Gelegenheit hätte, der Arbeiterschaft zu zeigen, was sozialfaschistische Arbeitslosenpolitik ist. Aber wenn Wissell die ungeheuerlichen Pläne der Koalitionsregierung verschweigen will, um so lauter muß die Arbeiterschaft Auskunft verlangen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290525-14/fragment/page=0013